

85. Geschäftsbericht 1992

85. Geschäftsbericht der Schweizerischen Nationalbank 1992

Inhaltsverzeichnis

A.	Wirtschaftsentwicklung und Notenbankpolitik im Überblick	
	1. Internationale Wirtschafts- und Währungsentwicklung	5
	2. Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz	7
	3. Zur Politik der Nationalbank	8
B.	Entwicklung der Weltwirtschaft	
	1. Konjunkturelle Entwicklung	12
	2. Geld-, Währungs- und Finanzpolitik	15
	3. Finanzmärkte	20
	4. Internationale monetäre Zusammenarbeit	23
C.	Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz	
	1. Realwirtschaftlicher Bereich	26
	2. Monetärer Bereich	36
	3. Übrige Notenbankpolitik	49
D.	Die Geschäftstätigkeit der Nationalbank	
	1. Devisen-, Geldmarkt- und Kapitalmarktgeschäfte	53
	2. Zahlungsverkehr	59
	3. Dienstleistungen für den Bund	62
	4. Ermittlung und Ausschüttung des Gewinns der Nationalbank	64
	5. Geschäftsergebnis	68
E.	Bankbehörden und Personal	
	1. Mutationen in den Bankbehörden	76
	2. Mutationen in der Direktion	78
	3. Personal	78
F.	Bericht der Revisionskommission und Anträge an die Generalversammlung	
	1. Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre	79
	2. Anträge des Bankrats an die Generalversammlung der Aktionäre	80
G.	Anhang	81

A. Wirtschaftsentwicklung und Notenbankpolitik im Überblick

1. Internationale Wirtschafts- und Währungsentwicklung

In den OECD-Staaten dauerte die konjunkturelle Schwäche, die Ende 1990 eingesetzt hatte, auch 1992 an. Insgesamt fiel das Wirtschaftswachstum zwar etwas höher aus als im Vorjahr, was vor allem auf die Erholung der amerikanischen Wirtschaft zurückzuführen war. In Japan und Deutschland verstärkten sich dagegen die Stagnationstendenzen, und in Grossbritannien setzte sich die Rezession fort. Auch in den meisten übrigen westeuropäischen Industrieländern kühlte sich die Konjunktur merklich ab. Das reale Bruttosozialprodukt der OECD-Länder stieg um durchschnittlich 1,5%, gegenüber 0,8% im Vorjahr.

Anhaltend schwaches Wirtschaftswachstum in den westlichen Industrieländern

Weitere Fortschritte wurden bei der Teuerungskämpfung erzielt. Fast alle OECD-Staaten wiesen sinkende Inflationsraten auf. Hingegen ging in vielen OECD-Ländern die Beschäftigung zurück, und die Arbeitslosigkeit nahm zu. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote der OECD-Länder lag am Jahresende deutlich höher als ein Jahr zuvor.

Geringere Teuerung – höhere Arbeitslosigkeit

Die Wachstumsunterschiede im OECD-Raum widerspiegelten sich besonders deutlich in den Aussenwirtschaftsbilanzen der Vereinigten Staaten und Japans. Das amerikanische Ertragsbilanzdefizit nahm infolge der höheren Einfuhren gegenüber dem Vorjahr markant zu. Japan erzielte dagegen einen neuen Rekordüberschuss, da die schwache Inlandnachfrage das Importwachstum stark dämpfte. Die EG-Länder wiesen insgesamt ein leicht höheres Ertragsbilanzdefizit auf als im Vorjahr.

Grössere aussenwirtschaftliche Ungleichgewichte

Die Wachstumsdifferenzen innerhalb der OECD waren hauptsächlich auf die unterschiedliche Geldpolitik der jüngeren Vergangenheit zurückzuführen. In den Vereinigten Staaten wurde die Geldpolitik nochmals gelockert, so dass die kurzfristigen Zinssätze auf den tiefsten Stand seit Anfang der sechziger Jahre fielen. In Japan wurde dagegen die bis im Herbst 1991 restriktive Geldpolitik wirksam. Die japanischen Währungsbehörden hatten damit auf die Teuerungsgefahr sowie die Überhitzungserscheinungen auf den Immobilien- und Finanzmärkten reagiert. Im Laufe des Jahres 1992 lockerten sie ihre Geldpolitik, da der Aktien- und der Immobilienmarkt in eine ernste Krise geraten waren und sich die Wirtschaftslage rasch verschlechterte. In Europa führten die restriktive Geldpolitik der meisten EWS-Staaten sowie die in einigen Ländern bestehenden Budgetprobleme zu einem Anstieg der Realzinsen. Dies dämpfte sowohl die Investitionstätigkeit als auch den privaten Konsum.

Wachstumsdifferenzen infolge unterschiedlicher Geldpolitik

Die Krise auf den Immobilienmärkten, die bisher vor allem die angelsächsischen Länder betroffen hatte, griff auf Japan und Nordeuropa über. Der massive Rückgang der Immobilienpreise zwang die Banken zu hohen Wertberichtigungen, veranlasste sie zu einer vorsichtigeren Kreditvergabe und beeinträchtigte auch die

Druck auf die Immobilienpreise, Probleme im Finanzsektor

Qualität der Portefeuilles anderer Finanzinstitutionen. Während in Japan die Banken Massnahmen ergriffen, um den Finanzsektor zu stützen, standen in den nord-europäischen Staaten die Regierungen wichtigen Banken bei.

Fortsetzung der europäischen Integration

Der europäische Integrationsprozess setzte sich fort. Die meisten EG-Länder ratifizierten den im Dezember 1991 in Maastricht verabschiedeten Vertrag über die Schaffung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. In einigen Ländern stiess das Vertragswerk auf erheblichen innenpolitischen Widerstand. Dies führte zu einer regen Diskussion einzelner Aspekte des Unionsvertrags. Die Turbulenzen im Europäischen Währungssystem (EWS) im zweiten Halbjahr machten ausserdem deutlich, dass zwischen den EG-Ländern noch immer beträchtliche wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Unterschiede bestehen, die einer raschen Verwirklichung der geplanten europäischen Wirtschafts- und Währungsunion im Wege stehen.

Spannungen im EWS

Die wachsenden Spannungen im EWS führten im September und November zu Paritätsanpassungen verschiedener Währungen sowie zum Austritt Grossbritanniens und Italiens aus dem Wechselkursmechanismus. Finnland, Schweden und Norwegen, die ihre Währungen einseitig an die ECU gebunden hatten, gaben die Wechselkurse wieder frei. Nach den Anpassungen gingen einige Länder – darunter vor allem Grossbritannien – zu einer expansiveren Geldpolitik über, um die Konjunktur zu stützen.

Der Dollar im Wechselbad

Der Kurs des amerikanischen Dollars sank infolge der anhaltenden Konjunkturfalte und der sinkenden amerikanischen Zinssätze bis im September 1992 auf historische Tiefstwerte. Im vierten Quartal machte der Dollar dank der wieder besseren Konjunkturaussichten in den USA die Kursverluste wett und lag am Jahresende gegenüber den meisten Währungen höher als ein Jahr zuvor.

Unterschiedliche Finanzpolitik

Die öffentlichen Haushalte der meisten OECD-Länder wiesen 1992 höhere Defizite aus. Diese widerspiegelten teilweise die konjunkturbedingt schwächer fliessenden Einnahmen. Zur Stützung der Konjunktur ergriff die japanische Regierung bedeutende finanzpolitische Massnahmen. Verschiedene europäische Regierungen beschlossen dagegen trotz der schlechten Konjunktur drastische Sanierungsprogramme für die öffentlichen Haushalte, um das Vertrauen in ihre Währungen wiederherzustellen. Am EG-Gipfel vom Dezember in Edinburg verabschiedeten die EG-Länder ein Programm, mit dem das Wachstum in Europa belebt werden soll.

Anpassungsfortschritte in Mitteleuropa – schlechtere Lage in Osteuropa

Die Lage in Mittel- und Osteuropa war geprägt durch den wirtschaftlichen und politischen Umbruch der ehemals kommunistischen Staaten. Während der Anpassungsprozess vor allem in den mitteleuropäischen Ländern Fortschritte machte, kam er in den meisten Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), insbesondere in Russland, nur wenig voran. Die GUS und das ehemalige Jugoslawien litten unter kriegerischen Auseinandersetzungen.

Die Entwicklungs- und Schwellenländer wiesen 1992 ein deutlich höheres Wachstum auf als im Vorjahr. Am kräftigsten expandierten erneut die südostasiatischen Länder; die Lage verbesserte sich aber auch in Lateinamerika. Dagegen blieb die wirtschaftliche Situation Afrikas düster.

Aufhellung in den Entwicklungsländern

2. Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz

In der Schweiz ging die Teuerung bis Ende 1992 auf 3,4% zurück; ein Jahr zuvor hatte sie noch 5,2% betragen. Die Wirtschaftsentwicklung hingegen war von einer anhaltenden Konjunkturflaute geprägt. Sorge bereitete vor allem der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Sinkende Teuerung – anhaltende Konjunkturflaute

Das reale Bruttoinlandprodukt, das im Jahre 1991 stagniert hatte, fiel leicht unter das Vorjahresniveau (-0,6%). Die Wirtschaftsentwicklung war uneinheitlich: Während die Güterexporte stärker wuchsen als im Vorjahr und damit eine bedeutende Konjunkturstütze bildeten, ging die Inlandnachfrage nochmals spürbar zurück: Der private Konsum sank, und die Investitionstätigkeit nahm, wie bereits im Vorjahr, stark ab.

Höhere Exporte – geringere Binnen- nachfrage

Die schwache gesamtwirtschaftliche Nachfrage widerspiegelte sich auch auf der Angebotsseite. Die Importe sanken, und die Industrieproduktion stagnierte. Die Auslastung der technischen Kapazitäten nahm stetig, wenn auch weniger ausgeprägt als im Vorjahr, ab. Gleichzeitig wurden verstärkt Arbeitskräfte abgebaut. Neben der Industrie und dem Baugewerbe baute auch der Dienstleistungssektor Stellen ab. Bis Ende Jahr stieg die Zahl der Ganzarbeitslosen saisonbereinigt auf über 112 000; dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 3,6%.

Starker Anstieg der Arbeitslosigkeit

Der konjunkturbedingte Rückgang der Einfuhren führte zusammen mit den höheren Ausfuhren zu einem starken Rückgang des Handelsbilanzdefizites. Da der traditionelle Überschuss der Dienstleistungsbilanz ungefähr gleich hoch ausfiel wie im Vorjahr, stieg der Aktivsaldo der Ertragsbilanz auf ein Rekordniveau.

Deutlich höherer Überschuss der Ertragsbilanz

Der Schweizer Souverän stimmte in der Volksabstimmung vom 17. Mai 1992 dem Beitritt zu den Institutionen von Bretton Woods zu. Nach der Unterzeichnung des IWF-Übereinkommens und des Weltbankabkommens Ende Mai in Washington wurde der Beitritt rechtskräftig.

Ja zum IWF und zur Weltbank

In der Abstimmung vom 6. Dezember lehnten Volk und Stände die Beteiligung am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ab. Die Schweiz ist damit das einzige EFTA-Land, das am einheitlichen Binnenmarkt nicht teilnehmen wird. Die Schweizeri-

Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum

sche Nationalbank bedauert die Ablehnung des EWR-Vertrags. Die Liberalisierung des Güter-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehrs, die durch den EWR-Vertrag verankert worden wäre, hätte den Wettbewerb belebt und die Schweizer Wirtschaft gestärkt. Es ist zu hoffen, dass jene Liberalisierungsmassnahmen, die nötig sind, um die internationale Konkurrenzfähigkeit längerfristig zu gewährleisten, trotzdem ergriffen werden. Da die Geldpolitik nicht Gegenstand des EWR-Vertrags war, berührt der Ausgang der EWR-Abstimmung die Politik der Nationalbank nicht unmittelbar.

3. Zur Politik der Nationalbank

Stabiles Preisniveau
als Hauptziel der
Geldpolitik

Die Geldpolitik ist darauf ausgerichtet, das Preisniveau in der mittleren Frist stabil zu halten. Der Wirtschaft soll ein Spielraum gelassen werden, der ein Realwachstum im Rahmen des Produktionspotentials ermöglicht. Dazu begrenzt die Nationalbank das Geldmengenwachstum. Gleichzeitig behält sie sich vor, auf unerwartete Entwicklungen – wie starke Schwankungen des Wechselkurses oder der Liquiditätsnachfrage – angemessen zu reagieren. Um ein stabiles Preisniveau zu gewährleisten, orientiert sie sich an einem mittelfristigen Wachstumsziel für die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge. Dieses Ziel wird durch die Publikation von Quartalsprognosen der Notenbankgeldmenge ergänzt. Die Quartalsprognosen vermitteln Informationen über den Kurs, den die Nationalbank in der unmittelbaren Zukunft zu führen gedenkt.

Mittelfristiges Geld-
mengenwachstum
von 1%

Ende 1990 veröffentlichte die Nationalbank erstmals ein Ziel für das mittelfristige Wachstum der saisonbereinigten Notenbankgeldmenge. Diese soll in einem Zeitraum von drei bis fünf Jahren um durchschnittlich 1% pro Jahr ausgedehnt werden. Die angestrebte Wachstumsrate liegt unter der Zunahme des schweizerischen Produktionspotentials von rund 2% pro Jahr. Mit dieser Differenz trägt die Nationalbank der tendenziell rückläufigen Nachfrage nach Banknoten Rechnung. Infolge der anhaltenden Tendenz, Zahlungen bargeldlos abzuwickeln, wächst der Notenumlauf, der gegenwärtig rund 90% der Notenbankgeldmenge ausmacht, deutlich langsamer als das Sozialprodukt.

Ausgangspunkt des
Zielpfades: 4. Quartal
1989

Die Nationalbank kündigte Ende 1992 an, den Stand der saisonbereinigten Notenbankgeldmenge im vierten Quartal 1989 als Anfangswert für den mittelfristigen Zielpfad zu verwenden. Daran hatte sie sich schon bisher informell orientiert. Verschiedene Überlegungen sprachen für die Werte des vierten Quartals 1989 als Ausgangspunkt: Die Nationalbank hatte die Notenbankgeldmenge Ende 1989 weitgehend an die Nachfrageverschiebungen angepasst, die sich aus der Revision der Liquiditätsvorschriften und der Einführung des Interbank-Zahlungs-

systems SIC ergaben. Ferner hatte sie einen grossen Teil des Geldüberhangs, der als Folge ihrer expansiven Geldpolitik von 1987 und Anfang 1988 entstanden war, wieder abgebaut. Die Nationalbank geht deshalb davon aus, dass sich die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge im vierten Quartal 1989 auf dem Zielpfad befand.

Der Zielpfad für die Notenbankgeldmenge ist allerdings eine Richtgrösse, die nicht mit wissenschaftlicher Präzision bestimmt werden kann. So ist mit weiteren leichten Verschiebungen der Nachfrage der Banken nach Giro Guthaben zu rechnen. Die Nationalbank überprüft deshalb die Lage des Zielpfades periodisch und zieht dazu andere aussagekräftige geldpolitische Indikatoren – wie die Entwicklung der Geldmenge M_1 – heran.

Periodische Überprüfung des Zielpfades

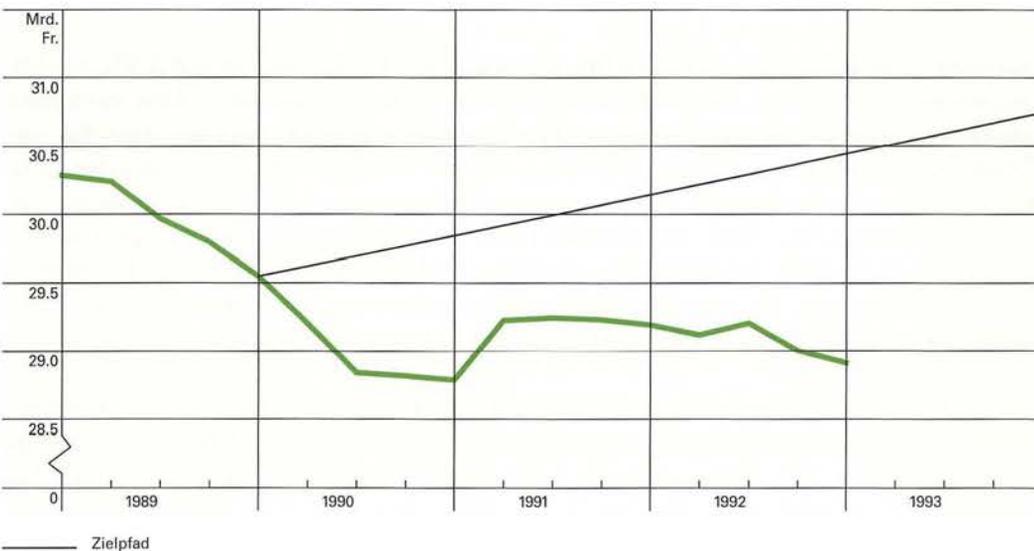
Im Durchschnitt der Jahre 1990 und 1991 lag die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge deutlich unter dem mittelfristigen Zielpfad. Der Abstand zum Zielpfad nahm vor allem im Jahre 1990 stark zu, als die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge um 2,6% schrumpfte. Dies war darauf zurückzuführen, dass die Nationalbank angesichts der hartnäckigen Teuerung einen wesentlich restriktiveren Kurs steuerte, als sie ursprünglich beabsichtigt hatte. Im Jahre 1991 stieg die Notenbankgeldmenge wieder um 1,4%.

Saisonbereinigte Notenbankgeldmenge deutlich unter dem mittelfristigen Pfad

Ende 1991 ging die Nationalbank davon aus, dass das Wachstum der saisonbereinigten Notenbankgeldmenge auch im Jahre 1992 über dem mittelfristigen Ziel von 1% liegen werde. Sie erwartete einen weiteren Rückgang der Teuerung und der Zinssätze sowie eine leichte Konjunkturbelebung. Unter diesen Voraussetzungen

Annahmen für die Politik im Jahre 1992

Saisonbereinigte Notenbankgeldmenge



gen war mit einem deutlichen Wachstum der Nachfrage nach Notenbankgeld zu rechnen. Die Nationalbank wies nachdrücklich darauf hin, dass sie dem Anliegen einer geordneten Wechselkursentwicklung bei der Durchführung ihrer Politik weiterhin Rechnung tragen werde.

Rückgang der Notenbankgeldmenge 1992

Die Entwicklung der saisonbereinigten Notenbankgeldmenge entsprach im Jahre 1992 nicht den ursprünglichen Erwartungen der Nationalbank. Dieses Aggregat nahm – statt zu wachsen – vom vierten Quartal 1991 bis zum vierten Quartal 1992 um 1,0% ab. Die Geldmenge M_1 stieg zwar in der gleichen Periode um 2,7%, doch blieb ihr Wachstum im Jahresdurchschnitt mit +0,3% bescheiden. Es besteht kein Zweifel, dass die Geldpolitik vor allem in der ersten Hälfte 1992 immer noch restriktiv war.

Hartnäckige Teuerungserwartungen

Die Abweichung vom angestrebten geldpolitischen Kurs ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Nationalbank sowohl im Jahre 1991 als auch in der ersten Hälfte 1992 stark auf den Wechselkursverlauf Rücksicht nahm. Schon im Jahre 1991 hatte sich der Schweizer Franken am Devisenmarkt tendenziell abgeschwächt. Als er im Frühjahr 1992 gegenüber den europäischen Währungen einmal mehr deutlich an Wert einbüsste, lösten die Finanzmärkte selbst einen markanten Anstieg der kurz- und langfristigen Zinssätze aus. Diese kletterten vorübergehend auf über 9% bzw. 7%. Die Nationalbank liess diese Entwicklung zu, denn die Frankenschwäche drohte eine Eigendynamik auszulösen und damit den Teuerungsabbau zu beeinträchtigen. Obwohl die Nationalbank seit dem Herbst 1988 einen Restriktionskurs verfolgt hatte, blieben die Inflationserwartungen bis im Sommer 1992 hartnäckig hoch. Die immer noch bestehenden Zweifel an der Wirksamkeit der restriktiven Geldpolitik wären durch die Frankenschwäche erneut genährt worden. Die inländischen Anbieter hätten versucht, die wechselkursbedingte Steigerung der Importpreise auf die Konsumenten zu überwälzen.

Erweiterter geldpolitischer Spielraum infolge sinkender Teuerung und Erstarkung des Frankens

Nachdem die Teuerung von April bis Juli um einen Prozentpunkt auf 3,8% zurückgegangen war, liessen die Inflationbefürchtungen spürbar nach. Das Vertrauen der Devisenmärkte in den Schweizer Franken kehrte zurück, und die inländischen Zinssätze begannen zu sinken. Die Nationalbank förderte den Rückgang der Zinssätze, indem sie die Banken zu günstigeren Bedingungen mit Liquidität versorgte. Die Turbulenzen im EWS erweiterten den wiedergewonnenen geldpolitischen Spielraum zusätzlich. Im September senkte die Nationalbank ihren Diskontsatz in zwei Schritten von 7% auf 6%. Ende 1992 waren sowohl die kurz- als auch die langfristigen Zinssätze deutlich tiefer als vor Jahresfrist.

Zinssenkungen noch ohne Wirkung auf die Notenbankgeldmenge

Der Notenumlauf reagiert nur mit Verzögerung auf Änderungen der kurzfristigen Zinssätze. Daher führte der Rückgang der Zinssätze bis Ende 1992 noch nicht zu einer Zunahme des Notenumlaufs und damit der Notenbankgeldmenge. Die Geldnachfrage fiel auch aufgrund der fortgesetzten Konjunkturschwäche geringer aus, als die Nationalbank Ende 1991 angenommen hatte. Die Nationalbank

hatte zwar den Teuerungsverlauf richtig eingeschätzt. Das reale Bruttoinlandprodukt wuchs jedoch nicht wie angenommen, sondern ging im Jahre 1992 infolge der ungünstigen Binnenkonjunktur erneut zurück.

Im Jahre 1993 setzt die Nationalbank im Einvernehmen mit dem Bundesrat ihre auf die Preisstabilität ausgerichtete mittelfristige Geldpolitik fort. Sie orientiert sich weiterhin am Ziel, die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge im Durchschnitt von drei bis fünf Jahren um 1% auszuweiten. Dies fördert die Preisstabilität auf mittlere Frist und belässt der Wirtschaft einen ausreichenden Wachstumsspielraum. Die Nationalbank geht davon aus, dass die Zunahme der saisonbereinigten Notenbankgeldmenge 1993 deutlich mehr als 1% betragen wird. Sie behält sich aber wie in den letzten Jahren vor, vom mittelfristigen Wachstumspfad vorübergehend abzuweichen, wenn unerwartete Entwicklungen an den Devisen- und Finanzmärkten das Ziel der Preisstabilität zu beeinträchtigen drohen.

Geldpolitik 1993

Der für 1993 in Aussicht genommenen Geldpolitik liegen folgende Erwartungen zugrunde: Die Nationalbank rechnet mit einem weiteren Abbau der Teuerung. Diese dürfte bis Ende 1993 auf 2,5% zurückgehen. Falls der Benzinzoll nicht heraufgesetzt wird, dürfte sie sogar 2% erreichen. Das reale Bruttoinlandprodukt wird voraussichtlich auch im Jahre 1993 stagnieren. Die Nationalbank rechnet frühestens gegen Jahresende mit einer konjunkturellen Belebung. Die flaue Konjunktur wird zwar weiterhin auf die Notennachfrage drücken. Der im zweiten Halbjahr 1992 eingetretene Zinsrückgang sollte sich jedoch allmählich auswirken und zu einer Zunahme von Notenumlauf und Notenbankgeldmenge führen. Ausserdem ist, da sich die Liquiditätsnachfrage der Wirtschaft konjunkturell bedingt nicht stark beleben wird, im Jahresverlauf eine weitere Rückbildung des Zinsniveaus zu erwarten.

Teuerung und
Zinsniveau weiter
rückläufig

B. Entwicklung der Weltwirtschaft

1. Konjunkturelle Entwicklung

Unterschiedliches Wachstum in den Industrieländern

Im Jahre 1992 erholte sich die Wirtschaft in Nordamerika. Dagegen schwächte sich die Konjunktur in Japan und in Europa erheblich ab. In den EG-Ländern stieg das reale Bruttoinlandprodukt um durchschnittlich rund 1%, verglichen mit 1,5% im Jahre 1991.

Aufschwung in Nordamerika

In den Vereinigten Staaten wurde die Rezession aufgrund der gelockerten Geldpolitik überwunden. Das reale Bruttoinlandprodukt, das im Jahre 1991 um 1,1% zurückgegangen war, stieg 1992 um 2,1%, wobei das Wachstum in der zweiten Jahreshälfte höher ausfiel als in den ersten zwei Quartalen. Der Aufschwung wurde hauptsächlich vom Konsum getragen, der im Vorjahr rückläufig gewesen war. Der Wohnungsbau und die Ausrüstungsinvestitionen zogen ebenfalls wieder an. Auch in Kanada, das wirtschaftlich stark von den Vereinigten Staaten abhängt, verbesserte sich die Wirtschaftslage.

Schwaches Wachstum in Japan

In Japan schwächte sich das Wachstum deutlich ab. Die Investitionen und der Wohnungsbau gingen zurück, der Konsum wuchs weniger stark als im Vorjahr. Das reale Bruttosozialprodukt erhöhte sich 1992 noch um 1,8%, gegenüber 4,4% im Vorjahr. Die japanische Wirtschaft hatte mit verschiedenen strukturellen Problemen zu kämpfen. Die Börsenkurse sanken wiederum kräftig, und auf den Immobilienmärkten verringerten sich die Preise weiter. Die Regierung versuchte, diesen Entwicklungen mit umfangreichen Stützungsmaßnahmen entgegenzuwirken.

Abschwung in Westdeutschland, schwierige Lage in Ostdeutschland

In Westdeutschland flachte das Wachstum des realen Bruttoinlandprodukts im Jahre 1992 auf 1,5% ab (Vorjahr: 3,7%). Der Konsum stieg nur noch wenig, und die Investitionen stagnierten. Die Exporte litten unter der internationalen Konjunkturflaute. Ostdeutschland befand sich weiterhin in einem umfassenden Umstrukturierungsprozess. Einige Wirtschaftsbereiche, beispielsweise die Dienstleistungen und der Bau, entwickelten sich gut; andere kämpften um das Überleben; dazu gehörte fast der gesamte Industriesektor.

Gegensätzliche Entwicklung in den anderen grossen Ländern Westeuropas

In Frankreich verbesserte sich die konjunkturelle Lage. Das reale Bruttoinlandprodukt stieg um 1,8%, gegenüber 1,1% im Vorjahr. Frankreich profitierte von der verbesserten Konkurrenzfähigkeit der Industrie. Dies äusserte sich in einem Anstieg der Exporte. In Italien kühlte sich das wirtschaftliche Klima ab. Der Konsum nahm weniger stark zu als im Vorjahr, und die Investitionen stagnierten. Das Wachstum des realen Bruttoinlandprodukts betrug noch etwa 1% (1991: 1,4%). In Grossbritannien setzte sich die Rezession fort. Das reale Bruttoinlandprodukt sank um rund 1%, verglichen mit einem Rückgang von 2,2% im Jahr zuvor.

Schwächeres Wachstum oder Rezession in den übrigen Ländern Europas

Im Süden Europas schwächte sich die Konjunktur ebenfalls ab. Neben Italien verzeichneten auch Spanien, Portugal und Griechenland teilweise erheblich gerin-

gere Wachstumsraten als im Jahre 1991. Die Wirtschaftstätigkeit in Österreich, in den Benelux-Staaten und in Norwegen verlief ebenfalls gedämpfter als im Vorjahr. In Schweden und in Finnland setzte sich die Rezession fort, wobei in beiden Ländern das reale Bruttoinlandprodukt weniger stark zurückging als im Vorjahr. Finnlands Wirtschaft durchlief eine tiefgreifende Umstrukturierung, die stark mit dem Einbruch der Exporte in die frühere Sowjetunion zusammenhängt.

Die schwache Konjunktur hatte auch im Jahre 1992 einen Beschäftigungsrückgang zur Folge. Zugleich nahm die Arbeitslosigkeit weiter zu. In den OECD-Ländern stieg die durchschnittliche Arbeitslosenquote von 7,2% auf 7,9%. Besonders stark erhöhte sich die Arbeitslosigkeit in Grossbritannien, Schweden und Finnland. Auch die Vereinigten Staaten, Kanada, Deutschland und Frankreich waren mit einer steigenden Arbeitslosigkeit konfrontiert. Regional gab es deutliche Unterschiede: In Japan lag die Arbeitslosenquote mit 2,2% auf einem wesentlich tieferen Niveau als in der EG (über 10%), während die Vereinigten Staaten mit 7,4% eine Mittelstellung einnahmen.

Weiter steigende
Arbeitslosigkeit

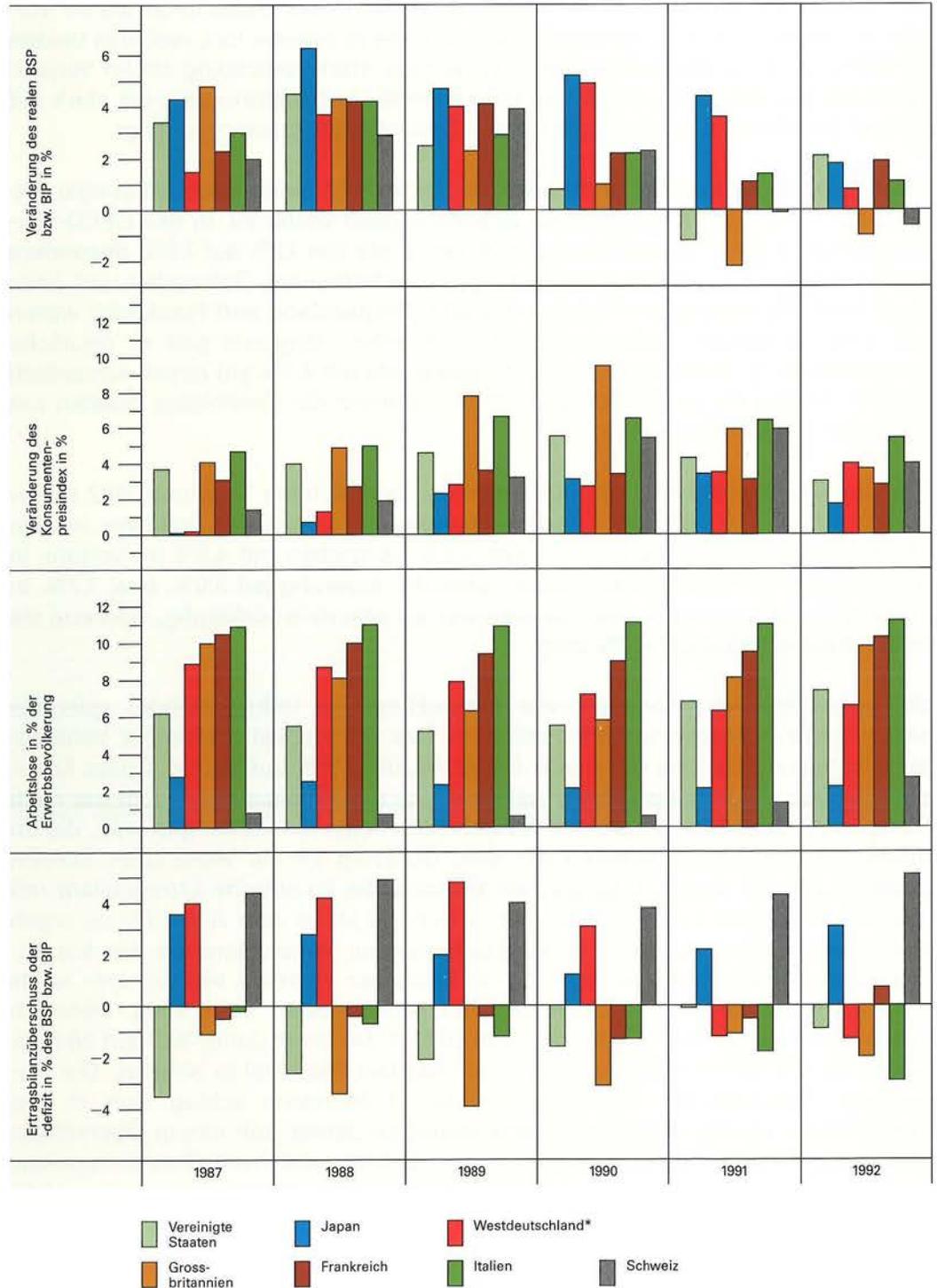
Die straffe Geldpolitik der Vorjahre bewirkte, dass sich die Teuerung 1992 weiter zurückbildete. Die an den Konsumentenpreisen gemessene Inflation in den OECD-Ländern betrug durchschnittlich 3,5%, verglichen mit 4,5% im Vorjahr. In den Vereinigten Staaten und in Japan sank die Teuerung auf 3,0%, bzw. 1,7%. In Frankreich, Italien und Grossbritannien war sie ebenfalls rückläufig, während sie in Westdeutschland auf 4,0% stieg.

Wiederum sinkende
Teuerung

Die unterschiedliche konjunkturelle Entwicklung der Industrieländer spiegelte sich in ihren Aussenwirtschaftspositionen. Das Ertragsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten erhöhte sich von 4 Mrd. Dollar im Jahre 1991 auf 56 Mrd. Dollar. Einerseits stiegen die Importe kräftig, während sich das Wachstum der Exporte nach Europa und Japan verlangsamte. Andererseits fielen die Zahlungen weg, die im Jahre 1991 im Zusammenhang mit dem Golfkrieg an die Vereinigten Staaten geleistet worden waren. Dagegen verzeichnete die japanische Ertragsbilanz mit 116 Mrd. Dollar einen deutlich höheren Aktivsaldo als im Jahr zuvor. Dieser ergab sich hauptsächlich aus einer konjunkturbedingten Verlangsamung des Importwachstums. In Deutschland nahmen die Einfuhren ebenfalls viel weniger zu als im Vorjahr, wodurch der Überschuss der Handelsbilanz stark stieg. Dennoch erhöhte sich das Ertragsbilanzdefizit von 20 Mrd. Dollar im Jahre 1991 auf 26 Mrd. Dollar, da die Dienstleistungsbilanz einen starken Passivsaldo aufwies. Die verbesserte internationale Konkurrenzfähigkeit Frankreichs schlug sich in der Ertragsbilanz nieder, die erstmals seit mehreren Jahren mit einem Überschuss abschloss. Dagegen verschlechterten sich die Ertragsbilanzen Grossbritanniens und Italiens. In Grossbritannien stiegen die Importe, die im vergangenen Jahr geschrumpft waren, trotz der Rezession wieder kräftig. Aus Italien flossen höhere Zinszahlungen an das Ausland ab.

Starke Verschiebungen
in den Ertragsbilanzen

Wirtschaftsindikatoren ausgewählter Länder



* Ertragsbilanz ab Juli 1990 einschliesslich Transaktionen der ehemaligen DDR mit dem Ausland.

Im osteuropäischen Raum entwickelte sich die Wirtschaft im Jahre 1992 unterschiedlich. In Mittel- und Osteuropa schwächte sich der Produktionsrückgang ab. Das reale Bruttoinlandprodukt fiel um insgesamt 10,4%, gegenüber 13,7% im Vorjahr. Positive Tendenzen gingen vor allem von den Exporten aus. Polen, Ungarn und die ehemalige Tschechoslowakei sind bei der Überwindung der Anpassungskrise allerdings wesentlich weiter fortgeschritten als die südosteuropäischen Länder (Albanien, Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Slowenien). Ausserdem kämpften sie erfolgreicher gegen die Inflation an. Mit Ausnahme der ehemaligen Tschechoslowakei sahen sich jedoch auch diese Länder mit höherer Arbeitslosigkeit konfrontiert. In der GUS verschärfte sich die Wirtschaftskrise. Das Bruttoinlandprodukt fiel um fast 20% (1991: -9%), was hauptsächlich auf einen weiteren markanten Rückgang der Industrieproduktion zurückzuführen ist.

Wirtschaftlicher Rückgang in Mittel- und Osteuropa und in der GUS

Das konjunkturelle Bild der Entwicklungsländer hellte sich im Jahre 1992 wieder auf. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum verdoppelte sich annähernd auf real über 6%. Die Teuerung, die sich im Vorjahr massiv verringert hatte, stagnierte bei durchschnittlich 46%. Ein wesentlicher Impuls für diese Entwicklung dürfte von den Reformprogrammen ausgegangen sein. Allerdings bestanden zwischen den einzelnen Ländern und Regionen weiterhin grosse Unterschiede. Am günstigsten sah die Lage im südostasiatischen Raum aus. Prekäre wirtschaftliche Verhältnisse herrschten dagegen in Afrika, wo das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen weiter sank. In Lateinamerika betrug das Wirtschaftswachstum 2,4%. Die Inflationsrate bildete sich in den meisten Ländern – eine wichtige Ausnahme ist Brasilien – zurück.

Bessere Lage in den Entwicklungsländern

2. Geld-, Währungs- und Finanzpolitik

Die Industrieländer führten 1992 eine unterschiedliche Geldpolitik. In den Vereinigten Staaten und Japan wurde sie weiter gelockert. In Europa blieb sie dagegen unter dem Einfluss der straffen Geldpolitik Deutschlands mehrheitlich restriktiv. In der zweiten Jahreshälfte gingen einige Länder zu einer expansiveren Geldpolitik über, nachdem die Wechselkursanpassungen im EWS ihren geldpolitischen Spielraum vergrössert hatten.

Unterschiedliche Geldpolitik

Angesichts der zaghaften Konjunkturerholung, der Fortschritte bei der Inflationbekämpfung und des schwachen Geldmengenwachstums lockerten die amerikanischen Währungsbehörden ihre Geldpolitik nochmals leicht. Nachdem sie den Tagesgeldsatz (Federal Funds Rate) bereits im Jahre 1991 um über drei Prozent-

Weiterhin expansive Geldpolitik in den USA

Monetäre Zielgrössen in ausgewählten Ländern

Land	Zielgrösse	Zielperiode	Ziel	effektiv
Vereinigte Staaten von Amerika	M ₂	4. Quartal 1991 bis	2,5 bis 6,5%	2,0%
	M ₃	4. Quartal 1992	1 bis 5%	0,5%
Japan	M ₂ + CD ¹	2. Quartal 1992 bis 2. Quartal 1993	ca. 1% ²	-0,5% ³
Deutschland	M ₃	4. Quartal 1991 bis 4. Quartal 1992	3,5 bis 5,5%	9,4%
Frankreich	M ₃	4. Quartal 1991 bis 4. Quartal 1992	4 bis 6%	5,9%
Grossbritannien	M ₀	April 1992 bis März 1993	0 bis 4%	2,8% ⁴
Italien	M ₂	Dez. 1991 bis Dez. 1992	5 bis 7%	6,3%
Schweiz	Saisonbereinigte Notenbankgeld- menge	3 bis 5 Jahre	im Durch- schnitt 1%	-1,0% ³

¹ Certificates of Deposit

² Projektion

³ 4. Quartal 1992 gegenüber 4. Quartal 1991

⁴ Dezember 1992 gegenüber Dezember 1991

punkte auf 4% gesenkt hatten, nahmen sie ihn 1992 in mehreren Schritten um einen weiteren Prozentpunkt auf 3% zurück. Gleichzeitig wurde der Diskontsatz von 3,5% auf 3% herabgesetzt. Die kurzfristigen Zinssätze erreichten damit den tiefsten Stand seit Anfang der sechziger Jahre. Trotz des Zinsrückgangs wuchs die Geldmenge M₂, der wichtigste geldpolitische Indikator, erneut nur langsam und lag im vierten Quartal 1992 am unteren Rand des Zielkorridors von 2,5% bis 6,5%.

Lockerung der japanischen Geldpolitik

Die Bank von Japan lockerte ihren geldpolitischen Kurs, nachdem sie bis Herbst 1991 eine sehr restriktive Geldpolitik geführt hatte. Im April und Juli senkte sie den Diskontsatz in zwei Schritten um insgesamt 1,25 Prozentpunkte auf 3,25%. Der Satz für dreimonatige Geldmarktpapiere (Gensaki) bildete sich von knapp 5% im Januar auf 3,5% im Dezember zurück. Die japanische Notenbank reagierte damit auf den anhaltenden markanten Rückgang der Aktienkurse und der Immobilienpreise, der den japanischen Finanzsektor zunehmend in Schwierigkeiten brachte, und auf den ausgeprägten Konjunkturrückgang. Für eine Lockerung sprach auch die nur noch langsam wachsende Geldmenge M₂ + CD (Certificates of Deposit), die sich im Jahre 1992 lediglich um durchschnittlich 1,5% – den geringsten je verzeichneten Zuwachs – erhöhte.

Restriktive Geldpolitik in Europa im ersten Halbjahr

Die Geldpolitik der EWS-Länder blieb im ersten Halbjahr weiterhin restriktiv. Die Deutsche Bundesbank beliess ihre Leitzinssätze auf hohem Niveau, um die tendenziell steigende Teuerung zu bekämpfen und das rasche Geldmengenwachstum einzudämmen. Im Juli erhöhte sie den Diskontsatz von 8% auf 8,75%. Die

Geldmenge M_3 , für die ein Wachstumsziel von 3,5% bis 5,5% festgelegt worden war, lag im vierten Quartal 1992 um 9,4% über dem entsprechenden Vorjahresstand. Die starke Geldmengenexpansion war vor allem auf das kräftige Kreditwachstum zurückzuführen. Ein grosser Teil dieser Ausleihungen erfolgte zu vergünstigten Konditionen, mit denen die deutsche Regierung die Investitionstätigkeit in den neuen Bundesländern zu beleben versuchte. Das hohe deutsche Zinsniveau zwang die übrigen Länder des EWS, ebenfalls eine straffe Geldpolitik zu führen. Angesichts der Stärke des britischen Pfundes und des deutlichen Teuerungsrückgangs senkte jedoch die Bank von England Anfang Mai ihren Interventionssatz um einen halben Prozentpunkt. Mitte Mai setzten die französischen Währungsbehörden die Mindestreserven auf Sichtguthaben herab und verbilligten damit die Kreditkosten der Banken.

Nachdem die dänischen Stimmbürger Anfang Juni den Unionsvertrag von Maastricht abgelehnt hatten und der Ausgang des Referendums in Frankreich ungewiss schien, machten sich im EWS zunehmend Spannungen bemerkbar. Die Chancen einer planmässigen Verwirklichung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wurden skeptischer eingeschätzt. Insbesondere rechneten die Marktteilnehmer wieder mit der Möglichkeit von Änderungen der Wechselkursparitäten, die seit 1987 nicht mehr angepasst worden waren. Da vor allem die südeuropäischen Länder vergleichsweise hohe Inflationsraten aufwiesen, mussten sie in den letzten Jahren eine Verschlechterung ihrer Konkurrenzfähigkeit hinnehmen. Verstärkt traten auch Zweifel an der Bereitschaft verschiedener Länder auf, ihre Geld- und Finanzpolitik zu harmonisieren. Während die D-Mark an Wert gewann, kamen im Sommer vor allem die italienische Lira und das britische Pfund zunehmend unter Druck.

Wachsende Spannungen im EWS

In der ersten Septemberhälfte kam es zu umfangreichen Kapitalabflüssen aus den abwertungsgefährdeten EWS-Währungen. Die Zentralbanken der EWS-Länder intervenierten massiv an den Devisenmärkten. Um den Druck zu lindern, wurde der Leitkurs der italienischen Lira am 12. September um 3,5% abgewertet und die Leitkurse der übrigen Währungen im selben Ausmass aufgewertet. Gleichzeitig senkte die Deutsche Bundesbank ihre Leitzinsen, nachdem sie bereits zuvor einen leichten Zinsrückgang zugelassen hatte. Diese Anpassungen erwiesen sich jedoch als ungenügend. Am 16. September wurde die spanische Peseta um 5% abgewertet; Grossbritannien und kurz darauf Italien traten aus dem Wechselkursmechanismus des EWS aus. Spanien, Portugal und Irland führten – teilweise vorübergehend – Restriktionen im Kapitalverkehr ein, um den anhaltenden Druck auf ihre Währungen zu mildern. In einem weiteren Realignment wurden Mitte November der portugiesische Escudo sowie erneut die spanische Peseta um je 6% abgewertet.

Paritätsanpassungen im EWS – Austritt Grossbritanniens und Italiens aus dem EWS

Die Turbulenzen auf den Devisenmärkten griffen auch auf die nordeuropäischen Länder über, die ihre Währungen einseitig an die ECU gebunden hatten. Am 8. September gab Finnland den Kurs der Markka frei. Demgegenüber vermochte

Starker Druck auf die nordeuropäischen Währungen

die schwedische Reichsbank den Kurs der Krone vorerst durch drakonische Massnahmen – der Zinssatz für Tagesgeld wurde kurzfristig auf über 1 000% erhöht – zu verteidigen. Nach einer weiteren Spekulationswelle, die erneut hohe Stützungsverkäufe notwendig machte, gab die schwedische Reichsbank die Bindung an die ECU am 23. November ebenfalls auf. Norwegen entschloss sich am 11. Dezember zum gleichen Schritt.

Leichte Lockerung der Geldpolitik nach dem Realignment

Nach der September-Krise des EWS nahmen verschiedene Zentralbanken – darunter die Deutsche Bundesbank, die Banque de France, die Banca d'Italia sowie die nordischen Zentralbanken – ihre Zinssätze leicht zurück. Besonders stark senkten die britischen Währungsbehörden ihren Interventionssatz. Sie nahmen nach der Freigabe des Pfundkurses vermehrt auf die Konjunkturlage Rücksicht. Bis Ende Jahr sank der Basiszinssatz der britischen Banken um rund 3 Prozentpunkte auf 7%. Von Mitte September bis Mitte Oktober verloren das Pfund und die Lira gegenüber der D-Mark 12% bzw. 8% an Wert.

Schwacher Dollar und Yen bis August – Erholung im Herbst

Die Entwicklung des Dollars verlief uneinheitlich. Zu Beginn des Jahres gewann er gegenüber den europäischen Währungen an Wert. Die zunehmende Zinsdifferenz zugunsten Europas sowie die zögerliche Konjunkturerholung in den Vereinigten Staaten führten von Mitte März bis Ende August zu einem massiven Kursrückgang. Die Zentralbanken der grossen Industrieländer stützten den Dollar durch Devisenmarktinterventionen, an denen sich auch die Nationalbank beteiligte. Neben dem Dollar geriet auch der Yen gegenüber den meisten Währungen unter Druck, was die japanische Notenbank zu wiederholten Stützungskäufen veranlasste. Nach der September-Krise des EWS erholte sich der Dollar zusehends. Dazu trugen das kleiner gewordene Zinsgefälle zwischen den USA und Europa sowie die wieder anziehende amerikanische Konjunktur bei. Ende Jahr lag der Dollar gegenüber den EWS-Währungen um durchschnittlich 3% und gegenüber dem Franken um 4% höher als Ende 1991. Noch stärker gewann indessen der Yen, der vor allem vom japanischen Konjunkturbelebungs paket profitierte, an Wert; innert Jahresfrist erhöhte er sich gegenüber dem Dollar um 5%.

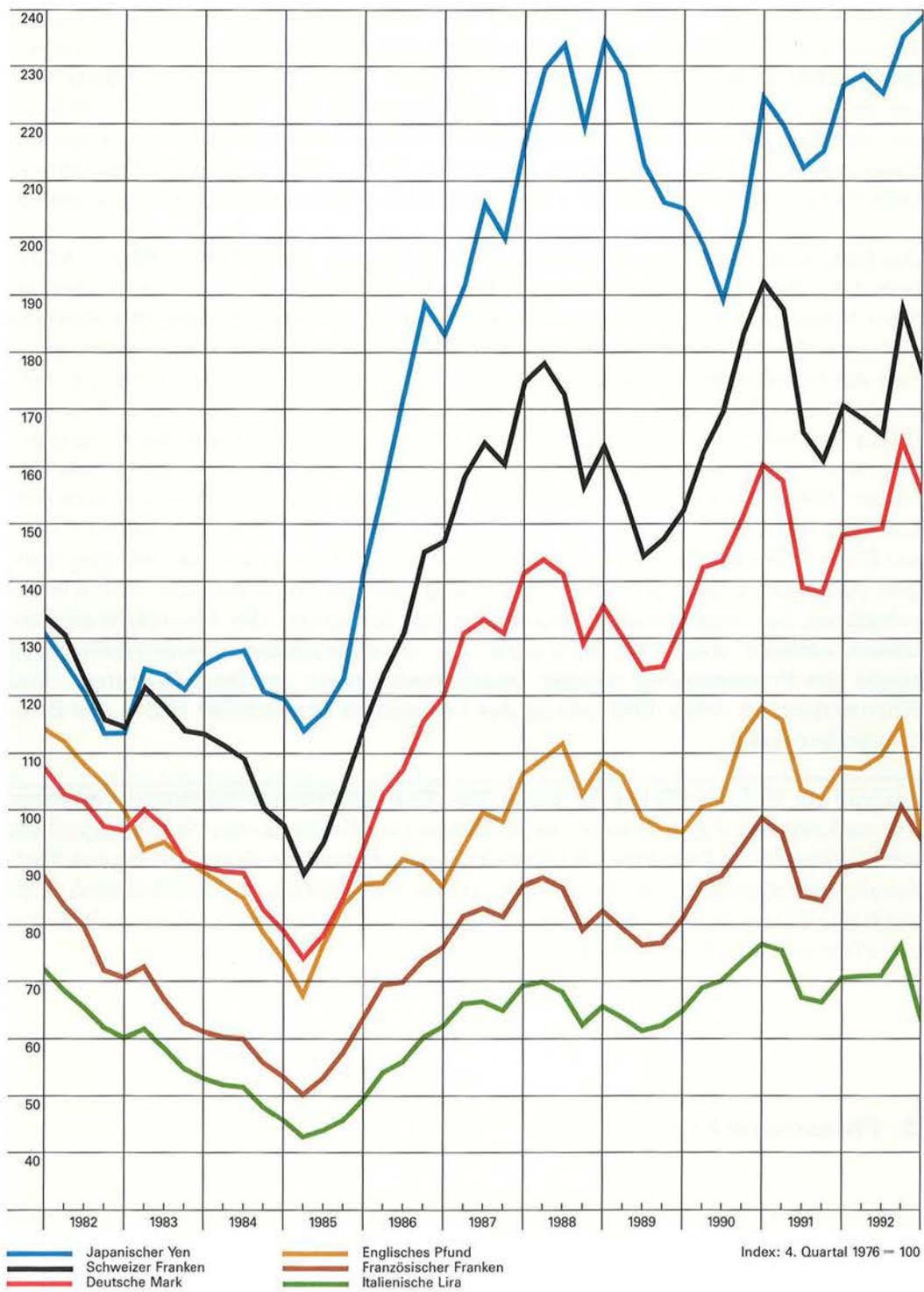
Höhere Staatsdefizite

Die Wachstumsflaute akzentuierte in den meisten westlichen Industrieländern den schlechten Zustand der Staatsfinanzen. Während die Staatseinnahmen spärlicher flossen, wuchsen vor allem die Sozialausgaben. Das Staatsdefizit der grossen Industrieländer (G-7) stieg – in Prozenten des Bruttoinlandprodukts ausgedrückt – auf 4%, gegenüber 3,2% im Jahre 1991.

Höheres amerikanisches Staatsdefizit

Das amerikanische Staatsdefizit betrug im Finanzjahr 1991/1992 290 Mrd. Dollar bzw. 4,9% des Bruttoinlandprodukts; das sind rund 20 Mrd. Dollar mehr als im Vorjahr. Die Erhöhung des Defizits war vor allem auf den konjunkturbedingten Rückgang der Staatseinnahmen zurückzuführen. Für das Finanzjahr 1992/1993 beträgt der budgetierte Fehlbetrag 342 Mrd. Dollar.

Der Kursverlauf wichtiger Währungen in Dollar



Expansive Finanzpolitik
in Japan

Die japanische Regierung erliess zwei Wirtschaftsprogramme zur Belebung der Konjunktur. Der erste Plan sieht zusätzliche Staatsausgaben in Höhe von 40 Mrd. Dollar (5 000 Mrd. Yen) vor, mit denen vor allem Investitionsvorhaben finanziert werden sollen. Mitte August legte die Regierung ein zweites Nachtragsbudget vor, das zusätzliche Ausgaben in Höhe von 80 Mrd. Dollar enthielt; es handelte sich um das grösste Konjunkturpaket der Nachkriegszeit. Die Mehrausgaben flossen vor allem in staatliche Infrastrukturprojekte. Infolge dieser zusätzlichen Ausgaben sowie der geringeren Einnahmen nahm das Defizit des japanischen Staatshaushalts im Finanzjahr 1992 stark zu. Es belief sich auf 1,8% des Bruttoinlandprodukts.

Massnahmen zur
Reduktion der Defizite
in den grossen euro-
päischen Ländern

Das Defizit des deutschen Bundeshaushalts betrug im Jahre 1992 40 Mrd. D-Mark, bzw. 1,4% des Bruttoinlandprodukts (1991: 53 Mrd. D-Mark). Darin sind indessen die – teilweise stark defizitären – Nebenhaushalte zur Finanzierung des Aufbaus der neuen Bundesländer nicht enthalten. Gemäss dem Finanzplan soll das Wachstum der nominellen Staatsausgaben bis 1996 auf durchschnittlich 2,3% pro Jahr begrenzt und damit das Staatsdefizit mittelfristig gesenkt werden. Auch in Grossbritannien wurde ein Finanzplan ausgearbeitet, mit dem das hohe Ausgabenwachstum eingedämmt werden soll. Das britische Staatsdefizit wird für das Fiskaljahr 1992/1993 auf 6% des Bruttoinlandprodukts geschätzt. In Frankreich war das Haushaltsdefizit doppelt so hoch wie budgetiert. Mit einem Anteil von 2,5% am Bruttoinlandprodukt war es jedoch deutlich niedriger als in den meisten übrigen EG-Ländern. Die italienische Regierung kündigte im Anschluss an die Währungskrise ein umfassendes Finanzpaket zur Sanierung der Staatsfinanzen an. Dieses umfasst drastische Kürzungen der Staatsausgaben, Steuererhöhungen sowie die Privatisierung grosser Staatsunternehmen im Dienstleistungs- und Finanzsektor. Im Jahre 1992 betrug das italienische Staatsdefizit 10,6% des Bruttoinlandprodukts.

Massnahmen zur
Stimulierung der
Konjunktur am
EG-Gipfel

Obwohl die meisten EG-Länder kaum über finanzpolitischen Spielraum verfügen, um die Konjunktur anzukurbeln, beschlossen die EG-Staats- und Regierungschefs am EG-Gipfel vom Dezember in Edinburg Massnahmen zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums. Zu diesem Zweck soll die Europäische Investitionsbank (EIB) zusätzliche Darlehen von 5 Mrd. ECU (1 ECU = 1,77 Franken) gewähren, mit denen vor allem Infrastrukturvorhaben finanziert werden.

3. Finanzmärkte

Wachsende Finanz-
märkte, Probleme bei
vielen Banken

In den grossen Industrieländern gingen die langfristigen Zinssätze im Jahre 1992 insgesamt leicht zurück. An den internationalen Finanzmärkten wurden deutlich mehr Kredite und Anleihen aufgenommen. Sinkende Preise an verschiedenen Bör-

sen und Immobilienmärkten brachten viele Banken in erhebliche Schwierigkeiten. Auch die Qualität der kommerziellen Bankkredite litt unter der rezessiven Entwicklung in zahlreichen Ländern.

In den Vereinigten Staaten und in den meisten europäischen Industrieländern blieben die langfristigen Zinssätze in der ersten Jahreshälfte stabil. Im zweiten Halbjahr gingen sie – wie die kurzfristigen Sätze – zurück. Zu diesem Trend trug, besonders in Grossbritannien, auch der Inflationsrückgang bei. Dagegen stieg in Italien das Zinsniveau tendenziell. In Japan bildeten sich die langfristigen Zinssätze während des ganzen Jahres zurück.

Leichter Rückgang der langfristigen Zinssätze

Die Aktienkurse stiegen in Europa und in den Vereinigten Staaten im ersten Halbjahr unerwartet deutlich an. Der nur zaghafte Aufschwung in den USA drückte im zweiten Semester auf die amerikanischen Werte, während die europäischen Märkte die konjunkturelle Flaute und die Krise im EWS spürten. An den japanischen Börsen setzte sich die starke Abwärtsbewegung der letzten Jahre fort, wozu die wirtschaftliche Abkühlung und die Probleme im Bankensektor erheblich beitrugen. Im zweiten Halbjahr fingen sich die Märkte auf, nachdem die Regierung umfangreiche Massnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft und der Banken angekündigt hatte.

Kursschwankungen an den Aktienmärkten

Die Beanspruchung der internationalen Kapitalmärkte durch Kredite und Anleihen nahm auch im Jahre 1992 stark zu. Sie stieg von 525 Mrd. Dollar auf 610 Mrd. Dollar. Die Emission von Anleihen (Notes, Titel mit Eigenkapitalbezug, Obligationen) wuchs von 298 auf 334 Mrd. Dollar. Die Ausgabe von Notes mit variabler Verzinsung erhöhte sich von 17 Mrd. Dollar auf 44 Mrd. Dollar, während jene von Wandel- und Optionstiteln wegen des Rückgangs der japanischen Börse von 41 Mrd. Dollar auf 21 Mrd. Dollar einbrach. Obligationen mit festem Zinssatz wurden für 265 Mrd. Dollar ausgegeben, verglichen mit 234 Mrd. Dollar im Vorjahr. Die Gewährung syndizierter Kredite stieg von 116 auf 118 Mrd. Dollar. Die Zunahme ist ausschliesslich auf die Erneuerung von Krediten mit mehrjähriger Laufzeit zurückzuführen. Neue Kredite wurden wegen der schwachen Konjunktur weniger gewährt als im Vorjahr; zudem achteten die Kreditgeber vermehrt auf die Bonität der Kundschaft.

Erneut höheres Emissionsvolumen an den internationalen Kapitalmärkten

In der zweiten Jahreshälfte verschoben sich die Anteile der verschiedenen Emissionswährungen an den internationalen Finanzmärkten markant. Die Währungs-krise im EWS brachte Emissionen in ECU oder schwachen europäischen Währungen fast gänzlich zum Erliegen. Von dieser Situation profitierten die starken EWS-Währungen, der Schweizer Franken und der Dollar.

Marktanteilsverluste für ECU und schwache europäische Währungen

Mit 536 Mrd. Dollar beanspruchten die OECD-Länder wiederum den grössten Teil der an den internationalen Märkten bereitgestellten Mittel. Auf die Entwicklungsländer entfielen 47 Mrd. Dollar. Der Kapitalstrom nach Osteuropa, der schon im letzten Jahr zurückgegangen war, kam fast ganz zum Versiegen und betrug nur noch 1,5 Mrd. Dollar.

OECD-Länder abermals grösste Schuldner

Auswirkungen der EWS-Krise auf den Markt für derivative Finanzprodukte

Am Devisenmarkt tätige Banken profitierten von der Währungskrise im EWS, da sie erhebliche Devisenhandelsgewinne realisieren konnten. Zahlreiche Banken, welche auf den Märkten für derivative Finanzprodukte (Optionen, Futures, Swaps) als Marktmacher operieren, erlitten dagegen Verluste im Geschäft mit auf Devisen basierenden Instrumenten. Die Banken sind typischerweise Netto-Verkäufer von Optionen. Während der Wechselkurskrise stieg die Volatilität einzelner Wechselkurse an, was die Preise für Optionen erhöhte und den Optionsschreibern Verluste bescherte. Im weiteren war es den Marktmachern wegen der sprunghaft veränderten Wechselkurse nicht möglich, ihre Positionen kontinuierlich gegen das Risiko von Preisveränderungen abzusichern. Einzelnen Banken entstanden dadurch offene Positionen in Währungen, welche abgewertet wurden.

Gesundung des amerikanischen Finanzsektors

Nach mehreren schwierigen Jahren befindet sich der amerikanische Finanzsektor auf dem Weg zur Genesung. Die Zahl der Konkurse ging zurück, und die Banken erarbeiteten grössere Gewinne. Diese sind das Resultat einer vorsichtigeren Kreditvergabe und höherer Gewinnmargen aufgrund von sinkenden Zinsen.

Ausbau der amerikanischen Finanzgesetzgebung

Die Reform des amerikanischen Finanzsystems, das nach Geschäftsbereichen und Regionen aufgegliedert ist, machte auch im Jahre 1992 keine bedeutenden Fortschritte. Das Einlagenversicherungsgesetz wurde jedoch grundlegend erneuert: Nach dem neuen Gesetz werden die Banken aufgrund ihrer Eigenkapitalausstattung in verschiedene Risikogruppen eingeteilt. Bei unterkapitalisierten Banken können die Behörden schneller einschreiten und verschiedene Notmassnahmen (z.B. Kapitalaufnahmepflicht, Schliessung) anordnen. Die Höhe der Prämien für die Einlagenversicherung richtet sich ebenfalls nach dieser Klassierung. Auch die Aufsicht über ausländisch beherrschte Institute wurde ausgebaut. Das Federal Reserve Board hat neu die Möglichkeit, einer Bank die Lizenz zu entziehen oder zu verweigern, wenn das Heimatland der Mutterbank keine ausreichende Überwachung garantiert.

Schwierige Situation der japanischen Banken

Die japanischen Finanzinstitute wurden durch die Einbrüche an den Börsen und an den Immobilienmärkten getroffen. Ihre Gewinne schrumpften stark, und die Ratingagenturen stuften verschiedene Institute zurück. Um die Bilanzen zu entlasten, gründeten die Banken eine Auffanggesellschaft, die dazu dient, notleidende Kredite ordnungsgemäss zu liquidieren.

Teilregulierungen des japanischen Finanzsystems

Trotz dieser Schwierigkeiten wurde das japanische Finanzsystem in Teilbereichen weiter dereguliert. Die bis anhin strikte Trennung zwischen Banken und Wertpapierhäusern wurde gelockert, jedoch nicht ohne verschiedene Übergangsregelungen und Sicherheitsmassnahmen vorzusehen. So können ab 1993 Kreditbanken auch im Wertschriftenbereich aktiv werden; sie müssen solche Geschäfte allerdings über eine Tochtergesellschaft abwickeln. Umgekehrt können die Wertpapierhäuser im Kreditgeschäft tätig werden.

In Skandinavien (ausgenommen Dänemark) gerieten viele Banken in Schwierigkeiten, als die Immobilienpreise zusammenbrachen. Einige Institute wurden von den Staaten gestützt, um das Vertrauen der Anleger zu erhalten. Auch britische, französische und spanische Banken waren vermehrt von notleidenden Krediten betroffen.

Notleidende Kredite in Europa

Die Mitgliedsländer der EG einigten sich über die Grundlagen für zwei wichtige Richtlinien, welche die Integration der Finanzmärkte betreffen. Die Richtlinie über die Finanzdienstleistungen erlaubt es den Wertschriftenhäusern, in allen EG-Staaten tätig zu werden. Die Richtlinie über die Eigenmittelausstattung der Wertschriftenhäuser und Kreditinstitute dient der Vereinheitlichung der Sicherheitsnormen, welche die Grundlage der gegenseitigen Anerkennung bilden.

Fortschritte bei der Integration der europäischen Finanzmärkte

4. Internationale monetäre Zusammenarbeit

An der Jahresversammlung der Bretton Woods Institutionen im September 1992 wurde entschieden, die Mitgliederzahl in den Exekutivdirektorien von IWF und Weltbank von 22 auf 24 zu erhöhen. Die neu geschaffenen Sitze wurden Russland und der Schweiz zugeteilt, die den Bretton Woods Institutionen im Jahre 1992 beigetreten waren. Seit November leitet die Schweiz eine Ländergruppe, der Polen, Usbekistan, Kirgisien, Turkmenistan und Aserbeidschan angehören. Tadschikistan dürfte zu einem späteren Zeitpunkt dazustossen.

Ländergruppe der Schweiz im IWF

Im Jahre 1992 traten verschiedene Republiken der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) den Institutionen von Bretton Woods bei. Die andern standen kurz vor ihrer Aufnahme. Einige der Republiken verhandelten mit dem IWF über eine Bereitschaftskreditvereinbarung. Russland ist mit diesen Verhandlungen am weitesten vorangeschritten. Weil Russland sein Budget und Geldwesen nicht unter Kontrolle zu halten vermochte, wurde der Abschluss verzögert. Im September 1992 hat die Zehnergruppe vereinbart, dem IWF eine Kreditzusage in Höhe von 6 Mrd. Dollar zur Finanzierung eines Rubel-Stabilisierungsfonds zu gewähren. Die Mittel sollen dem IWF über die Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) zur Verfügung gestellt werden. Die Nationalbank beteiligte sich an dieser Kreditzusage mit einem Anteil von 6%. Der Rubel-Stabilisierungsfonds wurde jedoch 1992 nicht aktiviert, da die Bereitschaftskreditvereinbarung Russlands mit dem IWF nicht zustande kam.

Internationale Unterstützung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

Die Zukunft der Rubelzone liegt nach wie vor im dunkeln. Ein Übereinkommen über eine geldpolitische Zusammenarbeit unter den Republiken, die den Rubel als Zahlungsmittel beibehalten wollen, konnte bisher nicht abgeschlossen werden. Wohl auch deshalb schufen verschiedene Länder eigene Währungen. Bislang führten

Erhebliche Probleme in der Rubelzone

Estland, Lettland und die Ukraine eigene Währungen als gesetzliches Zahlungsmittel ein. Verschiedene andere Republiken setzten Parallelwährungen ein. Die gemeinsame Aussenschuld der GUS beträgt rund 70 Mrd. Dollar. Die zähen Verhandlungen zwischen den Republiken – vor allem zwischen Russland und der Ukraine – über die Bedienung der sowjetischen Restschuld konnten noch nicht abgeschlossen werden. Die Umschuldungsgespräche mit den westlichen Gläubigern dürften dadurch weiter verzögert werden.

Fortschritte bei der Überwindung der internationalen Schuldenkrise

Rund zehn Jahre nach Ausbruch der Schuldenkrise haben die Entwicklungsländer bei deren Überwindung einige Fortschritte erzielt. Reformprogramme in Kombination mit Umschuldungen leiteten in etlichen Ländern eine allmähliche wirtschaftliche Erholung ein. Das Verhältnis der Schulden zu den Ausfuhren konnte gegenüber dem Höchststand von 178% im Jahr 1986 auf schätzungsweise 123% im Jahr 1992 gesenkt werden. Dies ist hauptsächlich den kontinuierlich steigenden Exporten der Entwicklungsländer zuzuschreiben. Die Verschuldung nahm weiter zu und belief sich Ende 1992 auf 1 427 Mrd. Dollar (1991: 1 362 Mrd. Dollar). Die Verbindlichkeiten gegenüber privaten Gläubigern bildeten sich zurück, während sich diejenigen gegenüber öffentlichen Gläubigern erhöhten. Dank den Schuldenumstrukturierungen, den höheren Exporten und einem Rückgang der Zinssätze in wichtigen Gläubigerländern reduzierte sich auch das Verhältnis des Schuldendienstes zu den Ausfuhren auf 14% (1991: 15%).

Unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Regionen

Die Schuldenlast trifft die Regionen sehr unterschiedlich. Nach Asien gelang es nunmehr Lateinamerika, das Schuldenproblem weitgehend zu entschärfen. Alle Grossschuldner restrukturierten ihre Bankenverpflichtungen nach den Richtlinien des Brady-Planes. Argentinien und Brasilien schlossen Anfang 1992 Kreditabkommen mit dem IWF ab. Anschliessend einigten sie sich mit dem Pariser Club und den Gläubigerbanken über die Umschuldung mittel- und langfristiger Verbindlichkeiten. Besorgniserregend ist die Situation in Afrika, vor allem in den südlich der Sahara gelegenen Ländern. Ihre Verschuldungsindikatoren liegen fast unverändert auf dem Rekordniveau von 1986.

Weitere Fortschritte im europäischen Integrationsprozess

Nachdem die EG-Länder im Februar 1992 den Maastrichter Unionsvertrag unterzeichnet hatten, begannen in den Mitgliedländern der EG die nationalen Ratifikationsprozesse. Anfang Juni stimmte das dänische Volk knapp gegen das Vertragswerk. Dieses Ergebnis führte zu grosser politischer Unsicherheit, da der Unionsvertrag nur in Kraft treten kann, wenn er von allen zwölf Mitgliedstaaten ratifiziert wird. Ungeachtet dieser Unsicherheit wurde in den übrigen Ländern der Ratifikationsprozess fortgeführt. Beachtung fand vor allem die Volksabstimmung in Frankreich von Mitte September. Mit knapper Mehrheit stimmten die französischen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dem Vertragswerk zu. Das «petit oui» trug aber nicht zur Beseitigung der Zweifel über die Zukunft des Maastrichter Unionsvertrages bei. Namentlich in Grossbritannien wuchs der Widerstand gegen eine stärkere Einbindung des Landes in eine europäische Union. Daher entschloss sich die britische Regierung, den Entscheid über die Ratifikation hinauszuschieben, bis in Däne-

mark ein zweites Referendum über einen angepassten Vertragstext durchgeführt wird. Nachdem im Dezember beim Gipfel von Edinburg eine grundsätzliche Einigung darüber erzielt wurde, dass Dänemark weder an der dritten Stufe der Währungsunion noch an der gemeinsamen Sicherheitspolitik teilnehmen muss, dürfte dieses Referendum im ersten Halbjahr 1993 stattfinden.

Mit dem Inkrafttreten des einheitlichen Binnenmarktes am 1. Januar 1993 fielen die innergemeinschaftlichen Grenzen für Güter, Dienstleistungen, Kapital und Personen weitgehend. Verzögerungen ergeben sich insbesondere im freien Personenverkehr, wo erst gegen Mitte 1993 die Personenkontrollen an den Binnengrenzen aufgehoben werden sollen.

Einheitlicher Binnenmarkt der EG ab 1.1.1993

C. Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz

1. Realwirtschaftlicher Bereich

Bruttoinlandprodukt und industrielle Produktion

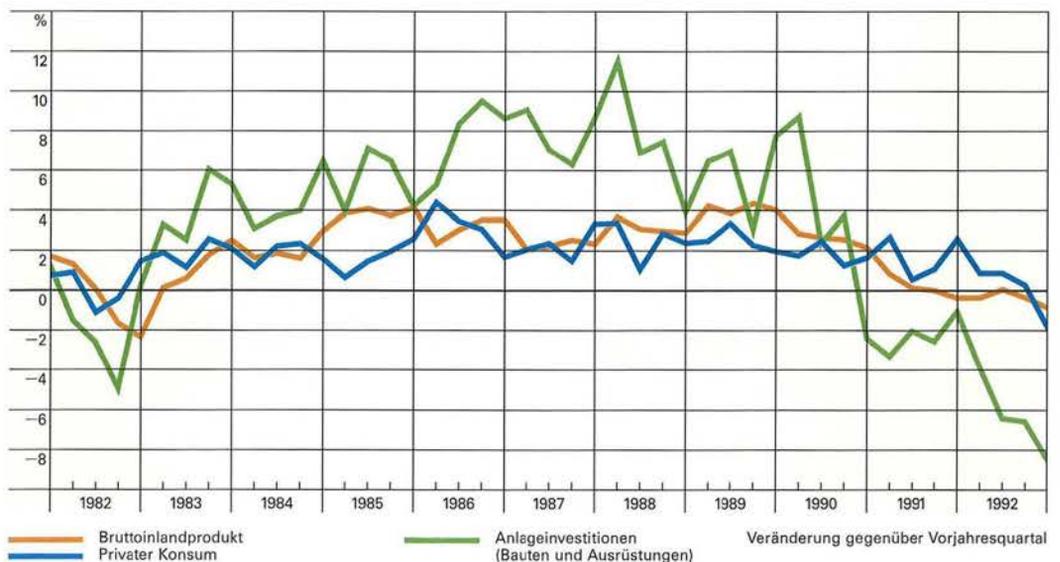
Abnehmendes Bruttoinlandprodukt

Nachdem das schweizerische Bruttoinlandprodukt im Vorjahr stagniert hatte, ging es 1992 zurück. Binnen Jahresfrist verminderte es sich um 0,6%. Die Konjunkturflaute war vor allem auf eine Verringerung der Binnennachfrage zurückzuführen. Die Anlageinvestitionen erlebten einen eigentlichen Einbruch. Neben den Bauinvestitionen waren vor allem die Ausrüstungsinvestitionen betroffen. Die Exportnachfrage wuchs demgegenüber dynamisch. Die Güterausfuhren lagen im ganzen Jahresverlauf deutlich über dem Niveau der Vorperiode. Die Importe nahmen spürbar ab. Sie spiegelten vor allem die schlechte Binnenkonjunktur wider. Während sich die Gütereinfuhren das ganze Jahr hindurch verringerten, setzte der Rückgang bei den Dienstleistungsimporten erst im zweiten Semester ein.

Weiter rückläufige Produktionsindikatoren

Die Kapazitätsauslastung in der Industrie sank weiter, nachdem sie sich schon zu Jahresbeginn auf einem tiefen Niveau befunden hatte. Der Bestellungseingang und der Auftragsbestand nahmen ebenfalls ab. Die Produktion lag knapp unter dem Vorjahresniveau. Die inlandorientierten Industriebranchen spürten die Konjunkturflaute besonders deutlich.

Reales Bruttoinlandprodukt



Konsum

Der private Konsum ging 1992 zurück. Gegenüber dem Vorjahr nahm er real um 0,3% ab (1991: +1,5%). Sowohl der Güter- als auch der Dienstleistungskonsum schwächten sich im Verlauf des Jahres zunehmend ab. Auch die realen Umsätze des Detailhandels gingen leicht zurück. Während die Verkäufe von Nahrungs- und Genussmitteln gegenüber dem Vorjahr noch zunahmen, sanken sie bei den Bekleidungsartikeln und Textilwaren. Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern, namentlich Personenwagen, war ebenfalls rückläufig. Auch der Binnentourismus war von Schwächezeichen geprägt. Die Zahl der Logiernächte von inländischen Gästen lag deutlich unter dem hohen Niveau des Vorjahres.

Rückläufige Konsumausgaben

Der staatliche Konsum wuchs 1992 real nur noch um 2,5% (1991: 2,8%). Die sich verschärfenden Budgetengpässe zwangen die öffentlichen Haushalte zu vermehrtem Sparen.

Staatlicher Konsum von Budgetproblemen geprägt

Investitionen

Die gedämpften Konjunkturerwartungen schlugen sich in deutlich rückläufigen Anlageinvestitionen nieder. Nachdem diese bereits im Vorjahr spürbar gesunken waren, erlitten sie 1992 einen eigentlichen Einbruch und gingen binnen Jahresfrist real um 6,7% zurück (1991: -2,5%). Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen real um 9,3% ab (1991: -1,2%) und waren damit stärker vom Rückgang betroffen als die Bauinvestitionen.

Einbruch bei den Ausrüstungsinvestitionen

Die Bauinvestitionen, die rund zwei Drittel der Anlageinvestitionen ausmachen, befanden sich auch im Jahre 1992 auf Talfahrt. Sie schrumpften im Vorjahresvergleich real um 5,1% (1991: -3,1%). Die anhaltend schwache Bautätigkeit kann mit dem hohen Zinsniveau, den Sparmassnahmen der öffentlichen Haushalte und dem grossen Bestand an ungenutzten Büro- und Lagerflächen erklärt werden. Der Arbeitsvorrat ging in allen Bausparten zurück. Dies äusserte sich vor allem im Wirtschaftsbau, doch war auch der Wohnungsbau immer noch stark rückläufig.

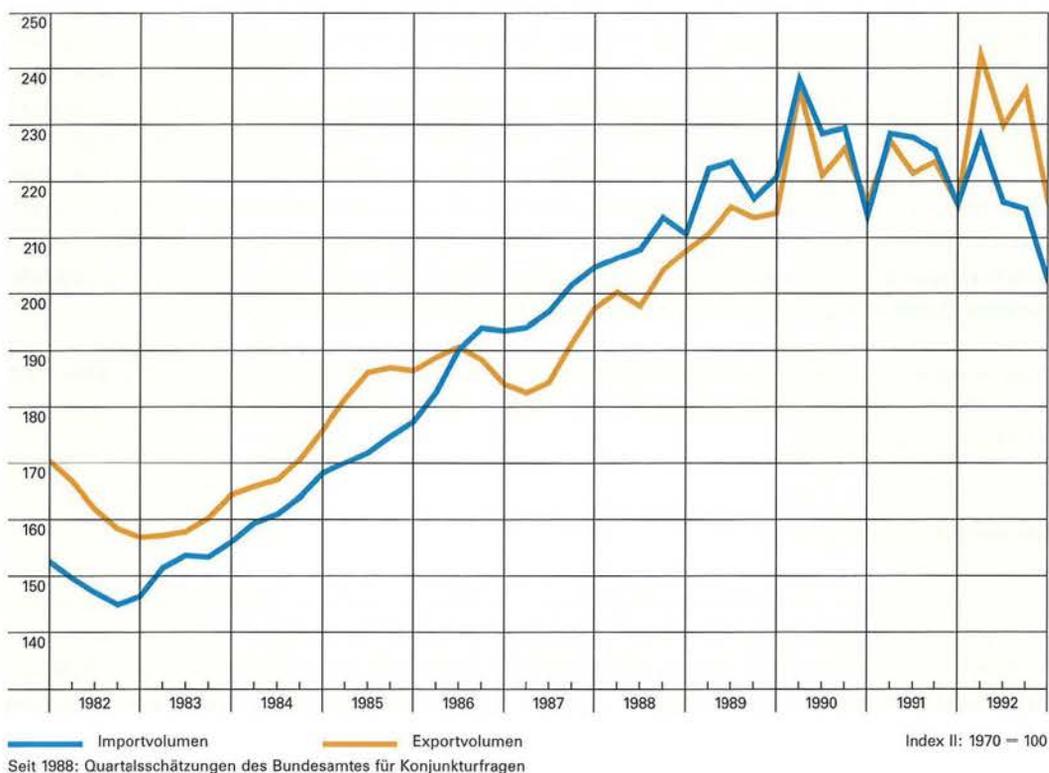
Anhaltend rückläufige Bauinvestitionen

Aussenhandel

Die Ausfuhren stiegen wertmässig um 5,0% auf 86,2 Mrd. Franken. Sie bildeten im Jahre 1992 die wichtigste Konjunkturstütze. Besonders Juwelierwaren, Uhren und Pharmazeutika verzeichneten hohe Wachstumsraten. Die Einfuhren dagegen gingen im Jahre 1992 nominal um 2,2% auf 86,7 Mrd. Franken zurück. Die Konjunkturabkühlung führte bei den Investitions- und dauerhaften Konsumgütern zu markant geringeren Importen. Bei den Ausfuhren betrug die Teuerung lediglich 0,7% (1991: 2,7%). Die Preise der importierten Güter lagen hingegen um 2,2% über dem Vorjahresniveau (1991: 0,1%). Die Einfuhren verringerten sich real um 4,3%, während die Ausfuhren real um 4,3% wuchsen.

Steigende Güterexporte – sinkende Güterimporte

Aussenhandel



Uneinheitliche regionale Entwicklung

Die Ausfuhren entwickelten sich nach Regionen oder Ländern gegliedert unterschiedlich. Die Exporte in die grossen EG-Länder stiegen nur geringfügig, während die Lieferungen nach Belgien, Irland und Griechenland deutlich zunahmen. Die Exporte in die EFTA-Staaten wuchsen unterdurchschnittlich. Hingegen erhöhten die Vereinigten Staaten sowie die OPEC- und Entwicklungsländer ihre Käufe schweizerischer Güter markant. Die Ausfuhren in die GUS halbierten sich nahezu. Auf der Einfuhrseite gingen die Bezüge aus den Vereinigten Staaten, den OPEC-Ländern, Osteuropa und der GUS am stärksten zurück.

Markanter Rückgang des Handelsbilanzdefizites

Die unterschiedliche Entwicklung der Ein- und Ausfuhren führte dazu, dass das Defizit im gesamten Warenverkehr (Spezialhandel und übriger Warenverkehr) um 7,1 Mrd. auf 896 Mio. Franken sank. Dies entspricht dem tiefsten Wert seit 1978.

Zahlungsbilanz

Ertragsbilanz

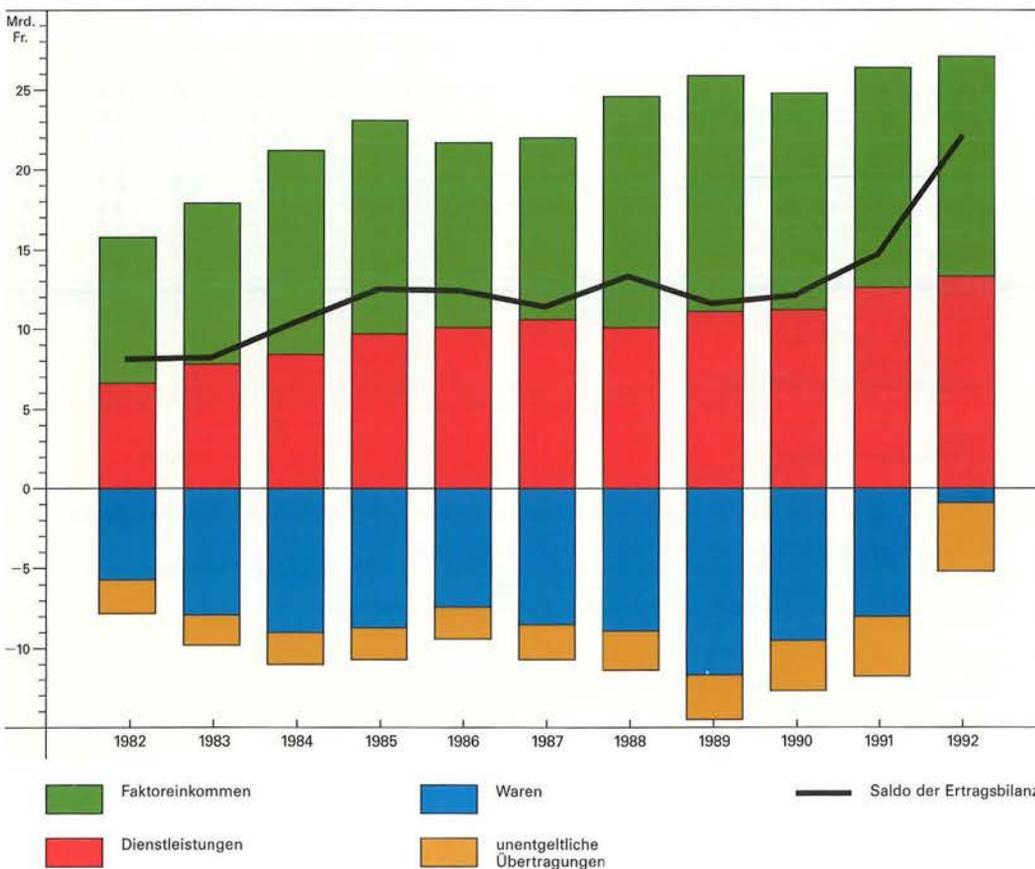
Der Überschuss der Ertragsbilanz stieg 1992 markant und erreichte ein Rekordniveau von 21,9 Mrd. gegenüber 14,6 Mrd. Franken im Vorjahr. Gemessen am Bruttosozialprodukt wuchs der Aktivalsaldo von 4,2% im Jahre 1991 auf 6,2%. Entscheidend für diese Entwicklung war der konjunkturell bedingte Rückgang des Defizites im Warenverkehr.

Starker Anstieg des Ertragsbilanzüberschusses

Der Überschuss aus dem Dienstleistungsverkehr stieg auf 13,3 Mrd. Franken. Die Einnahmen und Ausgaben beim Fremdenverkehr nahmen preisbedingt zu, während die Zahl der Übernachtungen und die internationalen Personentransporte auf dem Niveau des Vorjahres verharrten. Die Kommissionseinnahmen der

Höherer Überschuss bei den Dienstleistungen und den Einkommen

Ertragsbilanz



Banken stiegen ebenfalls. Erstmals seit 1983 schrumpfte die Zahl der in der Schweiz beschäftigten ausländischen Grenzgänger. Die ans Ausland bezahlten Arbeitseinkommen waren jedoch wegen den gestiegenen Löhnen gleich hoch wie im Vorjahr. Die Nettoeinnahmen aus den Kapitalanlagen blieben trotz des gestiegenen Nettovermögens infolge der rückläufigen Zinssätze konstant. Der Überschuss der Arbeits- und Kapitaleinkommen betrug wie im Vorjahr 13,8 Mrd. Franken.

Höhere Übertragungen ans Ausland

Die ans Ausland geleisteten privaten Übertragungen sowie die staatlichen Ausgaben für Entwicklungshilfe und Sozialversicherungsleistungen stiegen erneut an. Der Ausgabenüberschuss bei den Übertragungen nahm dadurch um 0,5 Mrd. auf 4,3 Mrd. Franken zu.

Zahlungsbilanz 1987—1992

Saldi¹ in Mrd. Franken

	1987	1988	1989	1990	1991 ^r	1992 ^p
1. Ertragsbilanz	11,3	13,2	11,5	12,0	14,6	21,9
Warenverkehr	- 8,5	- 8,9	-11,7	- 9,5	- 8,0	- 0,9
Dienstleistungen	10,6	10,1	11,1	11,2	12,6	13,3
Arbeits- und Kapitaleinkommen	11,4	14,5	14,8	13,6	13,8	13,8
Unentgeltliche Übertragungen	- 2,2	- 2,5	- 2,8	- 3,2	- 3,8	- 4,3
2. Kapitalverkehr	-14,0	-21,8	-10,8	-18,2	-17,3	...
Direktinvestitionen	1,1	-12,7	- 9,2	- 2,7	- 3,6	...
Portfolioinvestitionen	- 2,6	-10,9	- 4,9	- 1,6	18,4	...
Kapitalverkehr der Geschäftsbanken ²	-15,0	- 3,5	- 2,5	10,4	8,0	- 9,7
Interbankgeschäfte	- 3,5	11,6	30,4	15,3	7,5	- 6,1
Kredite an Nichtbanken	- 7,1	- 2,9	- 5,1	- 5,7	- 0,9	- 1,4
Einlagen von Nichtbanken	4,8	- 1,7	0,1	- 0,8	- 0,7	0,3
Treuhandgelder	- 7,5	- 7,7	-23,9	-16,4	3,1	0,4
Edelmetalle	- 1,8	- 2,9	1,0	- 2,8	- 1,0	- 2,9
Übriger Kapitalverkehr	2,5	5,3	0,7	- 3,6	- 3,2	...
3. Nicht erfasste Transaktionen und statistische Fehler	7,4	5,1	1,8	7,9	4,0	...
4. Veränderungen der Währungsreserven der SNB ³	4,7	- 3,5	2,4	1,7	1,4	6,2
Zinserträge auf Devisen	1,9	2,2	2,9	2,7	2,7	1,9
Devisenswaps ⁴	2,0	- 5,5	4,2	- 3,1	- 0,5	2,7
Übrige Devisentransaktionen ⁴	0,8	- 0,2	- 4,7	2,1	- 0,9	1,6

Anmerkungen:

... noch keine Daten verfügbar

^r revidiert

^p provisorisch

¹ Ein Minuszeichen bedeutet bei der Ertragsbilanz einen Überschuss der Importe über die Exporte, beim Kapitalverkehr einen Kapalexport

² Inklusive Treuhandgeschäfte und Ein- und Ausfuhr von Silber und Gold

³ Ohne Berücksichtigung der Wechselkursverluste auf dem Devisenbestand. Ein Pluszeichen bedeutet einen Anstieg, ein Minuszeichen eine Abnahme der Währungsreserven der SNB

⁴ Ein Pluszeichen bedeutet Nettokäufe, ein Minuszeichen Nettoverkäufe von Devisen

Kapitalverkehr

Kapitalabflüsse im Interbankgeschäft

Das internationale Interbankgeschäft der Banken (inländische Geschäftsstellen) gewann im Jahre 1992 wieder an Schwung. Da die inländische Kreditnachfrage konjunkturbedingt zur Schwäche neigte, legten die inländischen Banken ihre Mit-

tel wieder vermehrt bei eigenen ausländischen Filialen und Tochtergesellschaften sowie ausländischen Instituten an. Erstmals seit 1987 traten die Banken wieder als Nettokapitalexporteure in Erscheinung. Die Kapitalabflüsse im Interbankgeschäft betragen 6,1 Mrd. Franken. Im Vorjahr war ein Zufluss von 7,5 Mrd. Franken verzeichnet worden.

Die inländischen Banken intensivierten auch ihr Kreditgeschäft mit ausländischen Nichtbanken. Sie steigerten ihre Kapitalexporte auf 1,4 Mrd. Franken im Jahre 1992 (1991: 0,9 Mrd. Franken). Von ausländischen Nichtbanken flossen den inländischen Banken Mittel im Betrag von 0,3 Mrd. Franken zu. In den Vorjahren hatten die ausländischen Nichtbanken ihre Einlagen bei inländischen Banken kontinuierlich vermindert. Bei den Treuhandanlagen ergab sich ein erneuter Rückgang.

Intensivierung des Kredit- und Einlagengeschäfts mit Nichtbanken

Die Währungsreserven der Nationalbank (ohne Berücksichtigung des Aufwertungsgewinnes auf dem Devisenbestand) stiegen im Jahre 1992 um 6,2 Mrd. Franken (1991: +1,4 Mrd. Franken). Der Aufwertungsgewinn auf dem Devisenbestand betrug 0,7 Mrd. Franken (1991: 1,7 Mrd. Franken). Die Erträge auf den Devisenanlagen gingen zinsbedingt auf 1,9 Mrd. Franken zurück (1991: 2,7 Mrd. Franken). Die Swapgeschäfte und die übrigen Devisengeschäfte führten zu einem Devisenzufluss von 4,3 Mrd. Franken (1991: -1,4 Mrd.).

Zunahme der Währungsreserven der Nationalbank

Auslandvermögen

Das schweizerische Nettoauslandvermögen stieg kräftig und betrug Ende 1991 322 Mrd. Franken. Der Stand des Nettoauslandvermögens Ende 1992 ist noch nicht vollständig bekannt, doch dürfte dieses aufgrund des massiven Ertragsbilanzüberschusses weiter gestiegen sein.

Anstieg des Nettoauslandvermögens

Öffentliche Finanzen

Das Wachstum der gesamten Staatsausgaben (Bund, Kantone, Gemeinden) beschleunigte sich trotz Sparmassnahmen weiter. Die Gesamtausgaben lagen 1992 real um 5% über dem Niveau des Vorjahres (1991: 3,9%). Die Finanzrechnung des Bundes schloss mit einem Ausgabenüberschuss von 2,9 Mrd. Franken (1991: 2 Mrd. Franken). Das Budget wurde damit deutlich überschritten. Zum ungünstigen Ergebnis trug die Konjunkturflaute bei. Der Ertrag der Warenumsatzsteuer blieb vor allem als Folge des massiven Rückgangs der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen hinter den Erwartungen zurück. Das Ausgabenwachstum konnte von 11% im Vorjahr auf 6,5% verringert werden. Für 1993 wird ein Ausgabenüberschuss von gut 2,5 Mrd. Franken budgetiert. Das veranschlagte Ausgabenwachstum liegt mit 6,9% wiederum über jenem der Einnahmen (4%).

Erhöhtes Defizit des Bundes

Markante Verschlechterung der Kantonsfinanzen

Die Situation der Kantonsfinanzen verschlechterte sich markant. Die Fehlbeträge stiegen von 1,9 Mrd. Franken im Jahre 1990 auf schätzungsweise 3,5 Mrd. Franken im Jahre 1991. Aufgrund der Voranschläge dürften die Kantonsdefizite im Jahre 1992 weiter auf 4,2 Mrd. Franken gestiegen sein. Die Gemeinden verzeichneten 1992 Defizite in der Höhe von schätzungsweise 1,3 Mrd. Franken (1991: 1,2 Mrd. Franken).

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Markanter Rückgang der Beschäftigung

Der Konjunkturunbruch führte zu einem starken Rückgang der Beschäftigung. Die Zahl der Beschäftigten ging um 2,6% zurück, verglichen mit einer Abnahme von 0,3% im Vorjahr. Das Baugewerbe wurde vom Einbruch hart getroffen. Auch in Industrie und Gewerbe schrumpfte die Zahl der Beschäftigten erneut deutlich. Neben der Leder- und Schuhindustrie wurden in der Maschinenindustrie prozentual am meisten Stellen abgebaut. Der Dienstleistungssektor beschäftigte ebenfalls weniger Arbeitskräfte als im Vorjahr.

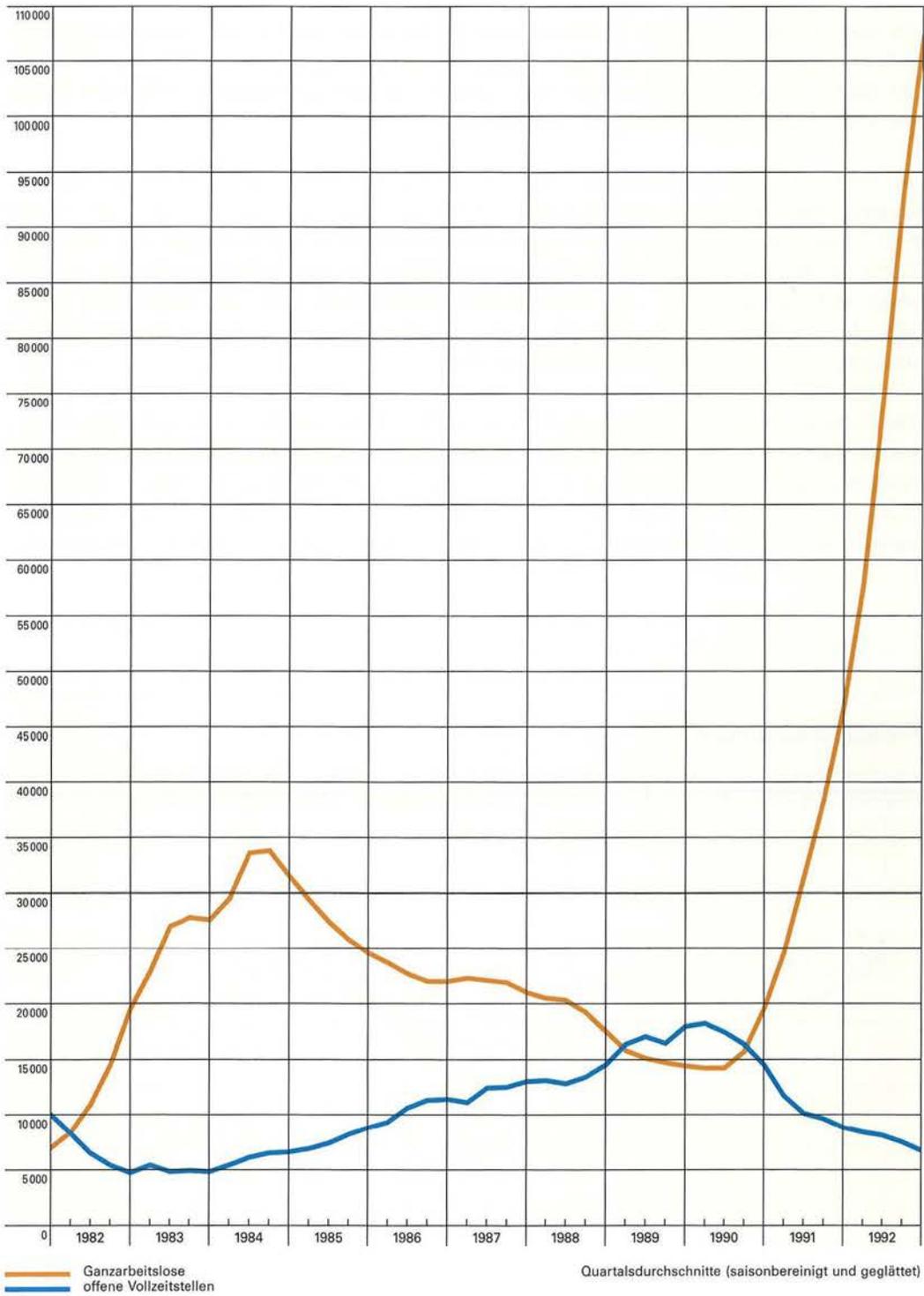
Weitere starke Zunahme der Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Jahresdurchschnitt auf 82 429. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich auf durchschnittlich 2,7%, verglichen mit 1,1% im Vorjahr. Die höchsten Arbeitslosenquoten meldeten die Kantone der Westschweiz und der Kanton Tessin. Das Problem der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit verschärfte sich. Ende 1992 war bereits jeder zehnte Arbeitslose länger als ein Jahr ohne Arbeit. Parallel zur Arbeitslosigkeit stieg die Kurzarbeit. Im Jahre 1992 waren durchschnittlich 34 020 Erwerbstätige von Kurzarbeit betroffen, verglichen mit rund 20 300 vor Jahresfrist. In praktisch sämtlichen Wirtschaftszweigen musste Kurzarbeit eingeführt werden. Der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau sowie die Metallindustrie wiesen – wie schon in der Vergangenheit – eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Kurzarbeitenden aus.

Schweizerische Arbeitskräfteerhebung

Gemäss der einmal jährlich durchgeführten Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) ist die Zahl der erwerbstätigen Personen zwischen dem zweiten Quartal 1991 und dem zweiten Quartal 1992 um 12 000 auf 3,736 Mio. gestiegen. Die erwerbsfähige Wohnbevölkerung, d. h. jene Personen, die 15 Jahre und älter sind, wuchs dagegen um 57 000. Dies bedeutet, dass der Arbeitsmarkt das Wachstum der Erwerbsbevölkerung nur teilweise zu absorbieren vermochte. In der Arbeitskräfteerhebung für das zweite Quartal 1992 wurden 104 000 (2. Quartal 1991: 65 000) Erwerbslose ausgewiesen. Bei den Arbeitsämtern registrierte man dagegen 82 000 (2. Quartal 1991: 35 000) Arbeitslose. Die Differenz zwischen der Zahl der erwerbslosen Personen und derjenigen der registrierten Arbeitslosen verringerte sich. Zurückzuführen ist dies auf die prozentual geringere Zunahme der nichteingeschriebenen Erwerbslosen.

Arbeitsmarkt



Preise und Löhne

Deutlicher Rückgang der Teuerung

Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene Teuerung ermässigte sich im Laufe des Jahres deutlich. Die Jahresteuierung ging von 5,2% im Dezember 1991 auf 3,4% im Dezember 1992 zurück. Im Jahresdurchschnitt lag der Index um 4,0% über dem Niveau der Vorperiode.

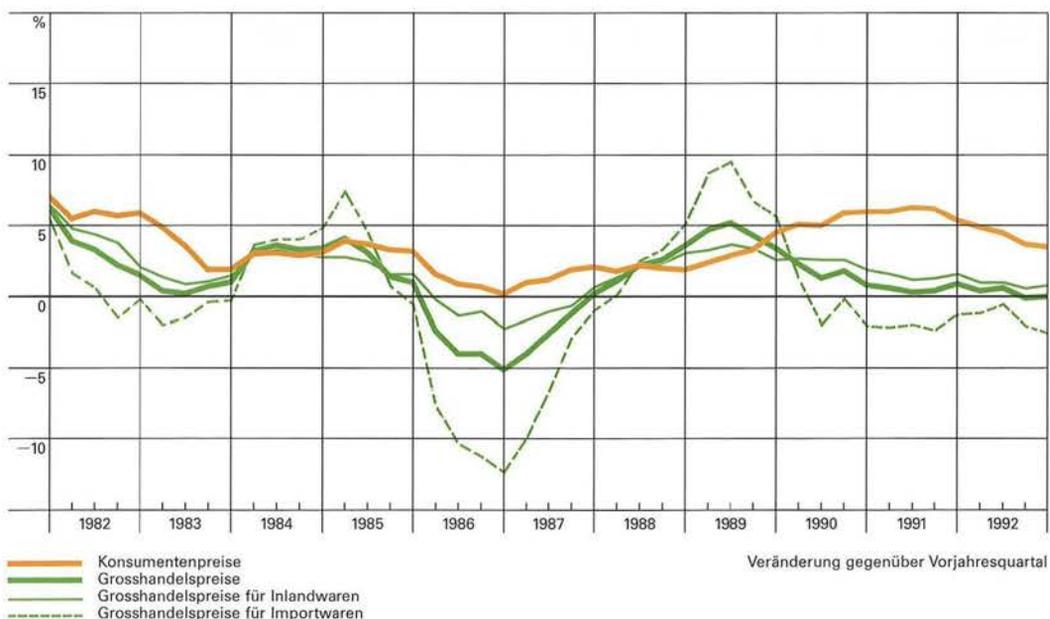
Anhaltender Preisdruck bei den Dienstleistungen

Die Binnenteuerung bildete sich zurück; sie lag jedoch immer noch auf hohem Niveau. Sie betrug im Jahresdurchschnitt 5,0%, verglichen mit 6,8% im Jahre 1991. Obschon die Wohnungsmieten deutlich weniger stark stiegen als im Jahre 1991 und der Bund die Tarifierhöhungen im Gesundheitswesen begrenzte, verteuerten sich die privaten und öffentlichen Dienstleistungen um 6,5%. Ein preis-dämpfender Effekt ging erneut von der Auslandskomponente der Teuerung aus; sie reduzierte sich auf durchschnittlich 1,1%.

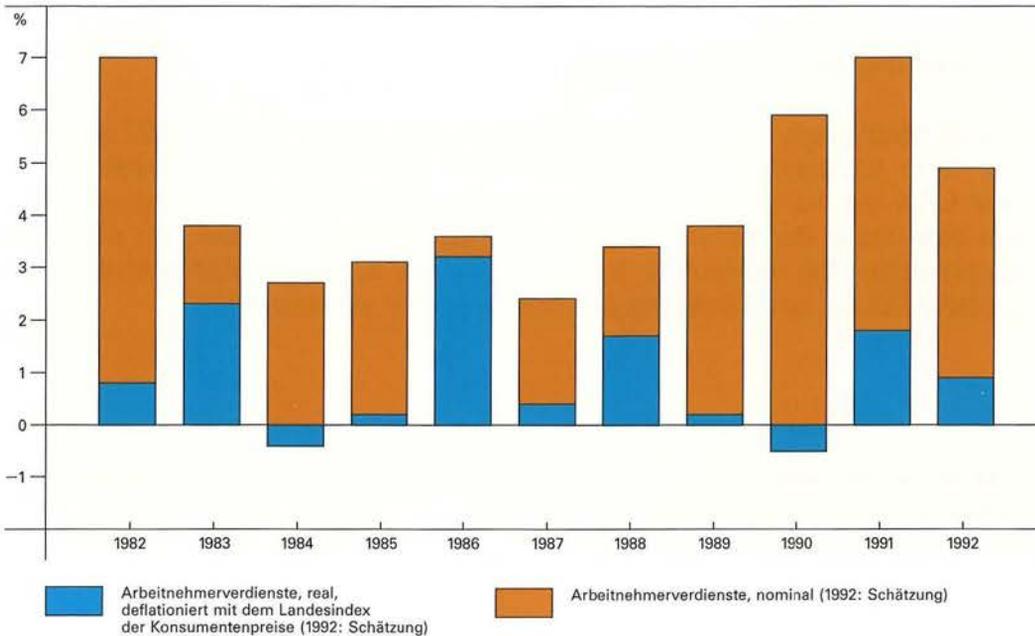
Stabile Grosshandelspreise

Der Grosshandelspreisindex erhöhte sich im Jahresdurchschnitt um 0,1% (1991: 0,4%). Der nur geringe Anstieg ist das Resultat gegenläufiger Preisbewegungen. Während sich die Rohstoffe und Halbfabrikate sowie die Energieträger und Hilfsstoffe verbilligten, verteuerten sich die Konsumgüter. Die Preise für Inlandwaren stiegen um 0,7%, diejenigen für Importwaren gingen dagegen um 1,7% zurück.

Preisveränderungen



Nominales und reales Wachstum der Löhne



Gemäss einer Schätzung des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) lagen die Nominallöhne im Jahresdurchschnitt 1992 um 4,9% über dem Niveau der Vorperiode. Die Schätzung basiert auf den Daten der Sammelstelle für die Statistik der Unfallversicherung (SSUV). Unter Berücksichtigung der Entwicklung des Landesindexes der Konsumentenpreise (Jahresdurchschnitt) ergab sich damit ein Reallohnzuwachs von 0,9%.

Gestiegene Reallöhne

2. Monetärer Bereich

Entwicklung der Geldaggregate

Rückgang der Notenbankgeldmenge infolge tieferem Notenumlauf

Die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge lag im vierten Quartal 1992 um 1,0% unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Der Rückgang widerspiegelt in erster Linie die Abnahme des Notenumlaufs, der im vierten Quartal um 0,6% unter dem Stand des vierten Quartals 1991 lag. Die hohen Zinsen, vor allem auf Sparguthaben, die rückläufige Teuerung und die schwache Konjunktur waren hauptsächlich für den Rückgang des Notenumlaufs verantwortlich.

Entwicklung der bereinigten Notenbankgeldmenge und ihrer Komponenten Quartals- und Jahresdurchschnitte¹

	Notenumlauf Mio. Fr.	Giroguthaben von Banken Mio. Fr.	NBGM ² Mio. Fr.	SBNBGM ³ Mio. Fr.	Veränderung ⁴ in %
1987	24 785	8 647	33 432	33 403	4,9
1988	25 819	5 667	31 486	31 521	-11,0
1989	26 438	3 487	29 925	29 910	- 2,4 ⁵
1990	25 880	3 018	28 898	28 934	- 2,6
1991	26 442	2 832	29 274	29 247	1,4
1992	26 467	2 553	29 020	29 020 ^p	- 1,0
1992 1. Quartal	26 624	2 538	29 162	29 142 ^p	- 0,4
2. Quartal	26 413	2 571	28 984	29 228 ^p	- 0,1
3. Quartal	26 133	2 488	28 621	29 027 ^p	- 0,8
4. Quartal	26 697	2 615	29 312	28 934 ^p	- 1,0

¹ Durchschnitt aus Monatswerten

² Notenbankgeldmenge = Notenumlauf + Giroguthaben

³ Saisonbereinigte Notenbankgeldmenge = Notenbankgeldmenge dividiert durch die entsprechenden Saisonfaktoren

⁴ Gegenüber Vorjahresperiode; Jahresveränderungen beziehen sich auf das vierte Quartal;

Quartalsveränderungen sind Durchschnitte der monatlichen Veränderungsrate

⁵ Das Geldmengenziel bezog sich 1989 auf den Durchschnitt der zwölf auf Jahresbasis hochgerechneten monatlichen Veränderungsrate gegenüber dem durchschnittlichen Stand der saisonbereinigten Notenbankgeldmenge des vierten Quartals des Vorjahres, zentriert auf November. In dieser Berechnungsweise betrug die Veränderung -1,9%

^p provisorisch

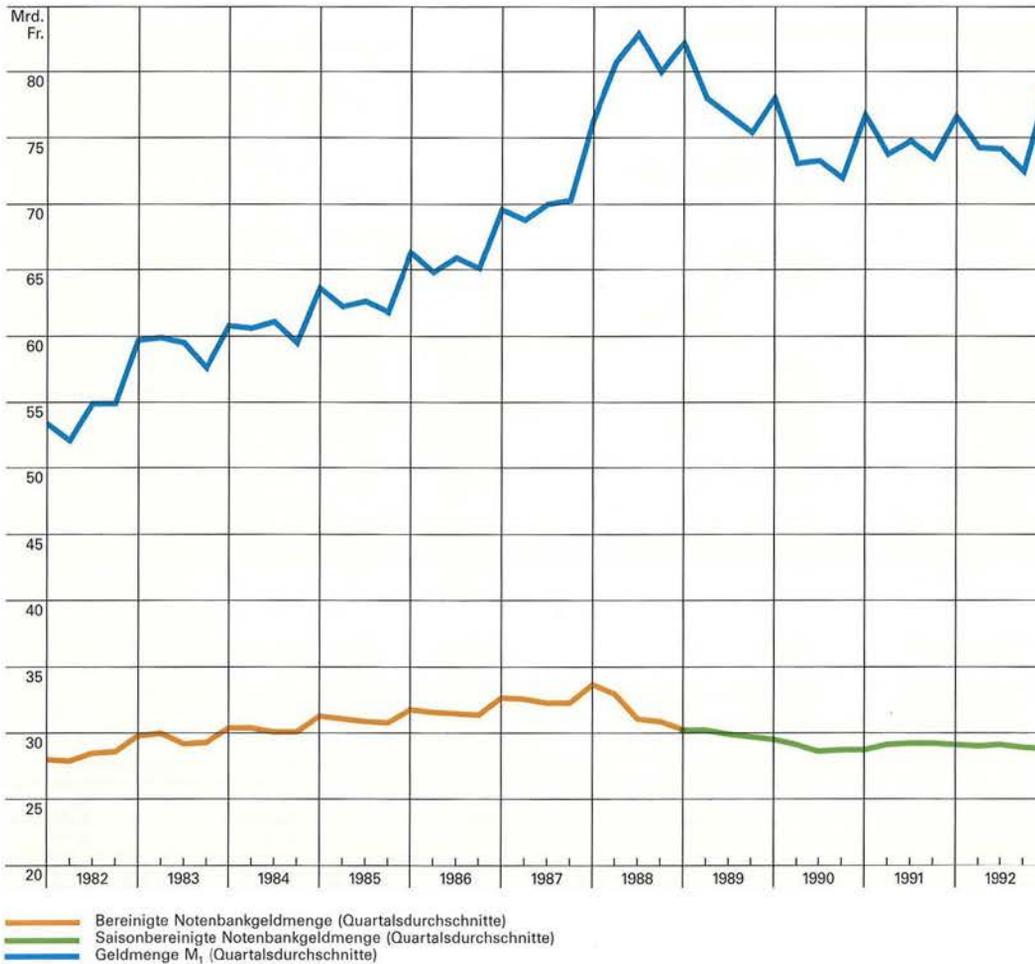
Stabilisierter Girobestand im vierten Quartal

Obwohl die Giroguthaben der Banken im Vorjahresvergleich mit durchschnittlich -9,4% weiterhin schrumpften, lagen sie im vierten Quartal 1992 nur unwesentlich unter dem entsprechenden Vorjahreswert (-19 Mio. Franken).

Unveränderte Geldmenge M₁

Nachdem die Geldmenge M₁ im Jahre 1991 um 1,3% gestiegen war, lag sie 1992 insgesamt nur noch knapp über dem Vorjahresniveau. Der Bargeldumlauf, der im Vorjahr um 2,7% zugenommen hatte, nahm nur noch um 0,5% zu. Der deutliche Zinsanstieg zwischen Februar und Mai führte zu einer Umlagerung von Sichtgut-

Bereinigte Notenbankgeldmenge und Geldmenge M_1



haben zu Termineinlagen. Ab September verlief die Umlagerung wieder in die entgegengesetzte Richtung. Daher sank auch die Geldmenge M_1 bis zum Sommer deutlich und stieg anschliessend von neuem.

Die Termineinlagen nahmen von Februar bis Juli als Folge des Zinsanstiegs markant zu. In der zweiten Jahreshälfte schrumpfte sie wieder. Im Jahresdurchschnitt wuchsen die Termineinlagen um 1,3% gegenüber 4,5% im Vorjahr. Parallel dazu verringerte sich das Wachstum M_2 von 3,3% im Vorjahr auf 0,9%. Die Zunahme der Spareinlagen beschleunigte sich dagegen von 3,1% im Vorjahr auf 5,7%.

Schwächeres
Wachstum von M_2 ,
unverändertes
Wachstum von M_3

Das stärkere Wachstum der Spareinlagen kompensiert den Rückgang von M_2 . Deshalb blieb das Wachstum der Geldmenge M_3 mit 3,1% gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert.

Entwicklung der Geldaggregate¹ Quartals- und Jahresdurchschnitte²

	Bargeldumlauf ³		Sichteinlagen ⁴		Geldmenge M_1 ⁵	
	Mio. Fr.	Veränderung in %	Mio. Fr.	Veränderung in %	Mio. Fr.	Veränderung in %
1987	22 991	2,7	48 360	9,9	71 351	7,5
1988	24 141	5,0	57 339	19,0	81 480	14,4
1989	24 686	2,3	52 346	- 8,7	77 032	- 5,5
1990	24 211	- 1,9	49 564	- 5,3	73 775	- 4,2
1991	24 852	2,7	49 835	0,6	74 687	1,3
1992	24 975	0,5	49 935	0,2	74 910	0,3
1991 1. Quartal	24 737	2,1	49 079	0,5	73 816	1,0
2. Quartal	24 673	3,1	50 154	1,5	74 827	2,0
3. Quartal	24 601	3,4	48 891	1,6	73 492	2,2
4. Quartal	25 398	2,1	51 215	- 1,1	76 613	- 0,1
1992 1. Quartal	25 006	1,1	49 293	0,5	74 299	0,7
2. Quartal	24 914	1,0	49 242	- 1,8	74 156	- 0,9
3. Quartal	24 508	- 0,4	47 959	- 1,9	72 467	- 1,4
4. Quartal	25 472	0,3	53 245	4,0	78 717	2,7

	Quasi-Geld ⁶		Geldmenge M_2 ⁷		Spareinlagen ⁸		Geldmenge M_3 ⁹	
	Mio. Fr.	Veränderung in %	Mio. Fr.	Veränderung in %	Mio. Fr.	Veränderung in %	Mio. Fr.	Veränderung in %
1987	67 151	12,3	138 502	9,8	164 890	9,2	303 392	9,4
1988	67 616	0,8	149 097	7,8	183 990	11,6	333 087	9,8
1989	102 004	50,5	179 036	20,0	174 683	- 5,0	353 719	6,2
1990	128 562	27,3	202 337	13,3	159 807	- 8,5	362 145	2,4
1991	134 195	4,5	208 882	3,3	164 787	3,1	373 669	3,2
1992	135 926	1,3	210 835	0,9	174 245	5,7	385 089	3,1
1991 1. Quartal	133 995	8,4	207 810	5,6	162 929	- 0,5	370 739	2,9
2. Quartal	134 364	5,3	209 191	4,1	164 243	3,1	373 434	3,7
3. Quartal	134 537	2,6	208 029	2,5	163 772	4,4	371 801	3,3
4. Quartal	133 886	1,5	210 499	0,9	168 203	5,5	378 702	2,9
1992 1. Quartal	133 076	- 0,7	207 375	0,2	173 319	6,4	380 694	2,7
2. Quartal	139 479	3,8	213 635	2,1	173 084	5,4	386 719	3,6
3. Quartal	139 984	4,0	212 451	2,1	170 454	4,1	382 905	3,0
4. Quartal	131 163	- 2,1	209 880	- 0,3	180 159	7,1	390 039	3,0

¹ Vgl. Monatsbericht der SNB, Tabellen B21 und B22, ab 1986 Fürstentum Liechtenstein = Inland

² Durchschnitt aus Monatswerten; Jahres- und Quartalsveränderungen sind Durchschnitte der monatlichen Veränderungs-raten

³ Bargeldumlauf = Noten und Münzen beim privaten Publikum

⁴ Sichteinlagen = inländische Sichteinlagen des privaten Publikums bei Banken und beim Postcheck in Schweizer Franken

⁵ Geldmenge M_1 = Bargeldumlauf plus Sichteinlagen (ohne Edelmetalle)

⁶ Quasi-Geld = inländische Termineinlagen in Schweizer Franken

⁷ Geldmenge M_2 = M_1 + Quasi-Geld

⁸ Spareinlagen = inländische Spareinlagen sowie Depositen- und Einlagehefte des Publikums bei Banken

⁹ Geldmenge M_3 = M_2 + Spareinlagen

Geldmarkt

Dem kräftigen Anstieg der Geldmarktsätze von Februar bis um die Jahresmitte folgte in der zweiten Jahreshälfte ein noch ausgeprägterer Rückgang. Von Januar bis Mai erhöhte sich der Tagesgeldsatz um rund 2 Prozentpunkte auf ein Monatsmittel von 9,1%. Danach fiel er bis Oktober um 3,3 Prozentpunkte auf 5,8%. Dies war der tiefste monatliche Durchschnittswert des Tagesgeldsatzes seit fast vier Jahren. Im Jahresmittel nahm der Satz gegenüber 1991 um einen viertel Punkt auf 7,5% ab. Der flexible Lombardsatz der Nationalbank stieg bis Juni auf ein Monatsmittel von 11,3% und ging anschliessend bis Dezember auf 8,0% zurück. Im September senkte die Nationalbank den Diskontsatz in zwei Schritten von 7% auf 6%.

Starke Zinsbewegungen bei den kürzesten Laufzeiten

Kreditgewährung der Nationalbank

(in Mio. Franken, Monatsdurchschnitte aus Tageswerten)

Monat	Devisen-Swapkredite		Lombard-vorschüsse		Diskontkredite ¹		Inland-korrespondenten		Total	
	(1)		(2)		(3)		(4)		(5) = (1)+(2)+(3)+(4)	
	1991	1992	1991	1992	1991	1992	1991	1992	1991	1992
Januar	10 655	11 721	36	22	697	496	211	187	11 599	12 426
Februar	10 233	10 974	21	34	647	469	179	167	11 080	11 644
März	10 349	12 590	27	23	646	447	194	228	11 216	13 288
April	11 060	13 403	17	19	600	448	249	257	11 926	14 127
Mai	11 342	13 132	16	37	655	452	240	196	12 253	13 817
Juni	11 433	12 433	11	18	619	447	213	260	12 276	13 158
Juli	11 648	12 031	28	25	563	467	286	261	12 525	12 784
August	11 530	11 933	29	24	530	471	188	167	12 277	12 595
September	11 874	12 013	21	14	512	782	205	199	12 612	13 008
Oktober	11 760	11 414	19	21	505	768	243	161	12 527	12 364
November	11 447	12 864	19	44	500	1 286	199	177	12 165	14 371
Dezember	12 714	16 038	54	17	499	1 444	297	233	13 564	17 732
Jahres-durchschnitt	11 337	12 546	25	25	581	665	225	208	12 168	13 443

¹ Ab September 1992 inkl. Geldmarkt-Buchforderungen.

Der Dreimonatssatz am Eurofrankenmarkt kletterte von Februar bis Juni um 1,8 Prozentpunkte auf 9,2% und fiel anschliessend bis Dezember um 3,0 Punkte auf 6,2%. Sowohl die dreimonatigen Festgeldsätze der Grossbanken als auch die Emissionsrenditen der eidgenössischen Geldmarkt-Buchforderungen mit derselben Laufzeit entwickelten sich ähnlich. Insgesamt lagen die dreimonatigen Sätze für Eurofrankendepots im Jahre 1992 bei 7,8%, für Festgeldeinlagen bei Grossbanken bei 7,2% und für eidgenössische Geldmarkt-Buchforderungen bei 7,8%. Für die Einlagensätze wurden damit die entsprechenden Vorjahreswerte knapp unterschritten.

Anstieg und Rückgang der Dreimonatssätze

Kurzfristige Liquiditätssteuerung mit Geldmarkt-Buchforderungen

Im September ging die Nationalbank dazu über, Offenmarktgeschäfte mit Geldmarkt-Buchforderungen der Eidgenossenschaft durchzuführen. Das neue Instrument erlaubt es, kurzfristige Bewegungen der Giro Guthaben mit Käufen, Verkäufen oder mit Swaps von Geldmarkt-Buchforderungen zu kompensieren. Es vergrössert damit die Flexibilität bei der kurzfristigen Geldmengensteuerung.

Devisenmarkt und Wechselkurs

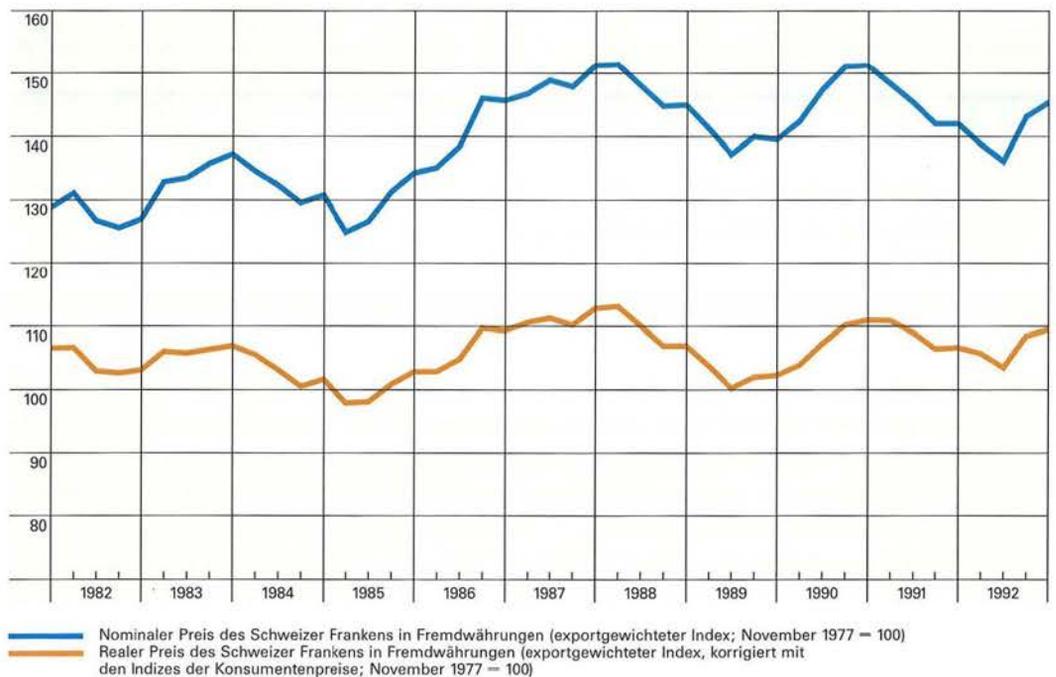
Tieferbewertung des Frankens bis Jahresmitte

Im Laufe der ersten fünf Monate des Jahres ging der exportgewichtete Wert des Frankens um rund 5% zurück. Danach festigte er sich jedoch deutlich und lag im Dezember 1992 um knapp 2% höher als vor Jahresfrist. Gegenüber dem britischen Pfund und der italienischen Lira gewann der Franken bis zum Jahresende deutlich an Wert, während er im Verhältnis zu den übrigen EWS-Währungen geringfügig an Wert einbüsste. Im Vergleich zum japanischen Yen und zum amerikanischen Dollar lag er im Dezember um rund 6% bzw. 2% tiefer als vor Jahresfrist.

Im Jahresmittel leicht tiefere nominelle und reale Bewertung

Der reale, d. h. um die unterschiedliche Teuerungsentwicklung im In- und Ausland korrigierte, exportgewichtete Kurs des Schweizer Frankens nahm, wie der nominelle Wert, bis gegen Jahresmitte ab. In der zweiten Jahreshälfte lag der Index

Nominaler und realer Fremdwährungskurs des Schweizer Frankens



jedoch wieder deutlich höher. Im Jahresmittel ergab sich gegenüber dem Vorjahr eine reale Tieferebewertung um 2%. Der nominelle Rückgang betrug 2,5%.

Die Schweizerische Nationalbank intervenierte im Jahre 1992 teilweise in Abstimmung mit anderen Notenbanken am Devisenmarkt. Im ersten Quartal verkaufte sie 685 Mio. Dollar und 730 Mio. D-Mark, im dritten Quartal kaufte sie 325 Mio. Dollar.

Interventionen am
Devisenmarkt

Kapitalmarkt

Die schweizerischen Kapitalmarktsätze verharrten 1992 im Mittel praktisch auf ihrem Vorjahresniveau. Diejenigen Renditen, die kontinuierlich oder in kurzen Abständen der Marktlage angepasst werden, folgten indessen während des Jahres einem ähnlichen Profil wie die Geldmarktzinsen. Einer deutlichen Erhöhung bis um die Jahresmitte folgte im zweiten Semester ein noch stärkerer Abbau.

Im Jahresmittel
unveränderte Kapital-
marktsätze

So stieg insbesondere die Durchschnittsrendite der eidgenössischen Obligationen bis zur Jahresmitte um 0,8 Prozentpunkt auf einen seit 1975 nicht mehr erreichten Höchstwert von 7,0%. Nach einem anfangs nur sehr knappen Rückgang ging sie jedoch im Herbst relativ rasch auf unter 6% zurück. Die Renditen

Anstieg und Rückgang
der Renditen

Zinssätze am Jahresende

(in Prozent)

	1990	1991	1992
Offizieller Diskontsatz	6	7	6
Lombardsatz	12	11,5	8,5
Privatdiskontsatz	9	9,30	7,75
Eurofranken (3 Monate)	8,56	8	5,87
Festgelder ¹ (3 Monate)	8,28	7,63	5,5
Geldmarkt-Buchforderungen gegenüber dem Bund (3 Monate) ²	8,20	7,90	6,4
Spareinlagen bei Kantonalbanken ³	4,77	5,06	5,13
Kassenobligationen bei Grossbanken			
3 und 4 Jahre ⁴	7,75	7,16	5,68
5 und 6 Jahre ⁴	7,44	6,88	5,91
7 und 8 Jahre ⁴	7,19	6,72	6,05
Anleihen ⁵			
Eidgenossenschaft	6,68	6,35	5,48
Kantone, Gemeinden	7,19	6,83	5,94
Banken	7,50	7,18	6,21
Übrige (Finanzgesellschaften, Kraftwerke, Industrie)	7,86	7,49	6,53

¹ 3 Monats-Depots bei Grossbanken ab 100 000 Franken

² Zinssätze bei Liberierung im Dezember

³ Zinssätze Anfang Dezember

⁴ Durchschnitt aus den entsprechenden zwei Laufzeiten

⁵ Renditen am letzten Börsentag, berechnet unter Berücksichtigung der Kündbarkeit

der übrigen auf Schweizer Franken lautenden Obligationen entwickelten sich ähnlich. Sie sanken jedoch in der zweiten Hälfte des Jahres weniger stark als jene der eidgenössischen Obligationen.

Nur noch leicht
inverse Zinsstruktur
am Jahresende

Da der Zinsrückgang bei den kurzfristigen Sätzen wesentlich deutlicher ausfiel als bei den langfristigen Renditen, ergab sich im vierten Quartal 1992 eine Fälligkeitsstruktur der Zinssätze, die im Gegensatz zur Konstellation seit Anfang 1989 nur noch leicht invers war.

Wenig veränderte
Hypothekar- und
Sparzinssätze

Die Kantonalbanken erhöhten die durchschnittlichen Vergütungen auf den neuen Kassenobligationen bis zum dritten Quartal um insgesamt 0,4 Prozentpunkt auf 7,0%, bevor sie diese im Laufe des vierten Quartals auf 6,1% senkten. Die meisten Kantonalbanken änderten die Zinsbelastung auf den erstrangigen Althypotheken im Jahre 1992 nicht. Der durchschnittliche Satz betrug 6,9% gegenüber 6,8% im Vorjahr. Die Neuhypothekensätze wurden gegen Jahresende etwas reduziert. Im Jahresdurchschnitt verharrten die Neuhypothekensätze der Kantonalbanken auf dem Vorjahresniveau von 7,8%. Die Verzinsung der Spareinlagen blieb während des ganzen Jahres praktisch unverändert bei durchschnittlich 5,1%.

Geld- und Kapitalmarktsätze



In den ersten fünf Monaten des Jahres stiegen die Aktienkurse gemäss Swiss Performance Gesamtindex um 14%. Der damit erreichte Indexstand wurde nach einem anschliessenden Rückgang erst kurz vor Jahresende wieder erreicht. Am Jahresende lag der Index um 18% über dem Vorjahreswert.

Anstieg der Aktienkurse

Beanspruchung des Kapitalmarktes durch Emissionen¹ (in Mrd. Franken)²

	1989		1990		1991		1992	
	brutto	netto ³						
Schweizer Anleihen ⁴	14,2	6,4	17,1	11,2	16,2	9,9	24,6	15,1
Schweizer Aktien ⁴	5,2	5,0	3,4	2,9	1,9	1,5	2,6	2,2
Total Schweizer Wertpapiere ⁴	19,4	11,4	20,5	14,0	18,1	11,4	27,2	17,2
Ausländische Anleihen ⁵	32,1	.	32,1	.	31,9	.	25,2	.
Total brutto	51,5	.	52,6	.	50,0	.	52,4	.

¹ Nach Liberierungsdatum

² Wegen Rundens der Zahlen addieren sich die einzelnen Komponenten nicht unbedingt zu den ausgewiesenen Totalbeträgen

³ Emissionswert – Rückzahlungen

⁴ Nur öffentlich aufgelegte Wertpapiere

⁵ Inkl. Notes, keine Nettozahlen verfügbar

Im Jahre 1992 lag die Emission von Obligationen und Aktien am schweizerischen Kapitalmarkt (gemäss Liberierungsdatum) mit insgesamt 52,4 Mrd. Franken um 5% über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Im Inlandbereich erfolgte indes- sen eine Steigerung um 50% von 18,1 Mrd. auf 27,2 Mrd. Franken. Nach Abzug der Rückzahlungen von 10,0 Mrd. Franken ergab sich eine um rund 51% höhere Netto- beanspruchung des Kapitalmarktes durch inländische Emittenten im Umfang von 17,2 Mrd., gegenüber 11,4 Mrd. Franken vor Jahresfrist.

Anstieg des Emissions- totals dank Steigerung im Inlandbereich

Der bewilligungspflichtige Kapitalexport ausländischer Schuldner betrug 27,7 Mrd. Franken, gegenüber 31,9 Mrd. Franken 1991. Der Rückgang hatte bereits im Vorjahr eingesetzt. Diese Entwicklung stand erneut im Gegensatz zur anhalten- den Expansion der internationalen Emissionstätigkeit. Der Anteil der auf Franken lautenden Auslandsanleihen am internationalen Emissionsvolumen bildete sich weiter zurück. Der gesamte bewilligungspflichtige Kapitalexport, der auch die Kredite in Höhe von 9,8 Mrd. Franken umfasst, erreichte 37,5 Mrd. Franken, 12% weniger als im Vorjahr. Mit 8% sanken dabei die Anleihen deutlich weniger stark als die Kredite (-21%), deren Anteil am bewilligungspflichtigen Kapitalexport sich auf 26% verminderte (1991: 29%).

Erneuter Rückgang des bewilligungspflichtigen Kapitalexports

Die gewöhnlichen Anleihen (Straights) nahmen gegenüber dem Vorjahr um 5% zu. Nach dem ausgeprägten Rückgang zwischen Februar und Juli stiegen die bewilligten Emissionen im dritten Quartal vor dem Hintergrund der Erstarkung des Frankens und dem Zinsrückgang. Die eigenkapitalbezogenen Anleihen nah- men gegenüber dem Vorjahr stark ab (-28%). Der Rückgang war vor allem auf die

Steigender Anteil der gewöhnlichen Anleihen

geringere Kapitalaufnahme japanischer Schuldner zurückzuführen. Die gewöhnlichen Anleihen erreichten einen Anteil von rund 69% am Emissionstotal (1991: 61%); dies entspricht dem höchsten Wert seit 1986.

Kapitalexportbewilligungen nach Finanzinstrumenten und Ländergruppen (in Prozent)¹

Finanzinstrumente	1989	1990	1991	1992
Anleihen ²	74,6	73,7	70,9	73,9
davon: gewöhnliche Straights ³	22,1	48,0	43,2	51,2
Wandelanleihen	42,3	20,2	9,9	5,6
Optionsanleihen	10,2	5,5	17,8	17,1
Kredite	25,4	26,3	29,1	26,1
Total	100,0	100,0	100,0	100,0
Ländergruppen				
Europäische Gemeinschaft	22,5	31,6	32,6	41,6
Europäische Freihandelszone	4,8	6,8	9,4	12,0
Übriges Westeuropa	0,6	1,1	0,5	0,7
Vereinigte Staaten, Kanada	6,9	17,6	15,2	13,3
Japan	49,5	29,7	30,4	22,3
Australien, Neuseeland	0,6	0,2	0,7	0,5
Mittel-, Osteuropa	7,7	2,1	1,1	0,2
Karibische Zone	4,3	6,4	4,6	3,0
Lateinamerika	0,4	1,2	0,3	1,0
Mittlerer Osten	0,2	0,6	1,7	0,9
Afrika ⁴	1,7	1,2	1,2	1,1
Asien, Ozeanien	0,8	1,4	2,4	3,3
Total	100,0	100,0	100,0	100,0
davon Entwicklungsorganisationen ⁵	4,6	5,6	5,2	6,7
Total in Mrd. Franken	42,0	43,6	42,5	37,5

¹ Wegen Rundens der Zahlen addieren sich die einzelnen Anteile nicht unbedingt auf 100

² Inklusive Fremd- und Doppelwährungsanleihen

³ Inklusive Aktienübernahme, Aktienplazierungen, Liberierungen und Aktienkapitalerhöhungen

⁴ Ohne Libyen und Ägypten (enthalten in Mittlerer Osten)

⁵ Weltbank (IBRD), Interamerikanische Entwicklungsbank, Afrikanische Entwicklungsbank, Asiatische Entwicklungsbank

Kapitalabfluss vor allem in die Industrieländer

Mit 90% floss der grösste Teil des bewilligungspflichtigen Kapitalexports in die Industrieländer. Der Anteil Japans bildete sich dabei von 30% auf 22%, derjenige Nordamerikas von 15% auf 13% zurück. Dagegen stieg der Anteil der Europäischen Gemeinschaft von 33% auf 42%. Die internationalen Entwicklungsorganisationen vereinigten 7% auf sich (1991: 5%).

Bankbilanzen

Bankbilanzen im Zeichen der schwachen Konjunktur

Die Entwicklung der Bankbilanzen stand im Zeichen der konjunkturellen Schwäche. Die Bilanzsumme der 61 Banken, welche der Nationalbank monatlich ihre Bilanzpositionen melden, erhöhte sich 1992 nur um 4% auf 877 Mrd. Franken,

was einer realen Stagnation entspricht. Das Wachstum der Bilanzsumme wird zudem durch die Dollarkursentwicklung überschätzt. Würden die auf Dollar lautenden Positionen zum Kurs von Ende 1991 bewertet, ergäbe sich eine Wachstumsrate von nur 2%.

Wie die Grafik «Bilanzsummen von 61 Banken» zeigt, ist der seit Ende 1987 beobachtete Rückgang des Anteils der Finanzanlagen (liquide Mittel, Bankendebitoren, Wechsel und Geldmarktpapiere plus Wertschriften) zum Stillstand gekommen; er betrug Ende 1992 noch 26%. Im Jahre 1992 dehnten die Banken ihre Finanzanlagen infolge der schwachen Kreditnachfrage und den gegen Jahresende wieder reichlicher fließenden Publikumsgeldern um 6% aus.

Stabilisierter Anteil der Finanzanlagen an der Bilanzsumme

Die liquiden Mittel der Banken (Noten und Münzen, Giro Guthaben und Postcheckguthaben) lagen Ende 1992 um 3% unter ihrem Vorjahreswert. Der Liquiditätsgrad I (vorhandene greifbare Mittel in Prozent der erforderlichen greifbaren Mittel, gemessen im Durchschnitt vom jeweils 20. des Monats zum 19. des Folgemonats) lag in der letzten Periode 1992 (vom 20. November bis zum 19. Dezember) bei 125%, verglichen mit 126% vor Jahresfrist.

Kassenliquiditätsgrad konstant

Die Kredite der 61 Banken lagen Ende Dezember 1992 um 2% über dem Vorjahresstand (Ende 1991: 8%). Dies ist der kleinste Zuwachs seit dem 2. Weltkrieg. Wie das schwache Bilanzsummenwachstum ist die geringe Kreditnachfrage vor allem auf die Konjunkturfalbe zurückzuführen. Die einzelnen Bestandteile des Kreditvolumens entwickelten sich unterschiedlich. Die Kredite im Inland, die vier Fünftel des Totals ausmachen, lagen Ende 1992 um 2% höher als ein Jahr zuvor. Während die Debitoren praktisch auf ihrem Vorjahresstand verharrten, lagen die Hypotheken am Jahresende um 4% über ihrem Vorjahreswert. Dieser relativ starke Anstieg ist jedoch nicht die Folge einer entsprechenden Bautätigkeit, wie die Entwicklung der Baukredite zeigt: Die eingeräumten Kreditlimiten lagen um 6% und die tatsächlich beanspruchten Kredite um 1% tiefer als vor Jahresfrist. Die offenen Limiten, d.h. die Differenz zwischen den eingeräumten Limiten und den beanspruchten Krediten, verengten sich damit um 12%. Die Kreditbeanspruchung der öffentlichen Hand verringerte sich im Laufe des Jahres 1992 um 16%.

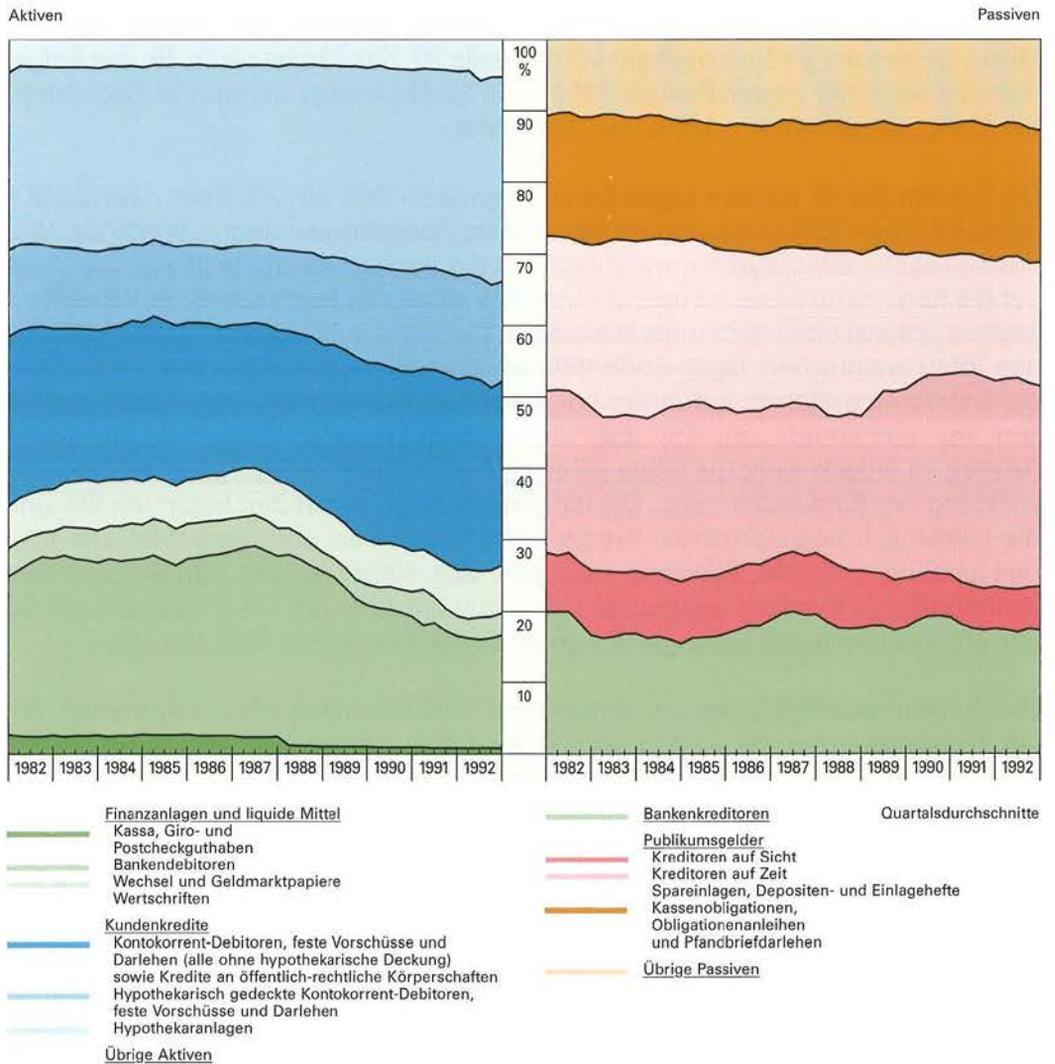
Aussergewöhnlich schwache Kreditentwicklung

Die Publikums gelder lagen am Jahresende 1992 4% höher als vor Jahresfrist. Mit der Normalisierung der Zinskurve während des Jahres 1992 war zu erwarten, dass sich auf der Passivseite der Bilanzen die grossen Umlagerungen von den Sichtdepositen und den Spargeldern zu den Zeitdepositen, die während der Jahre 1988 bis 1990 erfolgt waren, teilweise umkehren würden. Tatsächlich erhöhten sich die Kreditoren auf Sicht um 6%, während die Kreditoren auf Zeit um 2% unter ihren Vorjahresstand sanken (vgl. Grafik Mittelfluss von 61 Banken). Mit 8% wiesen die Spar- und Depositenhefte die höchste Zuwachsrate der Publikums gelder auf. Das Total der Kassenobligationen, Obligationen und Pfandbriefe lag am Ende des vierten Quartals um 2% höher als ein Jahr zuvor.

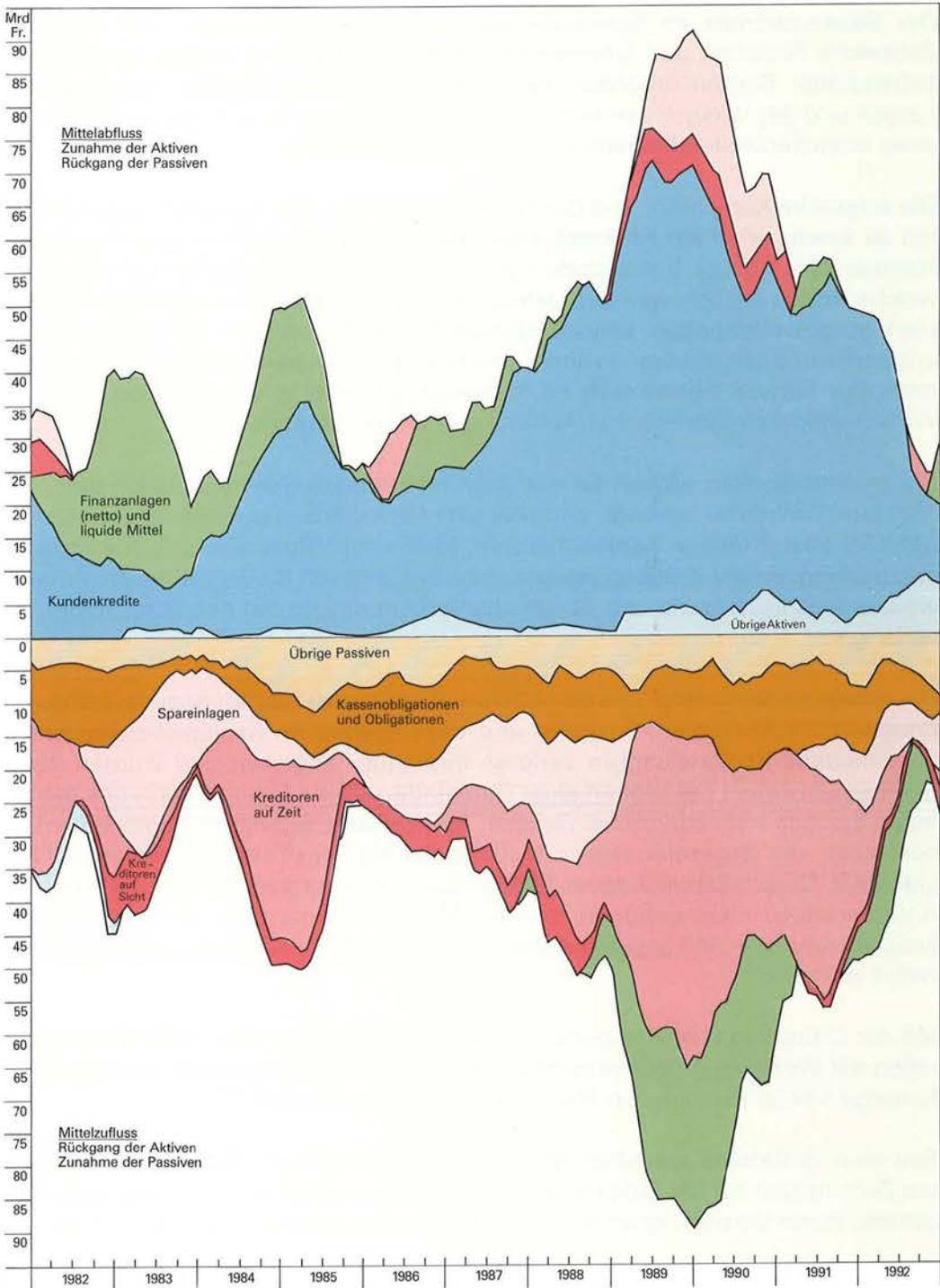
Publikums gelder im Zeichen der Normalisierung der Zinsstruktur

Im Ausserbilanzgeschäft betrugen die Treuhandanlagen 4% weniger als Ende Dezember 1991. Auch diese Veränderung wurde von der Dollarkursentwicklung beeinflusst, die Rate beträgt -6%, wenn die Treuhandanlagen zum Vorjahreskurs bewertet werden. Rund die Hälfte der Treuhandpassiven stammte aus dem Inland; die Aktiven wurden fast ausschliesslich im Ausland plziert.

Bilanzstruktur von 61 Banken



Mittelfluss von 61 Banken



Quartalsdurchschnitte: absolute Veränderung gegenüber Vorjahresquartal

Finanzinnovationen und strukturelle Entwicklungen

Beschleunigter
Strukturwandel im
Bankensektor

Der Strukturwandel im Schweizer Bankensektor beschleunigte sich markant. Zahlreiche Fusionen und Übernahmen sowie der Rückzug einiger ausländisch beherrschter Banken erhöhten die Unternehmenskonzentration. Umstrukturierungen und der Versuch zahlreicher Banken, die Kosten zu reduzieren, führten zu einer branchenweiten Reduktion des Personalbestandes.

Konjunktur und verschärfter Wettbewerb als Hauptfaktoren

Die schwache Konjunktur und der Preisrückgang auf dem Immobilienmarkt führten zu einem erhöhten Rückstellungsbedarf für hypothekarisch gesicherte und kommerzielle Kredite. Insbesondere jene im Hypothekengeschäft tätigen Banken, welche in den zurückliegenden Jahren ihre hypothekarisch gesicherten Kredite stark ausgeweitet hatten, konnten diesen Mehraufwand nicht mit Mehrerträgen aus anderen Sparten kompensieren und mussten Gewinneinbussen in Kauf nehmen. Der härtere Wettbewerb im Bankensektor erhöhte die Ansprüche an die Wirtschaftlichkeit betrieblicher Abläufe und an das Management.

Ertragsentwicklung

Die meisten Banken wiesen für das Jahr 1992 höhere Gewinne als für das Jahr 1991 aus. Zahlreiche Institute, darunter eine Grossbank und mehrere der vorwiegend im Inland tätigen Kantonalbanken, lösten stille Reserven auf. Die Ertragsentwicklung einiger Kantonsinstitute löste in mehreren Kantonen Initiativen aus, welche organisatorische und personelle Veränderungen bei den Staatsinstituten verlangen.

Strukturbereinigung bei den Regionalbanken

Die schwache Konjunktur und der stärkere Wettbewerb führten zu einer Reihe von Kooperationsabkommen, Fusionen und Übernahmen im Regionalbankensektor. Verschiedene Regionalbanken verloren ihre Unabhängigkeit und wurden übernommen. In einem Fall drohen einer Gemeinde, welche Eigentümerin des betroffenen Instituts war, erhebliche Verluste. Der Verband Schweizer Regionalbanken beschloss, die angeschlossenen Institute künftig regelmässig auf Rentabilität, Liquidität, Geschäftspolitik sowie Marktposition zu überprüfen. Instituten, die den Anforderungen nicht genügen, soll die Mittelaufnahme über die gemeinsame Emissionszentrale und gegebenenfalls die weitere Mitgliedschaft im Verband verwehrt werden.

Tendenz Richtung Allfinanz

Mit der Gründung konzerneigener Versicherungsgesellschaften oder der Kooperation mit Versicherungsunternehmungen versuchen vor allem die Grossbanken, Synergien beim Vertrieb von Finanzdienstleistungen zu schaffen.

Bundesfestgelder via PTT

Seit dem 15. Oktober vermittelt die PTT Bundesfestgelder. Dabei handelt es sich um Zeiteinlagen bei der Eidgenossenschaft mit Laufzeiten von ein, zwei oder drei Jahren, deren Verzinsung an die Entwicklung am Geldmarkt angepasst wird.

Elektronische Börse Schweiz

Die Association Tripartite Bourse (ATB) der Börsen in Zürich, Genf und Basel stellte die Entwicklungsarbeiten an einem eigenen elektronischen Börsenhan-

delssystem ein und beschloss, ein bestehendes System auf seine Eignung zu überprüfen. Als Grund für die Aufgabe einer Eigenentwicklung wurden technische und funktionelle Mängel des bisherigen Konzepts angegeben.

Die SOFFEX (Swiss Options and Financial Futures Exchange) führte am 29. Mai 1992 den Handel mit Zinssatz-Futures auf langfristige Anleihen der Eidgenossenschaft ein. Offene Positionen bei Verfall dieses Kontraktes werden durch die physische Lieferung von Basistiteln gedeckt. Die Optionskontrakte auf den SMI (Swiss Market Index), welche 1992 eingeführt wurden, erlauben die Absicherung von marktspezifischen Risiken. Als erste im Ausland domizilierte Bank nahm 1992 eine italienische Finanzgesellschaft den Handel an der SOFFEX auf. Die SOFFEX gehört zu den Gründungsmitgliedern der 1992 ins Leben gerufenen FEX (First European Exchanges). Der FEX gehören Börsen an, die auf den Handel mit Derivaten spezialisiert sind.

Innovationen an der Soffex

3. Übrige Notenbankpolitik

Keine Änderung des Bankengesetzes

In der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992 lehnte die Schweiz den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ab. Die von den Eidg. Räten in der Herbstsession im Hinblick auf einen EWR-Beitritt beschlossenen Gesetzesanpassungen, die auch Änderungen des Bankengesetzes im Zuständigkeitsbereich der Nationalbank betrafen (Art. 7 und 8), traten damit nicht in Kraft. Es handelt sich um die folgenden Änderungen:

EWR-Beitritt und Eurolex verworfen

In Art. 7 Abs. 5 Bankengesetz sollte eine explizite Rechtsgrundlage geschaffen werden, um die Meldepflicht für Schweizerfranken-Emissionsgeschäfte im Inland verankern zu können. Gestützt darauf hätte bei Schweizerfranken-Emissionsgeschäften künftig nur noch die Syndikatsführung durch eine Bank mit Geschäftsdomizil (rechtlicher Sitz oder Zweigstelle) in der Schweiz wahrgenommen werden müssen. Dieser Syndikatsführer wäre der Nationalbank gegenüber für die korrekte Erfüllung der statistischen Meldepflichten verantwortlich gewesen. Im übrigen hätten auch ausländische Institute im Syndikat mitwirken können.

Keine explizite Rechtsgrundlage für Verankerungsregel

Ferner sollte Art. 8 Bankengesetz, wonach von Banken auf eigene Rechnung getätigte oder vermittelte Kapitalexporte bewilligungspflichtig sind, liberalisiert werden. Diese Bestimmung wäre im Rahmen von Eurolex zu einer Schutzklausel bei aussergewöhnlichen Kapitalabflüssen, welche die schweizerische Geld- und Währungspolitik ernstlich gefährden, umgestaltet worden.

Art. 8 Bankengesetz unverändert

Revision der Stempelsteuer

Positiver Ausgang der Volksabstimmung

Die Revision des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben vom 4. Oktober 1991, gegen die das Referendum ergriffen worden war, wurde in der Volksabstimmung vom 27. September 1992 gutgeheissen. Das revidierte Gesetz tritt am 1. April 1993 in Kraft.

Stärkung des Finanzplatzes

Die Nationalbank hat sich stets zugunsten der Revision ausgesprochen. Aus ihrer Sicht ist vor allem die Befreiung der Geldmarktpapiere von der Umsatzabgabe zu begrüssen, weil damit die Entstehung eines Geldmarkts im Inland gefördert wird. Aber auch die Befreiung der Anlagefondszertifikate von der Emissionsabgabe und die Freistellung der Handelsbestände der Effekthändler von der Umsatzabgabe werden den Finanzplatz stärken.

Weiterhin Besteuerung der Schweizerfranken-Anleihen ausländischer Schuldner?

Weiterhin der Umsatzabgabe unterworfen bleiben vorderhand die Schweizerfranken-Emissionen ausländischer Schuldner. Diese Besteuerung birgt die Gefahr der Abwanderung des Geschäfts auf ausländische Finanzplätze. Dem wirkt heute die Vorschrift der Nationalbank entgegen, dass Schweizerfranken-Auslandanleihen nur von inländischen Banken begeben werden dürfen (Syndizierungsregel). Diese Vorschrift wird von der Nationalbank aufgrund der weltweiten Liberalisierungstendenzen indessen in absehbarer Zeit modifiziert werden müssen. Das Direktorium hat deshalb dem Vorsteher des Eidg. Finanzdepartements beantragt, der Bundesrat solle von seiner Kompetenz zur Aufhebung der Umsatzabgabe auf Schweizerfranken-Emissionen ausländischer Schuldner Gebrauch machen. Damit wäre der Weg frei, dass die Nationalbank die Verankerungsregel wenigstens für die Schweizerfranken-Auslandemissionen einführen könnte.

Bundesgesetz über die Anlagefonds

Vernehmlassungsverfahren

Das Eidg. Finanzdepartement eröffnete Anfang März 1992 das Vernehmlassungsverfahren über den Vorentwurf einer Expertenkommission für eine Totalrevision des Anlagefondsgesetzes. Die Mehrheit der Vernehmlasser bejahte die Notwendigkeit einer Totalrevision und begrüsst den Vorentwurf.

Hauptsächliche Neuerungen

Der Vorentwurf ist als Rahmengesetz konzipiert und verfolgt als einzigen Zweck den Schutz der Anleger. Wie das geltende Gesetz, erfasst der Entwurf nur die vertragliche Form der Kollektivanlage. Wesentliche Neuerung ist die Zulassung moderner Anlagetechniken und von Instrumenten zur Risikoabsicherung und Ertragsoptimierung. Damit soll die Wettbewerbsfähigkeit schweizerischer Anlagefonds verbessert werden. Dem gleichen Ziel dient die Aufteilung der Fonds in EG-kompatible Fonds und Fonds, die auch künftig nur in der Schweiz vertrieben werden dürfen. In Anpassung an die einschlägigen europäischen Richtlinien sieht der Vorentwurf die Trennung von Fondsleitung und Depotbank sowie die Verschärfung von Informations- und Publikationsvorschriften vor.

In ihrer Vernehmlassung begrüsst die Nationalbank die Bestrebungen zur Revision des Anlagefondsgesetzes und erklärte sich mit den Leitideen des Revisionsentwurfs einverstanden. Kritik erhob die Nationalbank nur dort, wo diese Leitideen nicht konsequent umgesetzt werden. So erschien ihr die Unterscheidung von Fonds «mit gewöhnlichem Risiko» und von «Risikofonds» als unzweckmässig. Sie beantragte den Verzicht auf ein Gütesiegel für Fonds «mit gewöhnlichem Risiko» und sprach sich stattdessen für eine klare Darstellung der Anlagepolitik im Fondsprospekt aus. Ferner wandte sie sich gegen allzu weitgehende Gesetzesdelegationen und regte die Zulassung von geschlossenen Fonds an.

Haltung der
Nationalbank

Mitgliedschaft der Schweiz beim IWF

Der Schweizer Souverän stimmte dem Beitritt zu den Institutionen von Bretton Woods in der Volksabstimmung vom 17. Mai 1992 zu. Der Beitritt wurde nach der Unterzeichnung des IWF-Übereinkommens und des Weltbankabkommens am 29. Mai 1992 in Washington rechtskräftig.

Beitritt der Schweiz zu
den Institutionen von
Bretton-Woods

Mitte September unterzeichneten der Bundesrat und die Schweizerische Nationalbank die Vereinbarung über die Durchführung der Mitgliedschaft beim IWF. Grundsätzlich handeln das Eidgenössische Finanzdepartement und die Nationalbank in gegenseitigem Einvernehmen. Das Finanzdepartement ist in den allgemeinen Beziehungen zum IWF federführend. Dazu gehören insbesondere Statutenänderungen, Quotenänderungen, die allgemeine IWF-Politik, die Überwachung der Mitgliedländer und die Inanspruchnahme allgemeiner Fondsmittel. Der Nationalbank obliegen die Angelegenheiten, welche die schweizerische Geld- und Währungspolitik betreffen oder vorwiegend währungstechnischen Charakter haben. Der Gouverneursposten im IWF wird vom Präsidenten des Direktoriums bekleidet, Stellvertreter ist der Vorsteher des Eidg. Finanzdepartements. Der Vertreter der Schweiz im Interimsausschuss ist der Vorsteher des Finanzdepartements, die Stellvertretung hat der Direktoriumspräsident inne. Der Exekutivdirektor wird in der Regel abwechselungsweise von der Eidgenössischen Finanzverwaltung und der Nationalbank gestellt.

Vereinbarung
zwischen Bundesrat
und Nationalbank

Mitwirkung der Nationalbank an Internationalen Währungs- massnahmen

Gestützt auf den Bundesbeschluss über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen gewährte die Schweiz im Januar 1992 Rumänien einen mittelfristigen Zahlungsbilanzkredit in Höhe von 40 Mio. Dollar. Der Kredit wird von der Nationalbank finanziert und ist mit einer Garantie des Bundes versehen.

Währungshilfekredit
an Rumänien

Die Nationalbank beteiligte sich im Juli an einem Swap-Netz, das die Zentralbanken der EG- und EFTA-Staaten zugunsten der Bank von Finnland errichteten. Die Nationalbank räumte der Bank von Finnland eine Swap-Fazilität von 200 Mio. Franken auf eine Dauer von 12 Monaten ein.

Mitwirkung der Nationalbank an Kreditzusagen und deren Beanspruchung Ende 1992

	Ursprüngliche Zusagen	Ausstehende Kredite		Offene Zusagen
		Ende 1991	Ende 1992	Ende 1992
1. Swap-Vereinbarungen				
Federal Reserve Bank of New York	4 Mrd. \$	—	—	4 Mrd. \$
Bank of Japan	200 Mrd. Yen	—	—	200 Mrd. Yen
Bank von Finnland	200 Mio. SFr.	—	—	200 Mio. SFr.
BIZ	600 Mio. \$	—	—	600 Mio. \$
2. Multilaterale Kredite				
Allgemeine Kreditvereinbarungen (AKV)	1 020 Mio. SZR	—	—	1 020 Mio. SZR
3. Bilaterale Kredite				
Ungarn ¹	30 Mio. \$	30 Mio. \$	30 Mio. \$	—
Tschechoslowakei ¹	40 Mio. \$	40 Mio. \$	40 Mio. \$	—
Rumänien ¹	40 Mio. \$	—	40 Mio. \$	—

¹ Mit Bundesgarantie

D. Die Geschäftstätigkeit der Nationalbank

1. Devisen-, Geldmarkt- und Kapitalmarktgeschäfte

Devisengeschäfte

Die Devisengeschäfte der Nationalbank dienten auch 1992 hauptsächlich der Umsetzung der Geldpolitik. Im Vordergrund standen die Devisenswaps. Vereinzelt wurden auch Devisenmarktinterventionen getätigt. Daneben wurde die Quote der Schweiz beim IWF einbezahlt. Kommerzielle Devisengeschäfte wurden mit dem Bund und mit ausländischen Institutionen abgeschlossen. Die Devisenreserven wurden überwiegend in amerikanischen Staatspapieren angelegt.

Übersicht

Devisenhandel

Dollar/Franken-Swaps sind das Hauptinstrument für die Steuerung der Notenbankgeldmenge. Sie wurden zu Marktbedingungen abgeschlossen, d.h. der angewandte Terminkurs reflektierte die Zinsdifferenz von vergleichbaren Franken- und Dollardepots im Eurogeldmarkt. Die Laufzeit der Swaps lag zwischen wenigen Tagen und sechs Monaten. In der zweiten Jahreshälfte wurden vermehrt längerfristige Swaps getätigt, um die Tendenz sinkender Geldmarktzinsen zu bekräftigen.

Devisenswaps

Dollar/Franken-Swaps

in Mio. Franken, Jahresmittel	1991	1992	Veränderung
Mit Laufzeit von:			
bis 1 Woche	90,6	133,9	+ 43,3
über 1 Woche bis 1 Monat	2 452,4	2 159,3	- 293,1
über 1 Monat bis 2 Monate	3 499,9	3 628,9	+ 129,0
über 2 Monate bis 3 Monate	4 764,0	5 120,0	+ 356,0
über 3 Monate bis 6 Monate	538,6	1 505,0	+ 966,4
über 6 Monate bis 12 Monate	—	—	—
Total	<u>11 345,5</u>	<u>12 547,1</u>	<u>+ 1 201,6</u>

Devisenmarktinterventionen wurden schwergewichtig im März durchgeführt. Um der übermässigen Abschwächung des Schweizerfrankens entgegenzuwirken, verkaufte die Nationalbank Dollars und D-Mark im Gegenwert von 1 701 Mio. Franken. In den Monaten Juli und August intervenierte die Nationalbank in Abstimmung mit anderen Notenbanken und kaufte Dollars im Gegenwert von 421 Mio. Franken. Die Interventionen bewirkten insgesamt einen höheren Devisenabfluss als im Vorjahr.

Devisenmarkt-
interventionen

Bezahlung der Quote der Schweiz beim IWF

Im Gefolge des Beitritts der Schweiz zu den Institutionen von Bretton-Woods bezahlte die Nationalbank am 8. September die IWF-Quote in Höhe von 1 700 Mio. Sonderziehungsrechten (SRZ) ein. 22,7% der Quote oder 385,9 Mio. SZR überwies sie dem IWF in Form von SZR. Der Rest wurde dem IWF auf ein Schweizerfranken-Konto bei der Nationalbank gutgeschrieben. Im Rahmen der neunten Quotenrevision wurde die schweizerische Quote um 770,4 Mio. SZR auf 2 470,4 Mio. SZR erhöht. 25% oder 192,6 Mio. SZR des zusätzlichen Betrags bezahlte die Nationalbank dem IWF am 23. November in Form von SZR. Der Gegenwert der restlichen 577,8 Mio. SZR wurde dem IWF auf dessen Schweizerfranken-Konto gutgeschrieben. Die SZR hat die Nationalbank jeweils von verschiedenen Notenbanken gegen Dollars oder D-Mark erworben.

«Two-way-arrangement» mit dem IWF

Im Dezember schloss die Nationalbank mit dem IWF eine bilaterale Vereinbarung über den Austausch von SZR gegen Devisen ab (two-way-arrangement). Die Nationalbank erklärte sich bereit, dem IWF auf Anfrage SZR zu verkaufen resp. ihm SZR bis zu einem Bestand von 200 Mio. SZR abzukaufen, beides jeweils gegen Devisen.

Kommerzielle Geschäfte

Bei den kommerziellen Transaktionen dominierten die für Auslandzahlungen bestimmten Devisenverkäufe an den Bund. Geschäfte mit internationalen Organisationen und mit andern Notenbanken führten insgesamt zu einem Devisenzufluss. Der Netto-Devisenabfluss aus kommerziellen Transaktionen wurde vollständig zurückgedeckt. Die Abflüsse aus Interventionen und IWF-Transaktionen wurden zum Teil zurückgedeckt.

Veränderung des Devisenbestandes (ohne Swaps und Erträge)

in Mio. Franken, Näherungswerte	1991	1992
Interventionen	– 833	– 1 577
IWF-Transaktionen	–	– 1 193
Kommerzielle Transaktionen mit:		
Notenbanken	+ 77	+ 167
internationalen Organisationen	– 118	– 31
dem Bund	– 2 434	– 3 094
Rückdeckungen	<u>+ 2 501</u>	<u>+ 3 614</u>
Total	<u>– 807</u>	<u>– 2 114</u>

Devisenanlagen

Die Devisenreserven der Nationalbank werden nach den Kriterien Sicherheit, Liquidität und Ertrag angelegt. Am Jahresende betrug der Dollaranteil am Devisenbestand 90%. Die Dollars stammten zu 48% aus Swapoperationen und waren somit kursgesichert. Sie waren überwiegend in den USA investiert, und zwar hauptsächlich in amerikanischen Schatzwechseln. Die übrigen Devisenreserven bestanden vorwiegend aus D-Mark und Yen.

Hauptwährungen

Devisenanlagen

in Mio. Franken, Jahresende	1991	1992	Veränderung
US-Dollars			
— Staatspapiere	27 866,1	32 675,2	+ 4 809,1
— Forderungen gegenüber Währungsinstitutionen	5 741,4	6 598,5	+ 857,1
— Übriger Geldmarkt	<u>1 906,2</u>	<u>1 913,6</u>	<u>+ 7,4</u>
	<u>35 513,7</u>	<u>41 187,3</u>	<u>+ 5 673,6</u>
davon kursgesichert	<u>14 521,7</u>	<u>19 653,0</u>	<u>+ 5 131,3</u>
D-Mark			
— Staatspapiere	1 313,8	1 699,1	+ 385,3
— Forderungen gegenüber Währungsinstitutionen	1 833,1	1 231,6	– 601,5
— Übriger Geldmarkt	<u>1,9</u>	<u>1,0</u>	<u>– 0,9</u>
	<u>3 148,8</u>	<u>2 931,7</u>	<u>– 217,1</u>
Yen			
— Staatspapiere	1 321,3	1 466,2	+ 144,9
— Forderungen gegenüber Währungsinstitutionen	17,1	24,0	+ 6,9
— Übriger Geldmarkt	<u>216,6</u>	<u>228,8</u>	<u>+ 12,2</u>
	<u>1 555,0</u>	<u>1 719,0</u>	<u>+ 164,0</u>
Diverse	14,6	19,7	+ 5,1
Total	<u>40 232,1</u>	<u>45 857,7</u>	<u>+ 5 625,6</u>

Reserveposition beim IWF

Die Reserveposition beim IWF entspricht der Differenz zwischen der schweizerischen Quote und dem Schweizerfrankensichtguthaben des IWF bei der Nationalbank. Die Nationalbank kann das Guthaben der Reserveposition jederzeit ohne

Begründung zu Zahlungsbilanzzwecken beanspruchen. Am Jahresende setzte sich die Reserveposition wie folgt zusammen:

Reserveposition beim IWF

in Mio. Franken, Jahresende	1992
Quote der Schweiz beim IWF	4 858,4
./.. SFr.-Sichtguthaben des IWF bei der SNB	3 714,0
Reserveposition beim IWF	1 144,4

Internationale Zahlungsmittel

Zu den internationalen Zahlungsmitteln zählen die Sonderziehungsrechte (SZR) sowie die offiziellen ECU.

Internationale Zahlungsmittel

in Mio. Franken, Jahresende	1991	1992	Veränderung
SZR	3,1	23,1	+20,0
ECU	114,2	111,8	- 2,4
Total	117,3	134,9	+17,6

Währungskredite

Anfang Jahr gewährte die Schweiz einen mittelfristigen Zahlungsbilanzkredit von 40 Mio. Dollar an Rumänien. An weiteren bilateralen Krediten waren per Ende 1992 je eine Tranche an Ungarn und die Tschechoslowakei ausstehend. Der Kredit an die Tschechoslowakei wurde per 1. Januar 1993 zu $\frac{2}{3}$ von der Tschechischen Republik und zu $\frac{1}{3}$ von der Slowakei übernommen.

Währungskredite

Währungskredite

in Mio. Franken, Jahresende	1991	1992	Veränderung
Länderkredite	97,1	156,4	+59,3

Bewertung

Die Bewertung der Positionen Devisenanlagen, Reserveposition beim IWF, internationale Zahlungsmittel und Währungskredite erfolgt zum Einstandspreis in fremder Währung. Die Umrechnung in Franken basiert für alle nicht kursgesicherten Auslandforderungen auf dem mittleren Wechselkurs des Monats Dezember. Dies ergab 1992 Mittelkurse von 1,4220 (1991: 1,3877) Franken für den Dollar, 89.8000 Franken für die D-Mark und 1.1400 Franken für den Yen. Forderungen aus Devisenswaps sind kursgesichert und werden deshalb zum Kassakurs bilanziert. In erster Linie aufgrund des Kursanstiegs des Dollars resultierte auf dem Fremdwährungsbestand ein Buchgewinn von insgesamt 693 Mio. Franken.

Geldmarktgeschäfte

Die Geldmarktgeschäfte standen hauptsächlich im Dienste der Geldpolitik. Das Instrument der Weiterplazierung von Festgeldanlagen des Bundes verlor an Bedeutung. Ab September tätigte die Nationalbank neu Offenmarktgeschäfte mit Geldmarkt-Buchforderungen der Eidgenossenschaft. Daneben wurden Diskont- und Lombardkredite gewährt.

Übersicht

Die Festgeldanlagen des Bundes werden nach geldpolitischen Kriterien am Markt weiterplaziert. Ihr Bestand schwankte im Jahresverlauf stark, weshalb die Nationalbank das Instrument der Weiterplazierung nicht mehr mit der erforderlichen Flexibilität einsetzen konnte. Im Jahresmittel wurden 251 Mio. (1991: 341 Mio.) Franken weiterplaziert. Die Gelder wurden für einen Tag bis drei Monate auf Rechnung und Risiko des Bundes bei Banken im Inland angelegt.

Weiterplazierung von Bundesgeldern

Im September begann die Nationalbank, Offenmarktgeschäfte mit Geldmarkt-Buchforderungen der Eidgenossenschaft durchzuführen. Das neue Geschäft entwickelte sich bald zu einem flexiblen Instrument für die kurzfristige Liquiditätssteuerung. Mittels Swaps, Käufen und Verkäufen kann die Nationalbank dem Markt kurzfristig Liquidität zuführen oder entziehen. In der Regel wurde dem Markt vorübergehend Liquidität zugeführt, indem die Nationalbank Buchforderungen kaufte und diese gleichzeitig auf einen späteren Termin wieder verkaufte (Liquiditatsswap). Vereinzelt entzog die Nationalbank dem Markt befristet Liquidität, indem sie Buchforderungen verkaufte und diese gleichzeitig auf einen späteren Termin wieder kaufte (Abschopfungsswap). Daneben wurden Käufe getätigt, um den Eigenbestand an Buchforderungen zu ergänzen. Alle Geschaftabschlusse erfolgten zu Marktbedingungen. Die Laufzeit der Swaps lag zwischen einem und sieben Tagen. Ab September hielt die Nationalbank Buchforderungen von durchschnittlich 676 Mio. Franken, wovon 460 Mio. Franken aus Swaps und der Rest (216 Mio. Franken) aus Käufen stammten.

Offenmarktgeschäfte in Geldmarkt-Buchforderungen der Eidgenossenschaft

Diskontkredit:
Pflichtlagerwechsel

Die seit dem 1. Januar 1990 gültige Vereinbarung zwischen dem Eidg. Volkswirtschaftsdepartement, der Schweizerischen Bankiervereinigung und der Nationalbank über die Finanzierung von Pflichtlagern lief per 31. Dezember 1992 aus. Im Rahmen der Vereinbarung konnten die Banken bis zu einem Drittel ihrer diskontierten Pflichtlagerwechsel bei der Nationalbank zum offiziellen Diskontsatz rediskontieren. Im Jahresdurchschnitt gewährte die Nationalbank Darlehen für rediskontierte Pflichtlagerwechsel von 438,2 Mio. (1991: 579,7 Mio.) Franken. Dies entsprach wie im Vorjahr 28% aller ausstehenden Pflichtlagerwechsel.

Veränderte Rolle des
Diskontkredits

Seit April 1986 führte die Nationalbank nur noch mit Pflichtlagerwechseln Diskontgeschäfte durch. Die neue, seit Anfang 1993 gültige Pflichtlager-Vereinbarung zwischen dem Eidg. Volkswirtschaftsdepartement und der Schweizerischen Bankiervereinigung verpflichtet die Nationalbank nicht mehr, Pflichtlagerwechsel zu rediskontieren. Die Pflichtlagerwechsel bleiben aber rediskontierbar. Die Nationalbank wird sich jedoch den Entscheid zur Refinanzierung vorbehalten, wenn es geldpolitisch angezeigt erscheint. Sie hat ein Interesse daran, den Diskontkredit als mögliche Liquiditätsquelle für Sondersituationen offen zu halten.

Lombardkredit

Lombardkredite wurden von den Banken lediglich zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätseingpässe beansprucht. Im Jahresdurchschnitt waren 24,6 Mio. (1991: 24,7 Mio.) Franken Lombardkredite ausstehend.

Bewertung

Die Festgeldanlagen des Bundes und die Lombardkredite sind zum Nominalwert, die Geldmarkt-Buchforderungen und die Pflichtlagerwechsel zum Einstandspreis bilanziert.

Kapitalmarktgeschäfte

Wertschriftenkäufe

Die Nationalbank erwarb im Berichtsjahr Wertschriften im Nennwert von gesamt 529 Mio. (1991: 325 Mio.) Franken. Rund 52% der Käufe entfielen auf Obligationen der öffentlichen Hand (Bund, Kantone und Gemeinden), der Rest auf Obligationen von Banken und Pfandbriefanstalten. Rückzahlungen reduzierten den Wertschriftenbestand um nominal 391 Mio. (1991: 214 Mio.) Franken. Die Obligationenkäufe wurden gleichmässig auf das Jahr verteilt; Obligationenverkäufe wurden keine vorgenommen.

Wertschriftenswaps

Die Nationalbank schloss 1992 erstmals Wertschriftenswaps ab. Die Swaps dienten der vorsorglichen Liquiditätshilfe an Banken.

Bewertung

Die Bundestitel sind mit 80%, die übrigen mit 70% ihres Nominalwerts bilanziert. Liegt der Anschaffungspreis oder Kurswert im Einzelfall tiefer, wird zu diesem Wert bilanziert. Wertschriften mit einer Restlaufzeit bis zu zwei Jahren werden in die Deckung des Notenumlaufs einbezogen.

Wertschriftenbestand

Nominalwert am Jahresende in Mio. Franken	Total 1991	wovon deckungsfähige	Total 1992	wovon deckungsfähige
Eidgenossenschaft	924,1	190,4	855,7	196,8
Kantone	837,5	287,3	910,1	346,6
Gemeinden	509,8	182,9	537,5	249,5
Banken	824,6	201,7	905,1	208,5
Pfandbriefinstitute	895,8	157,4	921,2	194,6
	<u>3 991,8</u>	<u>1 019,7</u>	<u>4 129,6</u>	<u>1 196,0</u>

2. Zahlungsverkehr

Im Rahmen ihres Auftrags, den Zahlungsverkehr zu erleichtern, gibt die Nationalbank Banknoten aus und besorgt für den Bund die Verteilung der Münzen. Ausserdem nimmt sie zentrale Aufgaben im bargeldlosen Zahlungsverkehr wahr (Nationalbankgiro und Interbank-Zahlungsverkehr).

Beitrag der
Nationalbank

Noten- und Münzumsatz

Die Notenausgabe und die Münzverteilung erfolgten über die Sitze Bern und Zürich, die acht Zweiganstalten und die zwanzig Agenturen der Nationalbank. Hinzu kamen 777 Banken, die als Korrespondenten der Nationalbank den lokalen Geldausgleichsverkehr mit den PTT- und SBB-Stellen besorgten.

Organisation der
Bargeldversorgung

Notenumlauf

Der Notenumlauf blieb mit 26,5 Mrd. Franken im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert (1991: +2,3%). Einem merklichen Rückgang bei den 500-Franken-Abschnitten standen leichte Zunahmen bei den übrigen Abschnitten gegenüber.

Entwicklung

Im Jahresdurchschnitt betrug die Deckung des Notenumlaufs unter Einrechnung sämtlicher deckungsfähiger Aktiven 194,4%. Die Notendeckung durch Gold allein lag im Jahresdurchschnitt bei 45,0%. Das Gold wurde zum gesetzlich festgelegten Kurs von 4 595,74 Franken pro Kilogramm bewertet.

Deckung des
Notenumlaufs

Im Jahre 1992 nahm die Nationalbank rund 88,2 Mio. druckfrische Banknoten im Nennwert von 3,0 Mrd. Franken in ihre Bestände auf. Andererseits wurden 92,3 Mio.

Notenherstellung und
-vernichtung

beschädigte oder zurückgerufene Noten im Gegenwert von 7,7 Mrd. Franken vernichtet.

Zurückgerufene Noten

Von den im Jahre 1980 zurückgerufenen Noten früherer Emissionen – sie sind bis zum 30. April 2000 bei der Nationalbank einlösbar – waren per Ende Jahr noch Abschnitte im Werte von gesamthaft 338,6 Mio. (1991: 376,1 Mio.) Franken ausstehend.

Notenumlauf nach Abschnitten

Jahresmittel der Ausweiswerte								
Abschnitte zu Franken	1000	500	100	50	20	10	5	Total
in Mio. Franken								
1991	11 711,5	3 668,7	8 328,4	1 307,1	958,3	550,1	9,0	26 533,1
1992	11 744,7	3 554,4	8 364,3	1 329,9	975,2	560,2	9,0	26 537,7
in %								
1991	44,14	13,83	31,39	4,93	3,61	2,07	0,03	100
1992	44,26	13,39	31,52	5,01	3,68	2,11	0,03	100

Deckung des Notenumlaufs

in Mio. Franken, Jahresmittel	
Gold	11 903,9
Übrige deckungsfähige Aktiven	
Devisenanlagen	37 652,4
Reserveposition beim IWF	271,5
Internationale Zahlungsmittel	135,1
Inlandportefeuille	669,6
Lombardvorschüsse	24,6
Deckungsfähige Wertschriften	788,8
Gesamte Notendeckung	51 445,9
Notenumlauf	26 470,2

Münzen

1992 lieferte die Eidg. Münzstätte der Nationalbank 157,3 Mio. Münzen im Nennwert von 99,7 Mio. Franken für den Zahlungsverkehr. Nebst den erforderlichen Scheidemünzen brachte die Nationalbank im Auftrag und für Rechnung des Bundes 361 000 Gedenkmünzen 1992 «Gertrud Kurz» in Silber und im Nennwert von Fr. 20.– sowie 36 000 Münzsätze 1991 in Verkehr. Der Münzumlauf blieb im Jahresdurchschnitt mit 2,0 Mrd. Franken gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert.

Neue Münzen

Qualitätsmängel führten zum Rückruf und zur Neuprägung der aus Anlass der 700-Jahrfeier der Eidgenossenschaft herausgegebenen Sondermünze 1991. Da der Absatz der Goldmünzen unter den Erwartungen lag, verzichtete der Bund darauf, alle zurückgeflossenen Goldmünzen neu zu prägen und setzte die Auflage am 18. August 1992 von 800 000 Stück auf 490 000 Stück herab. Die reduzierte Auflage setzt sich aus 296 741 Münzen der ursprünglichen Prägung und 193 259 Münzen der Neuprägung zusammen. Die ursprüngliche Auflage der Silbermünzen von 2 540 000 Stück blieb unverändert.

Sondermünzen 1991

Bargeldloser Zahlungsverkehr

Der überwiegende Teil des bargeldlosen Zahlungsverkehrs wird über das Überweisungssystem der Nationalbank (Nationalbankgiro), das «Swiss Interbank Clearing» (SIC), die verschiedenen Interbank-Dienstleistungen und das Postchecksystem abgewickelt. Bank- und Postzahlungsverkehr sind über Nationalbankkonten miteinander verbunden.

Übersicht

Die Nationalbank führt Girorechnungen für Banken, für öffentliche Körperschaften, für ausländische Noten- und Geschäftsbanken sowie internationale Organisationen. Ende 1992 betrug die Anzahl Girokonten 940 (1991: 973); davon waren, wie im Vorjahr, 147 ausländische Adressen.

Nationalbankgiro

Am Jahresende waren 162 (1991: 159) Bankinstitute an das elektronische Zahlungsverkehrssystem SIC angeschlossen. Im Berichtsjahr wurden über das SIC 64 Mio. (1991: 65 Mio.) Zahlungen im Gesamtbetrag von rund 33 Bio. (1991: 30 Bio.) Franken ausgeführt.

SIC

Interbank-Dienstleistungen wie der «Datenträgeraustausch», das «Check-clearing» und die Abrechnung der Wertschriftentransaktionen, die von verschiedenen Gemeinschaftsunternehmen der Banken angeboten werden, ergänzen das Nationalbankgiro und das SIC. Die Forderungen, die bei der Abwicklung dieser Interbank-Zahlungen entstehen, werden über die Girokonten der Teilnehmer bei der Nationalbank beglichen.

Dienstleistungen im Bankenclearing

3. Dienstleistungen für den Bund

Die Dienstleistungen der Nationalbank für den Bund umfassen im wesentlichen die Zahlungsabwicklung sowie die Mittelaufnahme und -anlage.

Bundeskonto und Bundesanlagen

Zahlungsverkehr des Bundes

Die Nationalbank nimmt für Rechnung des Bundes Zahlungen entgegen und führt in dessen Auftrag und bis zur Höhe des Bundesguthabens Zahlungen an Dritte – darunter auch Auslandzahlungen – aus.

Anlage kurzfristiger Bundesmittel

Die Konten des Bundes bei der Nationalbank dienen in erster Linie dem Zahlungsverkehr. Sie kommen jedoch auch anlagepolitischen Bedürfnissen entgegen. Die Sichtguthaben des Bundes werden bis zum Betrag von 500 Mio. Franken zum Tagesgeldsatz verzinst. Daneben kann der Bund seine liquiden Mittel bei der Nationalbank als Festgelder bis zu zwei Jahren Laufzeit zu marktüblichen Zinsen plazieren. Die Nationalbank ihrerseits ist frei, diese Mittel auf Risiko des Bundes im Markt weiterzuplazieren. Im Jahresdurchschnitt hielt der Bund bei der Nationalbank Sichtguthaben von 201 Mio. (1991: 133 Mio.) Franken und Festgeldanlagen von 1 026 Mio. (1991: 1 019 Mio.) Franken.

Mitwirkung der Nationalbank bei der Mittelaufnahme des Bundes

Übersicht

Die Nationalbank ist dem Bund bei der Mittelbeschaffung im Geld- und Kapitalmarkt behilflich. Im Auftrag und für Rechnung des Bundes emittierte sie öffentliche Anleihen und Geldmarkt-Buchforderungen, plazierte Schatzanweisungen und nahm Geldmarktkredite auf. Infolge des hohen Mittelbedarfs des Bundes stiegen die Emissionsbeträge der Anleihen und Geldmarkt-Buchforderungen gegenüber dem Vorjahr erheblich an.

Bundesanleihen

Es wurden 10 Bundesanleihen im Gesamtbetrag von 6 209 Mio. (1991: 5 Anleihen und 1 354 Mio.) Franken, wiederum im Preistender-Verfahren, ausgegeben. Um Belastungsspitzen am Kapitalmarkt zu vermeiden, wurden die Anleihen zwischen Mai und November im Monatsrhythmus zur Zeichnung aufgelegt. Zur Rückzahlung gelangten wiederum drei Anleihen, in der Höhe von insgesamt 951 Mio. (1991: 720 Mio.) Franken.

Geldmarkt-Buchforderungen

Wie im Vorjahr wurden in regelmässigen Abständen insgesamt 24 Serien von Geldmarkt-Buchforderungen, ebenfalls im Preistender-Verfahren, emittiert. Bei den 20 Serien dreimonatiger Buchforderungen wurden zwischen 280,7 Mio. und 1 572,6 Mio. Franken, im Durchschnitt 620,2 Mio. Franken, zugeteilt. Bei den vier Ausgaben sechsmonatiger Buchforderungen betrug die Zuteilung zwischen 464,2 Mio. und 1 106,6 Mio. Franken, im Durchschnitt 806,4 Mio. Franken. Im

Jahresdurchschnitt waren Buchforderungen in der Höhe von 3 811,2 Mio. (1991: 1 509 Mio.) Franken ausstehend. Im Dezember nahm die Nationalbank letztmals Zeichnungen vom Publikum direkt entgegen. Ab Januar 1993 akzeptiert sie nur noch Direktangebote von Zeichnern, die Inhaber eines Nationalbank-Kontos sind.

18 Emissionen von Schatzanweisungen mit Laufzeiten von 3, 6 oder 12 Monaten wurden bei Banken plziert. Eine Konversion spezieller Schatzanweisungen für liechtensteinische Banken erfolgte für eine Laufzeit von 4 Jahren. Im Jahresdurchschnitt belief sich der Betrag an ausstehenden Schatzpapieren auf 256 Mio. (1991: 179 Mio.) Franken.

Schatzanweisungen

Seinen sehr kurzfristigen Liquiditätsbedarf deckte der Bund mit tageweisen Geldmarktkrediten von Geschäftsbanken. Sie betragen im Jahresdurchschnitt 2,4 Mrd. Franken. Den Lombardkredit der Nationalbank beanspruchte der Bund zweimal mit insgesamt 154,6 Mio. Franken.

Tageweise
Verschuldung

Übrige Dienstleistungen für den Bund

Die Nationalbank besorgte unentgeltlich die Aufbewahrung und Verwaltung der ihr vom Bund und seinen Betrieben übergebenen Wertschriften und Wertgegenstände.

Wertschriften-
verwaltung

Die Nationalbank führte ausserdem das Eidgenössische Schuldbuch, in das Forderungen aus der Geldaufnahme oder der Schuldübernahme für Rechnung des Bundes eingetragen werden können. Im Berichtsjahr ergaben sich folgende Bewegungen:

Eidgenössisches
Schuldbuch

Eintragungen im Eidgenössischen Schuldbuch

in Mio. Franken

Bestand Ende 1991	1 330,3
Zunahme im Jahre 1992:	
Zeichnungen aus Neuemissionen	+ 3,1
Umwandlungen von Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen	+ 25,0
Abgänge im Jahre 1992:	
Rückzahlungen	– 104,4
Bestand Ende 1992	1 254,0

Als weitere Dienstleistung für den Bund übernahm die Nationalbank wie bisher die Abwicklung der Dokumentarakkreditive. Hauptsächlich wickelte die Nationalbank Exportakkreditive ab, die im Zusammenhang mit Entwicklungshilfeleistungen des Bundes an Drittweltländer stehen.

Akkreditive

4. Ermittlung und Ausschüttung des Gewinns der Nationalbank

Gewinnverteilung in Verfassung und Gesetz geregelt

Die Verteilung der Gewinne der Nationalbank ist in Bundesverfassung und Nationalbankgesetz umfassend geregelt. Der Gewinn, der nach Dotierung des Reservefonds und Auszahlung der Dividende an die Aktionäre übrig bleibt, wird zweistufig verteilt. Zunächst erhalten die Kantone eine Entschädigung von 80 Rappen je Kopf der Bevölkerung. Ein alsdann verbleibender Überschuss fällt zu einem Drittel dem Bund und zu zwei Dritteln den Kantonen zu.

Bildung adäquater Rückstellungen

Hingegen gibt es keine Bestimmungen darüber, wie der Nationalbankgewinn ermittelt werden soll. Unbestritten ist, dass die Nationalbank fähig sein muss, ihre verfassungsmässige Aufgabe ohne Ertragszwang zu erfüllen und jene Rückstellungen, die betriebs- und volkswirtschaftlich erforderlich sind, zu bilden. Sie muss insbesondere in der Lage sein, ungesicherte Devisenreserven, d.h. Reserven, die nicht durch Terminverkäufe am Devisenmarkt gegen das Wechselkursrisiko abgesichert sind, aufzubauen.

Funktionen der ungesicherten Devisenreserven

Die ungesicherten Devisenreserven erfüllen verschiedene Funktionen. Sie ermöglichen der Nationalbank, im Falle einer Frankenschwäche am Devisenmarkt zu intervenieren. Diese Funktion käme vor allem dann zum Tragen, wenn die Schweiz zu einem fixen Frankenkurs zurückkehren sollte. Ferner stärken die ungesicherten Devisenreserven die Krisenresistenz des Finanzplatzes Schweiz, und sie stellen eine lebenswichtige Reserve des Landes für ausserordentliche Lagen dar.

Wachstum der ungesicherten Devisenrückstellungen im Gleichschritt mit nominalem BSP

Auch wenn sich der Bedarf an Devisenreserven nicht genau errechnen lässt, hängt er doch mit der Grösse der Wirtschaft und deren Auslandverflechtung zusammen. Die ungesicherten Devisenreserven sollten deshalb mindestens im Gleichschritt mit dem nominalen Bruttosozialprodukt wachsen. Die Nationalbank finanziert das von ihr angestrebte Wachstum der ungesicherten Devisenreserven über den Aufbau von Rückstellungen. Als Regel wurde daher festgelegt, dass die Devisenreserven bzw. die Rückstellungen im Gleichschritt mit dem nominalen BSP ausgeweitet werden (vgl. 84. Geschäftsbericht 1991, S. 64–67).

Definition der «Rückstellungen»

Für die Berechnung der Ausschüttung geht die Nationalbank davon aus, dass zwischen den beiden Bilanzpositionen Rückstellungen und Bewertungskorrektur auf Devisen volkswirtschaftlich kein Unterschied besteht. Beide Bilanzpositionen wurden aus Überschüssen, die die Nationalbank in der Vergangenheit zurückbehielt, aufgebaut. Die erste Bilanzposition beruht auf realisierten, die zweite auf nicht realisierten Überschüssen. Der von der Nationalbank angestrebte Zuwachs der Rückstellungen schliesst somit die Bewertungskorrektur auf Devisen mit ein. Die Summe der beiden Bilanzpositionen Rückstellungen (für Währungsrisiken und andere) und Bewertungskorrektur auf Devisen wird im folgenden kurz «Rückstellungen» genannt.

Der angestrebte Bestand der «Rückstellungen» hängt von der Entwicklung des nominalen schweizerischen BSP ab. Die angestrebte prozentuale Zunahme der «Rückstellungen» entspricht dem jährlichen Zuwachs des nominalen BSP der letzten fünf Jahre, für die definitive Statistiken vorliegen. Mit der Durchschnittsbildung wird verhindert, dass die Wachstumsraten von Jahr zu Jahr stark schwanken. Der effektive Bestand der «Rückstellungen» von Ende 1990, der 17 743,1 Mio. Franken betrug, stellt den Ausgangspunkt für die Berechnungen dar.

Angestrebtes Niveau
der «Rückstellungen»

Angestrebter Bestand der «Rückstellungen»

	Wachstum des nom. BSP in % (Durchschnittsperiode)	Angestrebter Bestand der «Rückstellungen» am Jahresende in Mio. Franken
1990		17 743,1
1991	6,2 (1985–89)	18 843,2
1992	6,3 (1986–90)	20 030,3
1993	6,3 (1987–91)	21 292,2

Das nominale BSP wuchs im Durchschnitt der Periode 1985–89 um 6,2%. Daraus ergibt sich für 1991 eine angestrebte Zunahme der «Rückstellungen» auf 18 843,2 Mio. Franken. Die angestrebte Steigerung für die folgenden Jahre wird analog berechnet.

Berechnung des ausschüttbaren Überschusses

Die Nationalbank erzielt einen Überschuss, wenn der Nettoertrag (Betriebsertrag + Wertertrag + Aufwertung auf Devisen – Betriebsaufwand – Wertaufwand – Abschreibungen auf Devisen – Steuern – Zuwendungen an Vorsorgeeinrichtungen) die Summe der Einlage in den Reservefonds, der Dividende an die Aktionäre und der Pro-Kopf-Entschädigung an die Kantone übersteigt. Überschüsse, die nicht ausgeschüttet werden, führen zu einer Zunahme der «Rückstellungen» im selben Ausmass. Sind die effektiven «Rückstellungen» höher als der angestrebte Bestand, liegt ein ausschüttbarer Überschuss vor. Der ausschüttbare Überschuss per Ende 1992 ist aus der Tabelle ersichtlich:

Berechnung des ausschüttbaren Überschusses und der Ausschüttung (Mio. Franken)

	«Rückstellungen»					Ausschüttung (6)
	«Rückstellungen» am Jahresanfang gemäss Bilanz (1)	Überschuss (2)	Effektiver Bestand am Jahresende vor Ausschüttung (3) = (1)+(2)	Angestrebter Bestand am Jahresende (4)	Ausschütt- barer Überschuss (5) = (3)–(4)	
1991	17 743,1	4 717,6	22 460,7	18 843,2	3 617,5	600
1992	21 860,8	3 149,5	25 010,3	20 030,3	4 980,0	600
1993	24 410,3			21 292,2		

Anfang 1992 betragen die «Rückstellungen» gemäss Jahresendbilanz 1991 21 860,8 Mio. Franken (Rückstellungen und Bewertungskorrektur auf Devisen: 20 163,7 bzw. 1 697,1 Mio. Franken). Da die Nationalbank 1992 einen Überschuss von 3 149,5 Mio. Franken erzielte, betragen die «Rückstellungen» am Jahresende vor der Ausschüttung 25 010,3 Mio. Franken. Der von der Nationalbank angestrebte Bestand der «Rückstellungen» belief sich lediglich auf 20 030,3 Mio. Franken, so dass ein ausschüttbarer Überschuss von 4 980,0 Mio. Franken verblieb.

Ausschüttung von 600 Mio. Franken

Allerdings wird die Nationalbank nicht den gesamten ausschüttbaren Überschuss 1992 an Bund und Kantone überweisen. Die Ausschüttung ist vielmehr gemäss dem von Bundesrat und Nationalbank festgelegten Modus (vgl. 84. Geschäftsbericht 1991, S. 65) auf 600 Mio. Franken pro Jahr begrenzt, um starke Schwankungen der Überweisungen an Bund und Kantone zu vermeiden. Es ist damit zu rechnen, dass wechselkursbedingte Kapitalverluste auf den ungesicherten Devisenreserven den ausschüttbaren Überschuss in Zukunft wieder verringern werden.

Wie schon im Vorjahr wird die Summe von 600 Mio. Franken aus dem Jahresergebnis 1992 Anfang 1994 zur Verteilung an Bund und Kantone an die Eidg. Finanzverwaltung überwiesen. Der Bund und die Kantone können damit ihren Anteil an der Ausschüttung der Nationalbank in ihre Budgets einsetzen.

Überweisung an
Eidg. Finanzverwaltung
Anfang 1994

Der Bundesrat brachte das Ausmass der Gewinnausschüttung an Bund und Kantone den Eidg. Räten mit einer Botschaft (vom 25. März 1992 über die Sanierungsmassnahmen 1992 für den Bundeshaushalt) zur Kenntnis. Die Bundesversammlung beschloss am 9. Oktober 1992 eine Änderung von Art. 27 Abs. 4 des Nationalbankgesetzes. Danach erfolgt die Verteilung des Nationalbankgewinns an die Kantone nicht mehr ausschliesslich aufgrund der Wohnbevölkerung, sondern zu $\frac{3}{8}$ unter Berücksichtigung der Finanzkraft der Kantone. Diese Änderung tritt am 1. Januar 1993 in Kraft; sie wirkt sich somit bereits auf die Überweisung von 600 Mio. Franken aus dem Jahresergebnis 1991 aus.

Berücksichtigung
der Finanzkraft
der Kantone

5. Geschäftsergebnis

Eigene Mittel

Grundkapital

Das Grundkapital der Nationalbank beträgt unverändert 50 Mio. Franken, eingeteilt in 100 000 Aktien von je 500 Franken, wovon 50% (250 Franken) einbezahlt sind.

Verteilung des Aktienbesitzes

Im Berichtsjahr genehmigte der Bankausschuss die Übertragung von 2 785 Aktien auf neue Eigentümer. Am 31. Dezember 1992 waren die Eintragungsgesuche für 340 Aktien hängig oder ausstehend. Die übrigen Aktien waren wie folgt verteilt:

1 519	Privataktionäre mit je	1 Aktie
1 831	Privataktionäre mit je	2— 10 Aktien
350	Privataktionäre mit je	11—100 Aktien
19	Privataktionäre mit je	101—200 Aktien
<u>23</u>	Privataktionäre mit je	<u>über 200 Aktien</u>
3 742	Privataktionäre mit zusammen	36 782 Aktien
26	Kantone mit zusammen	38 981 Aktien
28	Kantonalbanken mit zusammen	17 742 Aktien
48	Andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten mit zusammen	<u>6 155 Aktien</u>
<u>3 844</u>	Aktionäre mit zusammen	<u>99 660 Aktien</u>
	pro memoria: Eintragungsgesuche hängig oder ausstehend für	<u>340 Aktien</u>
	insgesamt	<u>100 000 Aktien</u>

Somit waren 63% der Aktien im Besitz von Kantonen, Kantonalbanken sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und 37% im Besitz von Privataktionären; 23% wurden von natürlichen Personen und 14% von juristischen Personen gehalten.

Aktionäre, deren Beteiligung 5% aller Stimmrechte bzw. 5 000 Namenaktien übersteigt (Art. 663c OR), sind die Kantone Bern (6 630 Aktien) und Zürich (5 200 Aktien).

Reservefonds

Im Jahre 1992 wurde der Reservefonds um 1 Mio. Franken auf 57 Mio. Franken aufgestockt. Die ausgewiesenen Eigenmittel der Nationalbank betragen somit 82 Mio. Franken.

Rückstellungen

Die Rückstellungen erhöhten sich Ende 1992 um 1 856,9 Mio. Franken.

Rückstellungen

in Mio. Franken, Jahresende	Bestand 1991	Bestand 1992	Veränderung
Währungsrisiken	<u>19 533,7</u>	<u>21 380,6</u>	<u>+1 846,9</u>
Andere:			
Bankgebäude	100,0	100,0	
Banknotenherstellung	100,0	100,0	
Offenmarktoperationen	100,0	100,0	
Nicht versicherte Schadenfälle	100,0	100,0	
Dividendenausgleich und Kantonsanteile	90,0	100,0	+ 10,0
Diverse	<u>140,0</u>	<u>140,0</u>	
	<u>630,0</u>	<u>640,0</u>	<u>+ 10,0</u>
Total	<u>20 163,7</u>	<u>22 020,6</u>	<u>+1 856,9</u>

Gewinn- und Verlustrechnung

Abgeschlossen per 31. Dezember

Aufwand	1991 Fr.	1992 Fr.
Betriebsaufwand	160 015 913.53	157 404 271.61
Bankbehörden	776 518.10	799 004.35
Personal	71 258 294.43	75 978 418.55
Raumaufwand	28 414 123.60	17 202 570.59
Betriebsausstattungsaufwand	13 917 958.73	12 289 347.60
Geschäfts- und Büroaufwand	3 931 572.47	3 955 352.37
Information und Kommunikation	2 923 681.03	8 607 914.59
Druckaufwand, Publikationen	1 117 743.60	1 232 298.35
Aufwand aus Notenumlauf	23 112 695.60	26 391 422.40
Übriger Sachaufwand	14 563 325.97	10 947 942.81
Wertaufwand	126 479 424.65	133 950 200.65
Passivzinsen Deponenten	6 592 760.05	6 860 890.50
Passivzinsen Bundesverwaltung	82 895 381.35	91 965 643.75
Abschreibungen auf Wertschriften	36 991 283.25	35 123 666.40
Übertrag auf Konto Bewertungskorrektur auf Devisen	1 697 072 946.66	692 639 748.92
Steuern	—.—	8 725 839.50
Zuwendung an die Vorsorgeeinrichtungen	5 000 000.—	3 000 000.—
Erhöhung der Rückstellung für Dividenden und Kantonsanteile	—.—	10 000 000.—
Einlage in die Rückstellung für Währungsrisiken	2 420 560 000.24	1 846 842 186.05
Reingewinn	607 592 823.20	608 405 076.—
	<u>5 016 721 108.28</u>	<u>3 460 967 322.73</u>

Ertrag	1991 Fr.	1992 Fr.
Betriebsertrag	6 555 754.54	14 147 681.81
Kommissionen	1 670 942.14	1 906 502.62
Ertrag aus Bankgebäuden	4 518 059.85	11 949 373.45
Diverse Einnahmen	366 752.55	291 805.74
Wertertrag	3 313 092 407.08	2 754 179 892.—
Devisenertrag	3 084 661 140.48	2 512 480 780.81
Diskontertrag	37 135 518.70	31 617 805.99
Ertrag aus Geldmarktpapieren	—.—	11 161 915.—
Lombardertrag	2 593 471.80	2 466 256.30
Wertschriftenertrag	176 112 785.55	184 289 823.95
Ertrag von Inlandkorrespondenten	12 589 490.55	12 163 309.95
Aufwertung auf Devisen	1 697 072 946.66	692 639 748.92
	<u>5 016 721 108.28</u>	<u>3 460 967 322.73</u>

Jahresschlussbilanz

Aktiven	1991 Fr.	1992 Fr.
Kassa	12 067 916 421.36	12 119 705 792.11
Gold	11 903 906 919.85	11 903 906 919.85
Münzen	164 009 501.51	215 798 872.26
Devisenanlagen	40 232 131 194.22	45 857 768 164.49
Reserveposition beim IWF	—.—	1 144 353 709.76
Internationale Zahlungsmittel	117 288 373.56	134 877 922.42
Währungskredite	97 139 000.—	156 420 000.—
Inlandportefeuille	522 097 105.75	821 062 118.85
Pflichtlagerwechsel	522 097 105.75	353 382 898.85
Geldmarktpapiere	—.—	467 679 220.—
Lombardvorschüsse	107 028 469.25	26 890 469.65
Wertschriften	2 886 075 721.—	2 975 686 901.—
deckungsfähige	732 826 000.—	856 902 900.—
andere	2 153 249 721.—	2 118 784 001.—
Korrespondenten im Inland	552 846 853.88	493 009 806.85
Inkassowechsel	16 461 668.03	10 776 558.53
Postcheckguthaben	5 056 200.19	478 621.99
Coupons	733 591.65	496 547.60
Bankgebäude	1.—	1.—
Mobiliar	1.—	1.—
Sonstige Aktiven	126 838 961.75	33 615 272.22
Nicht einbezahltes Grundkapital	25 000 000.—	25 000 000.—
	<u>56 756 613 562.64</u>	<u>63 800 141 887.47</u>

Passiven	1991 Fr.	1992 Fr.
Notenumlauf	29 217 136 555.—	29 353 501 880.—
Girorechnungen inländischer Banken und Finanzgesellschaften	4 275 634 293.04	4 785 499 110.65
Girorechnungen ausländischer Banken	114 911 177.98	54 655 282.16
Bundesverwaltung	3 369 703.16	245 081 491.92
Deponenten	95 900 864.94	102 733 297.60
Ausstehende Checks	8 814 317.84	12 430 467.19
Verbindlichkeiten auf Zeit	400 000 000.—	3 450 000 000.—
Sonstige Passiven	66 471 340.89	670 570 860.39
Rückstellung für Währungsrisiken	19 533 709 539.93	21 380 551 725.98
Andere Rückstellungen	630 000 000.—	640 000 000.—
Bewertungskorrektur auf Devisen	1 697 072 946.66	2 389 712 695.58
Grundkapital	50 000 000.—	50 000 000.—
Reservefonds	56 000 000.—	57 000 000.—
Reingewinn	607 592 823.20	608 405 076.—
	<u>56 756 613 562.64</u>	<u>63 800 141 887.47</u>

Anmerkungen zur Bilanz		
— Versicherungswert der Bankgebäude	399 574 400.—	389 646 780.—
— Nachschusspflicht auf Namenaktien der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)	66 465 397.—	67 404 218.—
— Akkreditive gedeckt durch ausgesonderte Guthaben	10 899 717.—	9 365 876.—
— Nichtbeanspruchtes Guthaben des IWF	—.—	3 714 031 461.—
— Offene Limite unter Allg. Kreditvereinbarungen (AKV)	1 989 000 000.—	2 009 400 000.—

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Erfolgsrechnung wird wiederum durch die Devisenposition geprägt. Die Bewertung der US-Dollaranlagen erfolgte wie üblich zum durchschnittlichen Kurs des Monats Dezember, der bei 1,4220 Franken gegenüber 1,3877 Franken im Vorjahr lag. Der Buchgewinn von 692,6 Mio. Franken auf dem nicht kursgesicherten Devisenbestand wurde über die Gewinn- und Verlustrechnung dem Konto «Bewertungskorrektur auf Devisen» gutgeschrieben. Der Ertragsüberschuss von 2 465,2 Mio. Franken wurde für den Reingewinn von 608,4 Mio. Franken sowie für die Einlage in die Rückstellung für Währungsrisiken von 1 846,8 Mio. Franken verwendet. Zudem wurde die Rückstellung für Dividendenausgleich und Kantonsanteile um 10 Mio. Franken erhöht, um den Ergebnissen der Volkszählung 1990 Rechnung zu tragen.

Der Ertrag aus Devisenanlagen und -handel fiel infolge tieferer Zinssätze um 572,2 Mio. auf 2 512,5 Mio. Franken.

Die Rediskontierung von Pflichtlagerwechseln war erneut rückläufig und ergab einen um 5,5 Mio. tieferen Ertrag von 31,6 Mio. Franken.

Aus dem im September eingeführten Offenmarktgeschäft in Geldmarkt-Buchforderungen der Eidgenossenschaft resultierte ein Ertrag von 11,2 Mio. Franken.

Die gegenüber dem Vorjahr praktisch unveränderte Lombardkreditbeanspruchung brachte infolge des Zinsrückgangs einen leicht reduzierten Ertrag von 2,5 Mio. Franken.

Der erhöhte und teilweise höher verzinsliche Wertschriftenbestand liess den Zinsertrag um 8,2 Mio. auf 184,3 Mio. Franken steigen.

Die Kreditbeanspruchung der Inlandkorrespondenten ist zum Diskontsatz zu verzinsen. Dieser wurde am 15. und 25. September um je einen halben Prozentpunkt auf 6% reduziert. Der entsprechende Ertrag fiel mit 12,2 Mio. Franken leicht geringer aus.

Beim Betriebsertrag ergab sich ein starker Anstieg des Ertrags aus Bankgebäuden, der auf den Verkauf der Liegenschaft der ehemaligen Agentur La Chaux-de-Fonds zurückzuführen ist.

Der Personalaufwand erhöhte sich infolge der Zunahme des Personalbestands, von Lohnerhöhungen und von Teuerungszulagen an die Pensionierten um 4,7 Mio. auf 76,0 Mio. Franken (vgl. S. 78).

Der Raumaufwand sank wegen geringeren ausserordentlichen Renovationsauslagen um 11,2 Mio. auf 17,2 Mio. Franken.

Der leicht tiefere Betriebsausstattungsanfall von 12,3 Mio. Franken enthält, neben Mobiliar- und Fahrzeuganschaffungen, vor allem Kosten für den Ausbau der EDV-Hard- und Software.

Die um 5,7 Mio. auf 8,6 Mio. Franken gestiegene Aufwandposition Information und Kommunikation enthält Auslagen für ein neues Telefonesystem beim Sitz Zürich.

Die Kosten für die Banknotenherstellung und -verteilung stiegen um 3,3 Mio. auf 26,4 Mio. Franken. Der Mehraufwand ist zum Teil auf die Entwicklung der neuen Banknotenserie zurückzuführen.

Der Zinsaufwand zugunsten der Bundesverwaltung nahm, trotz tieferer Zinssätze, um 9,1 Mio. auf 92,0 Mio. Franken zu, da weniger Festgeldanlagen des Bundes im Markt weiterplaziert wurden.

Der Abschreibungsanfall auf neu erworbenen Wertschriften von 142,8 Mio. Franken wurde mit den Buchgewinnen aus Rückzahlungen von früher abgeschrieben Titeln von 107,7 Mio. Franken verrechnet. Daraus ergab sich ein Abschreibungssaldo von 35,1 Mio. Franken.

Der Steueraufwand enthält nebst den direkten Bundessteuern der Veranlagungsperiode 1991/92 die im Nachgang zum 1986 erfolgten Erwerb der AG Hotel Bellevue-au-Lac, Zürich, entrichteten Grundstückgewinnsteuern.

Verwendung des Reingewinns

Gemäss Artikel 27 des Nationalbankgesetzes (NBG) ist zunächst dem Reservefonds ein Betrag von maximal 2% des Grundkapitals zuzuweisen. Sodann wird eine Dividende von höchstens 6% ausgerichtet. Der Rest wird der Eidg. Finanzverwaltung zugunsten von Bund und Kantonen gemäss untenstehender Zusammenstellung überwiesen (siehe auch Teil D. 4).

Die Pro-Kopfentschädigung von 80 Rappen an die Kantone erfuhr eine Erhöhung von 0,4 Mio. auf 5,5 Mio. Franken. Bei der Rechnungslegung 1991 waren die definitiven Ergebnisse der Volkszählung 1990 noch nicht vorhanden, weshalb für 1991 eine Nachzahlung von 0,4 Mio. Franken erfolgt.

Aufgrund dieser Bestimmungen ist der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn von 608,4 Mio. Franken wie folgt zu verwenden:

– Einlage in den Reservefonds (Art. 27 Abs. 1 NBG)	Fr.	1 000 000.—
– Ausrichtung einer Dividende von 6% (Art. 27 Abs. 2 NBG)	Fr.	1 500 000.—
– Ablieferung an die Eidg. Finanzverwaltung		
– zugunsten der Kantone (Art. 27 Abs. 3 lit. a NBG)		
– pro 1992	Fr.	5 498 949.60
– Nachzahlung pro 1991 (Anpassung an die Zahlen der letzten Volkszählung)	Fr.	406 126.40
– zugunsten von Bund und Kantonen (Art. 27 Abs. 3 lit. b NBG)		
	Fr.	600 000 000.—
	Fr.	<u>608 405 076.—</u>

E. Bankbehörden und Personal

1. Mutationen in den Bankbehörden

Bankrat

Die Generalversammlung der Aktionäre vom 24. April 1992 wählte Herrn Nationalrat Joseph Iten, Fürsprecher und Notar, Hergiswil, zum neuen Mitglied des Bankrats.

Der Bundesrat ergänzte das Gremium nach der Generalversammlung durch die Wahl von

Frau Dr. Yvette Jaggi, Stadtpräsidentin von Lausanne, Lausanne, und

Herrn Pierre Darier, Mitinhaber der Privatbank Darier, Hentsch & Cie, Coligny.

Auf den Tag der ordentlichen Generalversammlung der Aktionäre vom 16. April 1993 treten die Herren Peter Gerber, Aarberg, Dr. Walter Diehl, Zürich, Dr. Max Egger, Solothurn, Dr. Franz Galliker, Oberwil/BL, Erwin Grimm, Wallisellen, und Rudolf Reichling, Stäfa, aus dem Bankrat zurück. Die Nationalbank dankt ihnen auch an dieser Stelle für die wertvollen Dienste, die sie dem Noteninstitut geleistet haben.

Besonderer Dank gebührt dem scheidenden Präsidenten des Bankrats, Herrn Peter Gerber. Nach mehrjähriger Zugehörigkeit zum Lokalkomitee Bern übernahm er 1973 dessen Vorsitz. 1978 wurde Herr Gerber in den Bankrat gewählt und von diesem 1981 in den Bankausschuss delegiert. 1989 wählte ihn der Bundesrat zum Präsidenten des Bankrats. Herr Gerber führte die Präsidialgeschäfte mit viel Engagement und Umsicht; er erwarb sich damit grosse Verdienste um die Nationalbank.

Der Bundesrat ernannte am 8. März 1993 Herrn Dr. Jakob Schönenberger, bisher Vizepräsident des Bankrats, zum neuen Präsidenten des Bankrats und Herrn Regierungsrat Eduard Belser, bisher Mitglied des Bankausschusses, zum neuen Vizepräsidenten des Bankrats. Die beiden Herren werden ihr Amt nach der Generalversammlung vom 16. April 1993 übernehmen.

Von den sechs Vakanzen sind zwei durch die Generalversammlung und vier durch den Bundesrat zu besetzen.

Der Bankrat schlägt der Generalversammlung

Herrn Walter G. Frehner, Generaldirektor, Vorsitzender der Geschäftsleitung und designierter Präsident des Verwaltungsrats des Schweizerischen Bankvereins, Riehen, und

Herrn Dr. Peter Spälti, Präsident des Verwaltungsrats und Vorsitzender der Geschäftsleitung «Winterthur» Schweizerische Versicherungs-Gesellschaft, Hettlingen,

zur Wahl vor.

Bankausschuss

Der Bankrat delegierte im Sommer 1992

Herrn Nationalrat Hans-Rudolf Früh, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands, Bühler,

als Nachfolger von Herrn Félix Carruzzo in den Bankausschuss.

Lokalkomitees

Auf das Datum der Generalversammlung vom 24. April 1992 traten die folgenden Herren zurück:

Max Tschannen, Wohlen bei Bern, Vorsitzender des Lokalkomitees Bern seit 1987 (Mitglied seit 1978), und

Michel Brunschwig, Vessy, Vorsitzender des Lokalkomitees Genf seit 1991, (Mitglied seit 1980).

Die Nationalbank dankt den beiden Herren bestens für den Einsatz, den sie der Bank geleistet haben.

Bankausschuss und Bankrat nahmen folgende Ernennungen vor:

Lokalkomitee Bern:

Dr. Theodor Fässler zum Vorsitzenden,

Karl Gnägi, Delegierter des Verwaltungsrats der ToniLait AG, Wohlen bei Bern, zum Mitglied.

Lokalkomitee Genf:

Gérard Fatio zum Vorsitzenden,

Alain Peyrot zum Stellvertreter des Vorsitzenden,

Claude Hauser, Generaldirektor der Migros Genossenschaft Genf, Versoix, zum Mitglied.

2. Mutationen in der Direktion

Die Herren Heinrich Herzog, Direktor der Zweiganstalt Aarau, und Dr. Johann Ammann, Direktor beim Sitz Bern, traten in den Ruhestand. Die Nationalbank dankt den beiden Herren für ihre langjährigen Dienste.

Der Bundesrat wählte per 1. Dezember 1992 Herrn Heinz Alber zum neuen Direktor der Zweiganstalt Aarau.

Der Bankausschuss beförderte per 1. August 1992 Herrn Roland Tornare zum Direktor und Herrn Peter Trachsel zum Vizedirektor. Auf den 1. Januar 1993 nahm er die folgenden Beförderungen vor: Herrn Dr. Hans-Christoph Kesselring zum stellvertretenden Direktor; Frau Dr. Eveline Ruoss und die Herren Bruno Beyeler, Beat Blaesi, Peter Bornhauser, Othmar Flück, Rolf Gross und Dr. Werner Hermann zu Vizedirektoren.

3. Personal

Der Mitarbeiterbestand umfasste am 31. Dezember 1992 576 Personen (Vorjahr 554). Zusätzliche Anstellungen wurden nötig im Zusammenhang mit dem Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods (Ausbau des Ressorts Internationale Währungsbeziehungen) und dem Bezug weiterer Räumlichkeiten in Zürich (Ausbau Kontrolldienst). Im Bereich Abwicklung und Informatik konnten einige seit längerer Zeit offene Stellen besetzt werden.

Der Anteil der unterschiftsberechtigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am gesamten Personal betrug 39%. Im Totalbestand nicht eingeschlossen sind 37 Teilzeitangestellte. Die Personalfluktuaton belief sich auf 3,8%.

Die Personalaufwendungen stiegen um 9,3% auf 69,5 Mio. Franken. Davon entfielen 58,3 Mio. Franken auf Gehälter und Kinderzulagen sowie 11,2 Mio. Franken auf Sozialleistungen, Ausbildung und Personalverpflegung. An der Finanzierung der Teuerungszulagen für die Rentenbezüger beteiligte sich die Nationalbank mit 6,5 Mio. Franken.

Im Rahmen der Personalschulung wurden 1992 interne Weiterbildungskurse mit insgesamt 616 Teilnehmern durchgeführt; 55 Personen absolvierten eine externe Weiterbildung.

Bankrat und Direktorium danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Einsatz, den sie im vergangenen Jahr für die Bank geleistet haben.

F. Bericht der Revisionskommission und Anträge an die Generalversammlung

1. Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die von Ihnen bestellte Revisionskommission hat die auf den 31. Dezember 1992 abgeschlossene Jahresrechnung 1992 im Sinne der Vorschriften des Nationalbankgesetzes und des Obligationenrechts geprüft.

Gestützt auf unsere eigenen Überprüfungen bei sämtlichen Sitzen und Zweiganstalten sowie nach Einsichtnahme in den von der ATAG Ernst & Young AG erstatteten schriftlichen Bericht über deren Prüfungen haben wir festgestellt, dass

- die Jahresschlussbilanz per 31. Dezember 1992 mit einem Total von Fr. 63 800 141 887,47 und die Gewinn- und Verlustrechnung 1992 mit einem Reingewinn von Fr. 608 405 076.— mit der Buchhaltung übereinstimmen,
- die Buchhaltung ordnungsgemäss geführt ist,
- bei der Darstellung der Vermögenslage und des Geschäftsergebnisses die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten sind.

Aufgrund der Ergebnisse unserer Prüfungen beantragen wir, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Ferner bestätigen wir, dass der Vorschlag des Bankrats über die Gewinnverteilung den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Bern, den 5. März 1993

Die Revisionskommission:
Blaser
Jobin
Casanova

2. Anträge des Bankrats an die Generalversammlung der Aktionäre

Der Bankrat hat in seiner Sitzung vom 5. März 1993 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten 85. Geschäftsbericht über das Jahr 1992 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.

Der Bundesrat hat seine in Artikel 63 Absatz 2 lit. i des Nationalbankgesetzes vorgesehene Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung am 12. März 1993 erteilt. Ferner hat die Revisionskommission ihren in Artikel 51 Absatz 2 des Nationalbankgesetzes vorgesehenen Bericht am 5. März 1993 erstellt.

Der Bankrat stellt der Generalversammlung folgende Anträge*:

1. Der vorliegende Geschäftsbericht samt Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1992 wird genehmigt.
2. Der Verwaltung wird Entlastung erteilt.
3. Der durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn von Fr. 608 405 076.— ist wie folgt zu verwenden:

— Einlage in den Reservefonds (Art. 27 Abs. 1 NBG)	Fr.	1 000 000.—
— Ausrichtung einer Dividende von 6% (Art. 27 Abs. 2 NBG)	Fr.	1 500 000.—
— Ablieferung an die Eidg. Finanzverwaltung		
— zugunsten der Kantone (Art. 27 Abs. 3 lit. a NBG)		
— pro 1992	Fr.	5 498 949.60
— Nachzahlung pro 1991 (Anpassung an die Zahlen der letzten Volkszählung)	Fr.	406 126.40
— zugunsten von Bund und Kantonen (Art. 27 Abs. 3 lit. b NBG)	Fr.	600 000 000.—
	Fr.	<u>608 405 076.—</u>

Bern, den 15. März 1993

Im Namen des Bankrats
der Präsident des Bankrats
Gerber

Ein Mitglied des Direktoriums
Meyer

* Der Antrag betreffend die Wahl in den Bankrat ist auf Seite 76 zu finden.

G. Anhang

1. Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise im Jahre 1992
2. Hauptposten der Bilanz seit 1961 (Jahresendwerte)
3. Hauptposten der Bilanz seit 1961
(Durchschnitte aus den Werten der veröffentlichten Ausweise)
4. Geschäftsergebnisse seit 1985
5. Diskont- und Lombardsätze seit 1936
6. Geld- und währungspolitische Chronik 1992
7. Verzeichnis der Mitglieder der Aufsichts- und Leitungsorgane

1. Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise im Jahre 1992

Aktiven

		Gold	Devisen- anlagen	Reserve- position beim IWF	Inter- nationale Zahlungs- mittel	Währungs- kredite	Inland- portefeuille	Lombard- vor- schüsse	Wert- schriften <i>deckungs- fähige</i>	<i>andere</i>	Korrespon- denten im Inland	Sonstige Aktiven
<i>in 1000 Franken</i>												
Januar	10.	11 903 907	37 640 197	—	117 288	97 139	513 207	6 938	758 815	2 125 170	132 609	339 851
	20.	11 903 907	36 951 167	—	117 288	97 139	478 754	2 485	762 266	2 125 744	126 820	501 742
	31.	11 903 907	37 218 827	—	118 693	97 139	517 068	34 035	768 525	2 130 905	356 193	330 169
Februar	10.	11 903 907	36 906 649	—	118 693	154 259	473 572	25 503	763 073	2 135 559	94 640	353 812
	20.	11 903 907	36 234 538	—	118 748	154 259	455 773	17 462	789 314	2 117 203	114 048	354 785
	28.	11 903 907	37 504 951	—	121 138	154 259	485 725	165 184	781 260	2 114 047	273 751	321 149
März	10.	11 903 907	37 121 144	—	121 138	154 259	435 115	13 566	726 312	2 110 965	108 138	342 468
	20.	11 903 907	36 779 786	—	121 138	154 259	452 068	5 293	720 454	2 123 582	144 862	347 585
	31.	11 903 907	38 221 753	—	121 353	154 259	476 393	12 486	724 677	2 126 532	505 263	346 800
April	10.	11 903 907	37 308 212	—	121 353	154 259	458 453	4 866	741 698	2 120 678	131 596	347 846
	16.	11 903 907	37 432 717	—	121 353	154 259	448 549	2 037	740 088	2 123 348	210 204	352 325
	30.	11 903 907	37 761 982	—	122 942	154 259	497 563	160 816	733 701	2 133 973	476 611	373 503
Mai	8.	11 903 907	37 692 326	—	122 942	154 259	458 790	24 873	730 190	2 140 881	99 964	369 648
	20.	11 903 907	36 809 926	—	122 997	154 259	428 110	12 100	729 219	2 146 872	158 909	374 218
	29.	11 903 907	38 022 656	—	123 197	154 786	495 052	50 742	740 860	2 143 048	325 137	372 870
Juni	10.	11 903 907	38 157 090	—	123 197	154 259	423 542	400	775 606	2 117 254	95 106	499 313
	19.	11 903 907	37 009 851	—	123 197	154 259	452 203	18 936	790 805	2 114 042	155 946	389 864
	30.	11 903 907	39 038 738	—	120 307	154 259	458 566	16 283	773 622	2 122 559	418 559	382 416
Juli	10.	11 903 907	37 513 442	—	120 307	154 259	434 565	2 055	768 386	2 131 873	211 371	384 836
	20.	11 903 907	37 290 508	—	120 307	154 259	483 331	28 806	804 446	2 098 775	153 553	426 722
	31.	11 903 907	37 690 371	—	118 107	154 259	507 455	8 589	805 041	2 109 420	447 560	440 672
August	10.	11 903 907	37 817 501	—	118 107	154 259	474 124	1 533	805 041	2 118 103	83 547	428 354
	20.	11 903 907	37 208 898	—	118 158	154 259	473 396	5 003	805 041	2 130 530	129 745	440 864
	31.	11 903 907	38 221 911	—	118 586	154 259	503 221	41 347	809 118	2 134 124	297 225	420 472
Sept.	10.	11 903 907	37 041 523	708 794	118 586	154 259	703 626	13 895	793 297	2 141 561	107 537	429 978
	18.	11 903 907	36 601 188	708 794	118 586	154 259	751 486	1 696	801 501	2 132 771	178 431	442 325
	30.	11 903 907	38 251 577	708 794	113 514	154 259	684 316	4 410	822 505	2 123 003	382 704	436 518
Okt.	9.	11 903 907	36 591 557	708 794	113 514	154 259	1 091 189	233	823 803	2 125 556	114 407	428 419
	20.	11 903 907	36 070 624	708 794	113 514	154 259	1 136 905	10 145	829 380	2 120 683	134 109	458 663
	30.	11 903 907	37 511 942	708 794	114 416	154 259	1 061 261	5 429	841 916	2 137 416	331 417	453 862
Nov.	10.	11 903 907	37 546 955	708 794	491 318	154 259	1 060 517	614	839 176	2 145 469	97 314	483 448
	20.	11 903 907	37 831 060	708 796	487 955	154 259	1 083 386	29 950	863 147	2 127 310	106 497	514 750
	30.	11 903 907	39 500 758	1 085 698	112 125	154 259	2 110 535	43 665	844 016	2 135 153	260 694	493 629
Dez.	10.	11 903 907	39 936 826	1 085 755	115 471	154 259	1 117 900	2 628	868 848	2 113 442	135 976	463 061
	18.	11 903 907	41 093 011	1 090 386	135 004	154 259	1 556 121	9 623	858 007	2 117 086	123 983	465 876
	31.	11 903 907	45 857 768	1 144 354	134 878	156 420	821 062	26 890	856 903	2 118 784	493 010	286 166

Passiven

Notenumlauf	Täglich fällige Verbindlichkeiten		Verbindlichkeiten auf Zeit	Sonstige Passiven	Grundkapital und Reservefonds	Bilanz- summe
	<i>Girorechnungen von inländischen Banken und Finanzgesellschaften</i>	<i>übrige täglich fällige Ver- bindlichkeiten</i>				
<i>in 1000 Franken</i>						
27 423 245	2 481 213	262 551	700 000	22 662 112	106 000	53 635 121
26 454 005	2 578 414	572 634	500 000	22 856 259	106 000	53 067 312
27 046 650	2 600 550	788 416	100 000	22 833 845	106 000	53 475 461
26 434 378	2 617 412	495 017	300 000	22 976 860	106 000	52 929 667
25 809 077	2 481 226	290 315	500 000	23 073 419	106 000	52 260 037
26 970 231	2 550 610	271 984	800 000	23 126 546	106 000	53 825 371
26 506 050	2 507 124	275 320	400 000	23 242 518	106 000	53 037 012
26 055 474	2 436 288	256 817	500 000	23 398 355	106 000	52 752 934
26 934 321	3 008 056	573 795	300 000	23 671 251	106 000	54 593 423
26 457 265	2 225 003	225 210	700 000	23 579 390	106 000	53 292 868
26 471 431	2 395 919	296 732	600 000	23 618 705	106 000	53 488 787
27 029 856	2 476 820	862 746	120 000	23 722 835	107 000	54 319 257
26 509 271	2 386 012	301 845	600 000	23 793 652	107 000	53 697 780
25 757 049	2 443 997	295 874	350 000	23 886 597	107 000	52 840 517
27 081 614	2 648 268	370 094	180 000	23 945 279	107 000	54 332 255
26 438 469	2 603 978	1 008 454	—	24 091 773	107 000	54 249 674
25 993 257	2 443 131	235 576	300 000	24 034 046	107 000	53 113 010
27 137 679	3 081 377	814 709	100 000	24 148 451	107 000	55 389 216
26 516 686	2 446 101	304 391	100 000	24 150 823	107 000	53 625 001
26 002 905	2 526 508	502 155	100 000	24 226 046	107 000	53 464 614
26 597 213	2 422 457	569 041	100 000	24 389 670	107 000	54 185 381
26 060 580	2 537 736	246 218	550 000	24 402 942	107 000	53 904 476
25 608 415	2 559 587	340 140	300 000	24 454 659	107 000	53 369 801
26 466 378	2 572 307	536 502	405 000	24 516 983	107 000	54 604 170
25 962 729	2 561 882	282 026	640 000	24 563 326	107 000	54 116 963
25 665 929	2 676 944	516 620	200 000	24 628 451	107 000	53 794 944
26 483 998	3 686 085	437 486	200 000	24 670 938	107 000	55 585 507
26 037 428	2 521 619	238 345	400 000	24 751 246	107 000	54 055 638
25 370 357	2 705 843	641 769	—	24 816 014	107 000	53 640 983
26 586 579	2 597 579	307 992	700 000	24 925 469	107 000	55 224 619
25 948 415	2 626 509	448 653	1 350 000	24 951 194	107 000	55 431 771
25 703 789	2 626 874	497 185	1 950 000	24 926 169	107 000	55 811 017
27 006 020	3 011 969	504 726	3 050 000	24 964 724	107 000	58 644 439
27 158 384	2 623 792	287 200	2 700 000	25 021 697	107 000	57 898 073
28 317 950	2 497 901	240 106	3 250 000	25 094 306	107 000	59 507 263
29 353 502	4 785 499	414 901	3 450 000	25 689 240	107 000	63 800 142

2. Hauptposten der Bilanz seit 1961

(Jahresendwerte)

Aktiven

Jahres- ende	Gold ¹	Devisen- anlagen	Reserve- position beim IWF	Inter- nationale Zahlungs- mittel ²	Wäh- rungs- kredite ³	Inlandportefeuille			Lombard- vor- schüsse	Wert- schriften	Guthaben bei Korre- sponden- ten im Inland	Verlust auf Devisen und Gold	
						Schwei- zer- wechsel	Geld- markt- papiere	Diskon- tierte Obligat- ionen					
<i>in Millionen Franken</i>													
1961	11 078,0	842,4	—	—	—	62,2	—	7,3	69,5	66,3	42,9	58,3	—
1962	11 543,3	867,4	—	207,0	—	67,4	45,0	11,2	123,6	71,7	42,8	77,8	—
1963	12 203,8	1 083,3	—	207,0	—	87,5	35,0	19,7	142,2	97,5	51,7	61,5	—
1964	11 793,6	1 679,1	—	432,0	431,3	109,8	24,8	28,0	162,6	77,7	65,3	75,3	—
1965	13 164,2	852,6	—	432,0	428,5	98,1	9,5	31,5	139,1	38,9	92,9	66,1	—
1966	12 297,4	2 060,3	—	432,0	518,9	97,8	16,7	43,3	157,8	109,3	181,7	81,5	—
1967	13 369,7	1 986,7	—	432,0	173,9	99,4	—	43,1	142,5	86,6	181,9	72,4	—
1968	11 355,8	5 601,2	—	1 442,0	108,3	256,2	6,8	25,5	288,5	160,1	180,6	99,7	—
1969	11 434,5	5 792,9	—	1 851,0	—	584,7	118,5	28,2	731,4	277,1	170,2	89,5	—
1970	11 821,3	8 441,1	—	1 851,0	—	306,6	71,0	21,4	399,0	223,5	156,0	82,8	—
1971	11 879,4	10 323,3	—	4 278,0	—	78,1	—	2,4	80,5	28,5	10,8	72,4	1 243,5 ⁴
1972	11 879,7	12 323,1	—	4 278,0	—	770,3	152,0	13,8	936,1	418,8	—	142,3	1 243,5 ⁴
1973	11 892,7	12 519,9	—	4 613,0	—	862,7	200,0	35,0	1 097,7	557,7	—	281,8	1 243,5 ⁴
1974	11 892,7	11 570,6	—	5 403,0	—	2 166,8	484,0	43,5	2 694,3	699,9	92,5	166,9	621,5 ⁴
1975	11 892,7	14 705,8	—	5 403,0	—	1 706,5	227,0	5,4	1 938,9	200,2	3,7	136,3	621,5 ⁴
1976	11 903,9	20 426,5	—	5 222,0	—	912,5	375,0	13,3	1 300,8	157,0	63,8	160,3	—
1977	11 903,9	20 514,2	—	3 949,0	—	1 207,4	267,0	44,7	1 519,1	197,5	559,1	171,6	—
1978	11 903,9	28 981,8	—	2 028,5	—	214,6	—	21,5	236,1	49,6	348,0	185,7	2 593,5 ⁵
1979	11 903,9	26 390,4	—	—	—	1 532,2	10,0	38,3	1 580,5	886,4	963,4	288,6	1 110,9 ⁵
1980	11 903,9	27 355,6	—	11,4	—	2 285,1	152,0	48,4	2 485,5	919,8	1 212,2	289,6	—
1981	11 903,9	25 494,8	—	0,2	—	2 710,0	256,0	40,9	3 006,9	2 513,9	1 018,4	399,6	—
1982	11 903,9	31 872,8	—	6,3	—	2 076,8	109,2	2,1	2 188,1	1 559,6	1 268,3	314,0	—
1983	11 903,9	32 677,5	—	28,7	—	2 524,5	149,2	2,6	2 676,3	2 408,6	1 562,5	346,4	—
1984	11 903,9	38 876,0	—	23,2	—	2 455,4	293,5	—	2 748,9	2 677,9	1 773,6	500,8	—
1985	11 903,9	38 133,8	—	6,8	—	2 465,9	372,5	—	2 838,4	2 973,6	1 911,1	529,7	—
1986	11 903,9	36 262,0	—	—	—	2 411,9	335,5	—	2 747,4	3 204,0	2 045,0	564,4	—
1987	11 903,9	37 439,9	—	18,5	—	2 246,8	54,9	—	2 301,7	3 126,9	2 190,8	460,1	—
1988	11 903,9	35 946,7	—	30,5	—	2 133,8	—	—	2 133,8	795,9	2 421,4	416,0	—
1989	11 903,9	39 620,2	—	123,6	87,1	542,7	—	—	542,7	704,1	2 574,0	458,3	—
1990	11 903,9	37 209,8	—	112,9	—	711,1	—	—	711,1	165,7	2 814,0	567,0	—
1991	11 903,9	40 232,1	—	117,3	97,1	522,1	—	—	522,1	107,0	2 886,1	552,8	—
1992	11 903,9	45 857,8	1 144,4	134,9	156,4	353,4	467,7	—	821,1	26,9	2 975,7	493,0	—

¹ Bewertung seit 10. Mai 1971: 1 kg Feingold = Fr. 4595.74; vorher: 1 kg = Fr. 4869.80.

² Von 1962 bis 1979: ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken; ab 1980: Sonderziehungsrechte und ab 1989: zusätzlich ECU.

³ 1964 bis 1968: kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Zentralbanken, seit 20. April 1989: Währungskredite.

⁴ Schuldverpflichtung des Bundes, gemäss Bundesbeschluss vom 15. Dezember 1971.

⁵ Gedeckt durch stille Reserven auf Gold.

Passiven

Noten- umlauf	Deckung des Noten- umlaufs durch Gold	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Mindest- reserven von Banken	Verbind- lichkeiten auf Zeit ⁷	Bewer- tungs- korrek- tur auf Devisen	Grund- kapital und Reserve- fonds	Rückstellungen		Bilanz- summe	Jahres- ende
		Total	davon Girorech- nungen von inlän- dischen Banken und Finanz- gesell- schaften ⁶	Rech- nungen des Bundes	Konti Zah- lungs- und Clear- ing- abkom- men	Gut- haben auslän- discher Banken					für Wäh- rungs- risiken	andere		
in Millionen Franken	%	in Millionen Franken												
7 656,0	144,70	2 947,0	1 996,1	662,5	37,2	231,5	1 035,0 ⁹	293,5	—	78,0	—	21,7	12 206,6	1961
8 506,1	135,71	2 799,7	2 294,2	355,9	30,0	98,0	1 035,0 ⁹	373,0	—	79,0	—	22,9	12 994,7	1962
9 035,4	135,07	3 187,8	2 700,0	389,4	39,3	31,8	1 035,0 ⁹	357,3	—	80,0	—	26,1	13 910,2	1963
9 721,8	121,31	3 270,6	2 907,9	291,5	24,4	25,6	1 035,0 ⁹	433,2	—	81,0	—	28,7	14 787,6	1964
10 042,5	131,08	3 215,4	3 005,0	126,2	20,9	44,3	1 035,0 ⁹	602,0	—	82,0	—	37,1	15 287,6	1965
10 651,1	115,46	3 430,5	2 982,2	375,2	23,3	34,4	1 035,0 ⁹	389,0	—	83,0	—	37,2	15 922,3	1966
11 326,8	118,04	4 144,9	3 810,8	230,7	29,0	53,9	—	550,0	—	84,0	—	52,2	16 519,0	1967
12 047,3	94,26	6 413,6	5 776,2	505,0	33,4	75,1	—	233,1	—	85,0	—	69,2	19 339,7	1968
12 518,4	91,34	6 954,8	6 353,4	493,0	40,0	49,6	—	141,9	—	86,0	—	105,0	20 482,5	1969
13 106,0	90,20	8 410,1	7 749,6	405,3	18,3	208,4	—	401,7	—	87,0	—	145,0	23 095,3	1970
14 309,9	83,01	11 854,4	10 701,6	713,7	15,3	393,1	516,4 ¹⁰	313,1	—	88,0	665,2	160,0	28 014,6	1971
16 635,0	71,41	11 020,8	9 312,6	1 380,3	17,0	279,5	2 029,3 ¹¹	75,2	—	89,0	783,7	210,0	31 362,9	1972
18 296,2	65,00	9 036,1	8 234,9	458,2	7,8	296,7	2 872,0 ¹¹	229,6	—	90,0	547,7	290,0	32 297,8	1973
19 435,8	61,19	10 367,1	9 505,0	714,5	—	114,8	347,8 ¹¹	1 233,2	—	91,0	157,7	360,0	33 260,6	1974
19 127,8	62,17	13 296,0	11 478,5	1 623,8	—	150,0	165,3 ¹¹	379,8	—	92,0	389,7	380,0	34 991,0	1975
19 730,9	60,33	16 648,7	12 643,7	3 817,5	—	146,2	246,2	954,8	—	93,0	—	390,0	39 324,0	1976
20 396,8	58,36	16 330,2	13 622,8	2 513,8	—	149,3	—	772,2	—	94,0	—	226,2	38 921,0	1977
22 499,1	52,91	20 062,8	15 583,9	3 437,7	—	990,6	—	2 893,2	—	95,0	—	190,2	46 421,0	1978
23 760,9	50,10	17 735,6	13 207,1	2 209,4 ⁸	—	2 252,8	—	630,1	—	95,0	—	143,5	43 244,5	1979
24 106,3	49,38	16 376,1	13 661,0	402,8 ⁸	—	2 254,0	—	273,5	—	95,0	2 157,1	270,0	44 318,7	1980
23 336,7	51,01	14 958,0	12 466,7	1 513,9 ⁸	—	908,0	—	500,0	—	96,0	4 531,3	340,0	44 584,5	1981
24 477,0	48,63	15 713,5	13 992,7	798,9 ⁸	—	852,0	—	250,0	1 624,6	97,0	6 564,6	450,0	49 374,2	1982
24 759,4	48,08	15 229,4	14 229,2	812,0 ⁸	—	125,4	—	—	2 528,1	98,0	8 565,8	500,0	51 869,2	1983
26 489,3	44,94	15 537,1	14 227,8	1 102,9 ⁸	—	130,1	—	—	5 118,7	99,0	10 811,7	490,0	58 748,8	1984
25 861,6	46,03	16 872,7	14 105,2	2 537,1 ⁸	—	128,1	—	—	1 564,2	100,0	13 467,7	490,0	58 546,7	1985
27 018,9	44,06	16 113,7	14 911,8	1 042,3 ⁸	—	86,7	—	—	—	101,0	13 056,2	490,0	56 980,4	1986
27 342,3	43,54	18 643,0	17 044,8	1 362,9 ⁸	—	163,1	—	—	—	102,0	10 934,0	490,0	57 715,7	1987
28 979,2	41,08	9 475,6	6 691,6	2 530,1 ⁸	—	167,6	—	—	1 970,9	103,0	12 741,6	630,0	53 930,4	1988
29 168,4	40,81	7 724,7	4 948,4	2 571,9 ⁸	—	119,0	—	—	3 060,8	104,0	15 534,9	630,0	56 290,6	1989
29 640,5	40,16	5 371,8	4 595,3	621,7	—	59,8	—	785,0	—	105,0	17 113,1	630,0	53 730,7	1990
29 217,1	40,74	4 498,6	4 275,6	3,4	—	114,9	—	400,0	1 697,1	106,0	19 533,7	630,0	56 756,6	1991
29 353,5	40,55	5 200,4	4 785,5	245,1	—	54,7	—	3 450,0	2 389,7	107,0	21 380,6	640,0	63 800,1	1992

⁶ Vor 1986: Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie.

⁷ Bis 1980: Sterilisierungsreskriptionen des Bundes; 1981 und 1982: eigene Schuldverschreibungen; ab 1990: im Markt nicht weiterplazierte Festgeldanlagen des Bundes (siehe auch Fussnote 8).

⁸ Inkl. im Markt nicht weiterplazierte Festgeldanlagen des Bundes (siehe auch Fussnote 7).

⁹ Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung.

¹⁰ Gemäss Vereinbarung über die ausserordentlichen Mindestreserven vom 16. August 1971.

¹¹ Mindestreserven von Banken auf inländischen und ausländischen Verbindlichkeiten, gemäss Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1972 bzw. 19. Dezember 1975.

3. Hauptposten der Bilanz seit 1961

(Durchschnitte aus den Werten der veröffentlichten Ausweise)

Aktiven

Jahr	Gold ¹	Devisen- anlagen	Reserve- position beim IWF	Inter- nationale Zahlungs- mittel ²	Wäh- rungs- kredite ³	Inlandportefeuille			Total	Lombard- vor- schüsse	Wert- schriften	Guthaben bei Korre- sponden- ten im Inland
						Schweizer- wechsel	Geld- markt- papiere	Diskon- tierte Obliga- tionen				
<i>in Millionen Franken</i>												
1961	10049,6	1121,6	—	—	—	48,0	—	1,5	49,5	13,8	43,0	13,0
1962	10613,6	827,3	—	43,1 ⁵	—	53,6	1,1	5,3	60,0	16,1	42,8	16,1
1963	10753,3	844,1	—	207,0	—	59,6	2,7	4,5	66,8	17,5	91,9	16,3
1964	11080,6	1232,4	—	300,8	—	77,0	5,2	9,8	92,0	29,4	58,3	20,0
1965	11672,4	971,7	—	432,0	—	77,5	5,6	10,0	93,1	20,9	78,0	22,1
1966	11621,5	983,4	—	474,9	—	86,5	4,7	18,6	109,8	32,6	144,1	26,4
1967	11982,3	1351,8	—	451,8	—	92,5	4,7	15,0	112,2	30,5	185,1	26,9
1968	11586,5	1602,6	—	1110,3	—	104,4	3,3	6,5	114,2	27,3	181,0	26,8
1969	11431,8	2020,8	—	1718,8	—	193,4	9,3	19,6	222,3	71,1	176,0	32,2
1970	11615,5	3418,7	—	1851,0	—	134,6	9,5	11,3	155,4	47,0	167,6	39,3
1971	11854,9	6834,3	—	3203,3	—	114,3	3,6	4,3	122,2	15,9	128,4	35,6
1972	11879,6	9721,4	—	4278,0	—	109,5	5,8	1,8	117,1	22,2	122,2	38,5
1973	11892,5	10515,1	—	4397,6	—	166,0	24,7	4,6	195,3	67,0	—	55,1
1974	11892,7	8624,2	—	5237,2	—	730,8	48,7	16,3	795,8	132,2	65,6	71,0
1975	11892,7	10005,3	—	5403,0	—	574,2	61,1	5,3	640,6	85,8	13,9	50,1
1976	11897,7	13371,8	—	5388,9	—	299,3	63,3	1,5	364,1	81,8	34,3	57,3
1977	11903,9	13785,3	—	4625,6	—	523,6	72,8	6,4	602,8	93,6	420,3	69,2
1978	11903,9	21697,2	—	3017,3	—	356,2	32,2	6,8	395,2	35,0	333,5	66,3
1979	11903,9	24628,7	—	397,8 ⁶	—	419,0	0,3	9,2	428,5	107,2	684,6	71,8
1980	11903,9	20802,0	—	4,8 ⁷	—	906,1	16,2	27,7	950,0	301,5	1064,6	112,9
1981	11903,9	21488,0	—	16,8	—	1250,0	22,0	12,4	1284,4	689,5	1203,5	143,7
1982	11903,9	24466,9	—	1,4	—	958,0	13,9	3,0	974,9	391,0	1126,4	128,4
1983	11903,9	27558,6	—	26,2	—	895,4	12,7	1,0	909,1	610,0	1422,5	132,4
1984	11903,9	30450,4	—	28,7	—	960,9	19,8	0,1	980,8	735,5	1671,8	138,6
1985	11903,9	36073,8	—	21,2	—	1004,8	35,8	—	1040,6	909,4	1834,2	159,2
1986	11903,9	35296,1	—	4,5	—	896,0	41,0	—	937,0	998,7	1985,3	153,4
1987	11903,9	33782,1	—	6,9	—	856,9	19,2	—	876,1	1046,9	2119,4	139,6
1988	11903,9	31760,7	—	26,1	—	137,8	—	—	137,8	60,4	2320,1	99,7
1989	11903,9	32639,9	—	94,5 ⁸	95,3 ⁸	886,6	—	—	886,6	114,0	2504,3	192,3
1990	11903,9	35029,1	—	113,7	36,5	753,9	—	—	753,9	44,6	2712,5	223,8
1991	11903,9	34004,9	—	115,1	18,4	586,7	—	—	586,7	23,8	2830,5	225,0
1992	11903,9	37871,9	279,9 ⁴	140,5	149,6	443,0	236,5 ⁹	—	679,5	22,5	2914,5	214,4

¹ Bewertung seit 10. Mai 1971: 1 kg Feingold = Fr. 4595,74; vorher: 1 kg = Fr. 4869,80.

² Ab Oktober 1962 bis März 1979: ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken; ab Ende Juli 1980: Sonderziehungsrechte und ab 20. April 1989: zusätzlich ECU.

³ Bis 10. April 1989: in Devisenanlagen enthalten.

⁴ Durchschnitt September bis Dezember auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

⁵ Durchschnitt Oktober bis Dezember auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

⁶ Durchschnitt Januar bis März auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

⁷ Durchschnitt August bis Dezember auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

⁸ Durchschnitt 20. April bis Dezember auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

⁹ Durchschnitt September bis Dezember auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

Passiven

Notenum- lauf	Deckung des Notenum- laufs durch Gold	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Mindest- reserven von Banken ¹¹	Verbind- lichkeiten auf Zeit ¹²	Jahr
		<i>Girorech- nungen von inländischen Banken und Finanzgesell- schaften¹⁰</i>	<i>Rechnun- gen des Bundes</i>	<i>Rechn- ungen der Depo- nenten</i>	<i>Konti Zahlungs- und Clearing- abkommen</i>	<i>Guthaben aus- landischer Banken</i>	<i>Total</i>			
<i>in Millionen Franken</i>	%	<i>in Millionen Franken</i>								
6672,9	150,60	2346,5	684,9	21,2	29,8	222,6 ¹⁵	3198,4	797,8 ¹⁷	397,8	1961
7358,9	144,23	2034,2	326,4	21,7	23,6	187,6	2593,5	1035,0	399,4	1962
8002,8	134,37	2046,3	195,1	26,0	21,6	59,7	2348,7	1035,0	399,1	1963
8638,6	128,27	2059,2	283,1	24,5	27,0	32,2	2426,0	1035,0	483,3	1964
9179,1	127,16	2173,9	232,2	26,9	18,8	44,5	2496,3	1035,0	597,5	1965
9566,5	121,48	1997,2	287,5	19,8	15,8	37,8	2358,1	1035,0	587,0	1966
10013,4	119,66	2366,4	234,0	18,1	19,7	57,3	2695,5	754,7 ¹⁸	588,3	1967
10577,5	109,54	3006,2	250,0	18,6	28,8	46,9	3350,5	—	476,6	1968
11259,9	101,53	3061,8	306,8	20,1	23,8	46,1	3458,6	—	324,0	1969
11784,7	98,56	3562,5	517,8	20,9	25,3	62,3	4188,8	—	428,3	1970
12663,8	93,61	7452,3 ¹³	801,7	21,5	12,1	132,3	8419,9	919,1 ¹⁹	483,1	1971
14080,4	84,37	8221,9	1288,9	26,0	16,3	345,0	9898,1	1674,6	395,1	1972
15784,2	75,34	5651,9	982,0	27,5	11,7	371,5	7045,9 ¹⁶	3317,2	600,1	1973
17022,7	69,86	5524,2	504,6	31,1	0,5	199,0	6263,0 ¹⁶	1586,2	870,9	1974
17608,5	67,54	6342,9	841,1	30,9	—	162,9	7384,5 ¹⁶	371,4	1222,7	1975
17778,4	66,92	6971,5	2772,5	40,9	—	272,7	10062,8 ¹⁶	264,1	1426,3	1976
18590,5	64,03	7057,8	2549,7	39,5	—	179,8	9834,0 ¹⁶	34,4 ²⁰	1160,4	1977
19547,6	60,90	9771,4	2780,7	54,2	—	389,3	13001,1 ¹⁶	—	3263,0	1978
21069,7	56,50	10484,9	2443,9 ¹⁴	59,6	—	2226,3	15221,4 ¹⁶	—	2656,9	1979
21779,7	54,66	7860,6	1234,2 ¹⁴	52,7	—	2289,7	11445,2 ¹⁶	—	925,0	1980
21937,0	54,26	7254,2	901,3 ¹⁴	45,3	—	1645,1	9852,6 ¹⁶	—	266,3	1981
22101,9	53,86	7701,8	904,6 ¹⁴	50,0	—	908,5	9576,0 ¹⁶	—	395,8	1982
22796,5	52,22	8147,2	1447,9 ¹⁴	54,5	—	182,0	9842,0 ¹⁶	—	145,8 ²¹	1983
23327,6	51,03	8333,3	1237,2 ¹⁴	58,0	—	127,7	9768,8 ¹⁶	—	—	1984
23676,7	50,28	8589,1	1507,1 ¹⁴	66,7	—	111,1	10296,4 ¹⁶	—	—	1985
24030,2	49,54	8971,5	1607,4 ¹⁴	61,3	—	127,9	10768,1 ¹⁶	—	—	1986
24831,4	47,94	9407,9	1465,7 ¹⁴	65,5	—	128,8	11067,9 ¹⁶	—	—	1987
25876,5	46,00	5856,9	2209,0 ¹⁴	77,4	—	185,3	8328,6 ¹⁶	—	—	1988
26482,5	44,95	3601,9	1630,2 ¹⁴	78,2	—	143,6	5453,9 ¹⁶	—	—	1989
25948,1	45,88	3069,1	858,0	82,5	—	86,9	4096,5 ¹⁶	—	547,2 ²²	1990
26533,3	44,86	2865,8	149,0	92,4	—	87,4	3201,9 ¹⁶	—	690,6	1991
26537,7	44,86	2665,3	214,8	92,6	—	96,7	3073,9 ¹⁶	—	736,0	1992

¹⁰ Vor 1986: Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie.

¹¹ Von Ende März 1961 bis Anfang Dezember 1967: Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung; ab Anfang August 1971 bis Februar 1977: Mindestguthaben der Banken auf Verbindlichkeit.

¹² Bis 1980: Sterilisierungsreskriptionen des Bundes; ab Ende Februar 1980 bis August 1983: eigene Schuldverschreibungen; ab August 1990: im Markt nicht weiterplazierte Festgeldanlagen des Bundes (siehe auch Fussnote 14).

¹³ Inkl. auf Sterilisierungskonto einbezahlte Beträge.

¹⁴ Bis Juli 1990 inkl. im Markt nicht weiterplazierte Festgeldanlagen des Bundes (siehe auch Fussnote 12).

¹⁵ Durchschnitt Ende Juni bis Dezember auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

¹⁶ Inkl. ausstehende Checks.

¹⁷ Durchschnitt Ende März bis Dezember auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

¹⁸ Durchschnitt Januar bis Anfang Dezember auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

¹⁹ Durchschnitt Ende September bis Dezember auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

²⁰ Durchschnitt Januar und Februar auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

²¹ Durchschnitt Januar bis August auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

²² Durchschnitt August bis Dezember auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

4. Geschäftsergebnisse seit 1985

Aufwand

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992
	in 1000 Franken							
Betriebsaufwand	93 998	95 489	97 702	110 485	152 865	143 896	160 016	157 404
Bankbehörden	718	714	705	707	734	792	776	799
Personal	52 123	52 025	53 343	56 249	58 570	62 717	71 258	75 978
Raumaufwand	9 379	4 918	4 417	9 785	45 150	20 305	28 414	17 203
Betriebsausstattung	2 402	3 034	4 104	3 108	4 358	15 966	13 918	12 289
Geschäfts- und Büroaufwand	2 914	2 861	2 990	3 206	3 360	3 984	3 932	3 955
Information und Kommunikation	1 951	2 436	1 870	2 304	1 945	2 543	2 924	8 608
Druckaufwand, Publikationen	635	693	644	731	852	850	1 118	1 232
Aufwand aus Notenumlauf	17 105	18 689	19 485	24 037	21 292	20 463	23 113	26 392
Übriger Sachaufwand	6 771	10 119	10 144	10 358	16 604	16 276	14 563	10 948
Wertaufwand	122 193	181 917	127 711	141 546	95 233	155 225	126 479	133 950
Passivzinsen Deponenten	3 077	2 926	3 012	3 395	4 267	5 810	6 593	6 861
Passivzinsen Bundesverwaltung	56 767	58 492	41 244	40 444	55 161	101 145	82 895	91 965
Abschreibungen auf Wertschriften	62 349	94 499	66 320	96 407	35 805	48 270	36 991	35 124
Abschreibungen auf Bankgebäuden	—	26 000	17 135	1 300	—	—	—	—
Abschreibungen auf Devisen	—	2 139 125¹	3 528 837	—	—	3 976 820	—	—
Übertrag auf Konto Bewertungskorrektur auf Devisen	—	—	—	1 970 906	1 089 907	—	1 697 073	692 640
Steuern	—	1 789	2 632	1 592	298	3 365	—	8 726
Zuwendung an die Vorsorgeeinrichtungen	3 000	3 000	2 000	2 000	2 000	6 000	5 000	3 000
Erhöhung der Rückstellung für Dividenden und Kantonsanteile	—	—	—	—	—	—	—	10 000
Einlage in die Rückstellung für Währungsrisiken	2 655 953	—	—	1 807 669	2 793 303	2 494 209	2 420 560	1 846 842
Reingewinn	7 593	7 593	7 593	7 593	7 593	7 593	607 593	608 405
Zuweisung an den Reservefonds	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000
Dividende	1 500	1 500	1 500	1 500	1 500	1 500	1 500	1 500
Ablieferung an Eidg. Finanzverwaltung	5 093	5 093	5 093	5 093	5 093	5 093	605 093	605 905
Total	2 882 737	2 428 913	3 766 475	4 041 791	4 141 199	6 787 108	5 016 721	3 460 967

¹ Gesamtabschreibungen auf Devisen
abzüglich Auflösung der Bilanzposition
«Bewertungskorrektur auf Devisen»

3 703 300

1 564 175

2 139 125

Ertrag

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992
	in 1000 Franken							
Betriebsertrag	7 569	8 069	5 771	6 663	6 251	6 123	6 556	14 147
Kommissionen	2 945	2 216	1 826	1 756	1 696	1 626	1 671	1 906
Ertrag aus Bankgebäuden	3 170	5 313	3 446	4 462	4 088	4 100	4 518	11 949
Diverse Einnahmen	1 454	540	499	445	467	397	367	292
Wertertrag	2 875 168	2 009 363	1 638 459	2 064 222	3 045 041	2 804 165	3 313 092	2 754 180
Devisenertrag	2 709 177	1 834 097	1 462 698	1 924 021	2 848 708	2 585 097	3 084 661	2 512 481
Diskontertrag	25 511	20 848	17 738	3 275	33 906	44 197	37 136	31 618
Ertrag aus Geldmarktpapieren	—	—	—	—	—	—	—	11 162
Lombardertrag	25 257	28 448	27 309	2 832	5 672	3 895	2 593	2 466
Wertschriftenertrag	113 281	123 449	128 782	132 877	149 504	160 163	176 113	184 290
Ertrag von Inlandkorrespondenten	1 942	2 521	1 932	1 217	7 251	10 813	12 589	12 163
Aufwertung auf Devisen	—	—	—	1 970 906	1 089 907	—	1 697 073	692 640
Übertrag ab Konto Bewertungskorrektur auf Devisen	—	—	—	—	—	3 060 814	—	—
Entnahme aus Rückstellung für Währungsrisiken	—	411 481	2 122 245	—	—	916 006	—	—
Total	2 882 737	2 428 913	3 766 475	4 041 791	4 141 199	6 787 108	5 016 721	3 460 967

5. Diskont- und Lombardsätze seit 1936

Offizieller Diskont- und Lombardsatz				Lombardsatz (Monatsmittel ab 1990)			
Datum der Veränderung		Diskontsatz	Lombardsatz	Monat	Jahr 1990	1991	1992
		%	%				
1936	9. September	2	3	Januar	11,7	10,4	9,7
	26. November	1½	2½	Februar	11,0	10,1	9,4
1957	15. Mai	2½	3½	März	10,9	10,8	10,5
1959	26. Februar	2	3	April	11,5	10,5	10,6
1964	3. Juli	2½	3½	Mai	10,8	10,0	11,2
1966	6. Juli	3½	4	Juni	11,0	9,9	11,3
1967	10. Juli	3	3¾	Juli	11,0	9,6	10,5
1969	15. September	3¾	4¾	August	10,4	10,1	9,8
1973	22. Januar	4½	5¼	September	9,5	10,1	9,4
1974	21. Januar	5½	6	Oktober	9,7	10,0	8,1
1975	3. März	5	6	November	10,2	9,5	8,4
	20. Mai	4½	5½	Dezember	10,8	9,9	8,0
	25. August	4	5	Jahresdurchschnitt	10,7	10,1	9,7
	29. September	3½	4½				
	29. Oktober	3	4				
1976	13. Januar	2½	3½				
	8. Juni	2	3				
1977	15. Juli	1½	2½				
1978	27. Februar	1	2				
1979	5. November	2	3				
1980	28. Februar	3	4				
1981	3. Februar	3½	4½				
	20. Februar	4	5½				
	11. Mai	5	6½				
	2. September	6	7½				
	4. Dezember	6	7				
1982	19. März	5½	7				
	27. August	5	6½				
	3. Dezember	4½	6				
1983	18. März	4	5½				
1987	23. Januar	3½	5				
	6. November	3	4½				
	4. Dezember	2½	4				
1988	1. Juli	2½	4½				
	26. August	3	5				
	19. Dezember	3½	5½				
1989	20. Januar	4	6				
	14. April	4½	7				
	26. Mai	4½	1				
	30. Juni	5½					
	6. Oktober	6					
1991	16. August	7					
1992	15. September	6½					
	25. September	6					

¹ Seit dem 26. Mai 1989 wird der Lombardsatz täglich entsprechend der Entwicklung der Tagesgeldsätze neu festgelegt. (Durchschnitt der Tagesgeldsätze der beiden Vortage plus Zuschlag von einem Prozentpunkt. Seit dem 14. Dezember 1989 beträgt der Zuschlag zwei Prozentpunkte.) Für die täglichen Werte siehe Monatsbericht der Schweizerischen Nationalbank, bis 15. August 1990, Tabelle 20/21, danach Tabelle D1, für die Monatsmittel siehe Tabellenteil rechts.

6. Geld- und währungspolitische Chronik 1992

- Januar Gestützt auf den Bundesbeschluss über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen gewährt die Schweiz Rumänien einen mittelfristigen Zahlungsbilanzkredit in Höhe von 40 Mio. Dollar. Der Kredit wird von der Nationalbank finanziert und ist mit einer Garantie des Bundes versehen (vgl. S. 51).
- Mai Die Schweiz stimmt dem Beitritt zu den Institutionen von Bretton Woods in der Volksabstimmung vom 17. Mai 1992 zu. Der Beitritt wurde nach der Unterzeichnung des IWF-Übereinkommens und des Weltbankabkommens am 29. Mai in Washington rechtskräftig (vgl. S. 51).
- Juli Die Nationalbank beteiligt sich an einem Swap-Netz, das die Zentralbanken der EG- und EFTA-Staaten zugunsten der Bank von Finnland errichten. Die Nationalbank räumt der Bank von Finnland eine Swap-Fazilität von 200 Mio. Franken auf eine Dauer von 12 Monaten ein (vgl. S. 52).
- September Die Schweiz zahlt am 8. September 1992 ihre IWF-Quote in Höhe von 1 700 Mio. Sonderziehungsrechten ein. Die Schweizerische Nationalbank, die den Quotenbeitrag aufzubringen hat, überweist 22,7% der Quote in Form von Sonderziehungsrechten an den IWF. Der Rest wird dem IWF auf ein Schweizer Franken-Konto bei der Schweizerischen Nationalbank gutgeschrieben (vgl. S. 54).
- Mit Wirkung ab 15. September bzw. 25. September senkt die Schweizerische Nationalbank den Diskontsatz um je einen halben Prozentpunkt auf 6,5% bzw. 6% (vgl. S. 39).
- November Am 11. November 1992 tritt die neunte Revision der IWF-Quoten in Kraft. Die Schweizer Quote erhöht sich damit von 1 700 auf 2 470,4 Mio. Sonderziehungsrechte (SZR). Die Schweizerische Nationalbank zahlt den zusätzlichen Betrag von 770,4 Mio. SRZ am 23. November 1992 ein (vgl. S. 54).
- Dezember In der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992 lehnt die Schweiz den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ab. Die von den Eidg. Räten in der Herbstsession im Hinblick auf einen EWR-Beitritt beschlossenen Gesetzesanpassungen, die auch Änderungen der Bundesgesetzgebung im Zuständigkeitsbereich der Nationalbank betrafen, treten damit nicht in Kraft (vgl. S. 49f).
- Das Direktorium der Schweizerischen Nationalbank führt im Einvernehmen mit dem Bundesrat ihre auf Preisstabilität ausgerichtete mittelfristige Geldpolitik fort. Die Nationalbank orientiert sich im Jahre 1993 weiterhin am Ziel, die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge im Durchschnitt von drei bis fünf Jahren um ein Prozent auszuweiten. Sie fördert damit die Preisstabilität auf mittlere Frist und belässt der Wirtschaft einen ausreichenden Wachstumsspielraum (vgl. S. 11).
- Die Nationalbank zieht sich per 31. Dezember aus der Pflichtlagerfinanzierung, an der sie sich seit 1948 beteiligte, zurück (vgl. S. 58).

7. Verzeichnis der Mitglieder der Aufsichts- und Leitungsorgane

(Stand per 1. April 1993)

Bankrat (Amtsperiode 1991—1995)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit einem Stern (*) bezeichnet.

Peter Gerber, dipl. Ing. agr. ETH, Aarberg, Präsident

Dr. Jakob Schönenberger, Präsident der Bankkommission der St. Gallischen Kantonalbank, Kirchberg/SG, Vizepräsident

Henri André, Präsident des Verwaltungsrats der André & Cie AG, Paudex

* Regierungsrat Dr. Ueli Augsburg, Finanzdirektor des Kantons Bern, Bern

Jörg Baumann, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Baumann Weberei und Färberei AG, Langenthal

Regierungsrat Eduard Belser, Direktor des Bau- und Umweltschutzdepartements des Kantons Basel-Landschaft, Lausen

Pierre Borgeaud, Präsident des Verwaltungsrats der Gebrüder Sulzer AG, Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins (Vorort), Winterthur

Dr. Chasper Campell, Direktionspräsident der Calanda Haldengut, Sils im Domleschg

* Nationalrat Gianfranco Cotti, Rechtsanwalt und Notar, Locarno

Pierre Darier, in Firma Darier, Hentsch & Cie, Cologny

* Dr. Walter Diehl, Zürich

Dr. Max Egger, Solothurn

Melchior Ehrler, lic. jur., Direktor des Schweizerischen Bauernverbands, Riniken

Fred-Henri Firmenich, Präsident des Verwaltungsrats der Firmenich SA, Genthod

Nationalrat Dr. Theo Fischer, Präsident des Bankrats der Luzerner Kantonalbank, Sursee

* Nationalrat Hans-Rudolf Früh, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Bühler

* Dr. Franz Galliker, Präsident des Verwaltungsrats des Schweizerischen Bankvereins, Oberwil/BL

Claudio Generali, lic. oec., Präsident des Verwaltungsrats der Banca del Gottardo, Gentilino

Erwin Grimm, Wallisellen

* Dr. Gustav E. Grisard, Präsident des Verwaltungsrats der Hiag Holding AG, Präsident der Delegation des Handels, Riehen

* Hans Huber, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der SFS Stadler Heerbrugg AG, Heerbrugg

* Rosmarie Huggenberger, Vorsitzende der Geschäftsleitung des SV-Service Schweizer Verband Volksdienst, Erlenbach

* Nationalrat Joseph Iten, Rechtsanwalt und Notar, Hergiswil

Dr. Yvette Jaggi, Stadtpräsidentin von Lausanne, Lausanne

* François Jeanneret, Rechtsanwalt, Saint-Blaise

Pierre-Noël Julen, Direktor des Walliser Handwerkerverbands (Fédération des associations artisanales du canton du Valais), Siders

Dr. Alex Krauer, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der CIBA-GEIGY AG, Riehen

Minister François Lachat, Vorsteher des Departements für Kooperation, Finanzen und Polizei des Kantons Jura, Pruntrut

Margrit Meier, lic. rer. pol., Sekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Gümligen
Dr. h.c. Carlo de Mercurio, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der CDM Hôtels & Restaurants SA, Lutry

- * François Milliet, Präsident des Verwaltungsrats der Galenica Holding AG, Lausanne
 - * Staatsrat Félicien Morel, Finanzdirektor des Kantons Freiburg, Belfaux
 - * Nationalrat Dr. Philippe Pidoux, Regierungsrat, Vorsteher des Departements des Innern und des Gesundheitswesens des Kantons Waadt, Lausanne
- Rudolf Reichling, dipl. Ing. agr. ETH, Präsident der Holding der schweizerischen Milchproduzenten, Stäfa
- Dr. Walter Renschler, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Zürich
- * Dr. Guido Richterich, Mitglied der Konzernleitung der F. Hoffmann-La Roche AG, Präsident des Zentralverbands schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, Bottmingen
 - * Anton Salzmann, Zentralpräsident des Christlichen Holz- und Bauarbeiterverbands der Schweiz, Feldmeilen
- Dr. Nikolaus Senn, Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Bankgesellschaft, Herrliberg
- Prof. Dr. Kurt Schiltknecht, BZ Trust Aktiengesellschaft, Zumikon
- Dr. Lilian Uchtenhagen, Präsidentin des Verwaltungsrats der Coop Zürich LVZ, Zürich

Bankausschuss (Amtsperiode 1991—1995)

Peter Gerber, dipl. Ing. agr. ETH, Aarberg, Präsident von Amtes wegen

Dr. Jakob Schönenberger, Präsident der Bankkommission der St. Gallischen Kantonalbank, Kirchberg/SG, Vizepräsident von Amtes wegen

Regierungsrat Eduard Belser, Direktor des Bau- und Umweltschutzdepartements des Kantons Basel-Landschaft, Lausen

Pierre Borgeaud, Präsident des Verwaltungsrats der Gebrüder Sulzer AG, Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins (Vorort), Winterthur

Nationalrat Gianfranco Cotti, Rechtsanwalt und Notar, Locarno

Nationalrat Hans-Rudolf Früh, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands, Bühler

François Jeanneret, Rechtsanwalt, Saint-Blaise

Margrit Meier, lic. rer. pol., Sekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Gümligen

Dr. h.c. Carlo de Mercurio, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der CDM Hôtels & Restaurants SA, Lutry

Dr. Lilian Uchtenhagen, Präsidentin des Verwaltungsrats der Coop Zürich LVZ, Zürich

Lokalkomitees (Amtsperiode 1991—1995)

Aarau

John F. Strasser, Vizepräsident der Franke AG und Mitglied des Verwaltungsrats-Ausschusses der Franke Holding AG, Aarburg, Vorsitzender

Heinerich Häseli, Delegierter des Verwaltungsrats und Direktor der Jakob Müller AG, Maschinenfabrik, Gipf-Oberfrick, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. Erich Haag, Mitglied der Gruppenleitung der Motor-Columbus AG, Wettingen

Basel

Werner Jauslin, dipl. Ing. ETH, Präsident des Verwaltungsrats der Jauslin & Stebler Ingenieure AG, Muttenz, Vorsitzender

Alexander Peter Füglistaller, Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Warteck Invest AG, Basel, Stellvertreter des Vorsitzenden

Peter Wagner, Generaldirektor der Danzas AG, Basel

Bern

Dr. Theodor Fässler, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Mikron Holding AG und der Mikron AG Biel, Mörigen, Vorsitzender

Pierre-Alain Thiébaud, Rechtsanwalt, Freiburg, Stellvertreter des Vorsitzenden

Karl Gnägi, Delegierter des Verwaltungsrats der ToniLait AG, Wohlen bei Bern

Genf

Gérard Fatio, Generaldirektor der SIP société genevoise d'instruments de physique, Genf, Vorsitzender

Alain Peyrot, Delegierter des Verwaltungsrats der Naef Holding SA, Genf, Stellvertreter des Vorsitzenden

Claude Hauser, Generaldirektor der Migros Genossenschaft Genf, Versoix

Lausanne

Christian Seiler, Delegierter des Verwaltungsrats der Hôtels Seiler Zermatt SA, Sitten, Vorsitzender

Hubert Barde, Generaldirektor der Orlait, Fédération laitière vaudoise-fribourgeoise, Le Mont-sur-Lausanne, Stellvertreter des Vorsitzenden

Pierre Baroffio, Delegierter des Verwaltungsrats der Bobst AG, Renens

Lugano

Ulrich K. Hochstrasser, Direktor der Migros Genossenschaft Tessin, Breganzona, Vorsitzender

Franco Donati, dipl. Ing. ETH, Delegierter des Verwaltungsrats der Invertomatic SA, Tegna, Stellvertreter des Vorsitzenden

Flavio Riva, Delegierter des Verwaltungsrats der Impresa Flavio Riva SA, Montagnola

Luzern

Jürg R. Reinshagen, Vizepräsident des Verwaltungsrats und Generaldirektor der Schweizerischen Hotelgesellschaft AG Palace Hotel Luzern, Luzern, Vorsitzender

Dr. Kurt Babst, Präsident des Verwaltungsrats der Möbelfabrik Wellis AG, Willisau, Stellvertreter des Vorsitzenden

Gerry Leumann, Delegierter des Verwaltungsrats der Ebnöther Holding AG, Meggen

Neuenburg

Laurent Favarger, Direktor der SA du Four électrique Delémont, Develier, Vorsitzender

Georges-Adrien Matthey, Rechtsanwalt, Cormondrèche, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. ing. Michel Soldini, Delegierter des Verwaltungsrats und Generaldirektor der Bergeon & Cie SA, Le Locle

St. Gallen

Jürg Nef, Delegierter des Verwaltungsrats der Nef & Co. AG, St. Gallen, Vorsitzender

Urs Bühler, Vorsitzender der Konzernleitung der Bühler AG, Uzwil, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. Roland Bertsch, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Hydrel AG, Romanshorn

Zürich

Rudolf Hauser, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Bucher-Guyer AG, Maschinenfabrik, Zürich, Vorsitzender

Dr. Adolf Gugler, Direktionspräsident der Elektrowatt AG, Zollikon, Stellvertreter des Vorsitzenden

Fritz Jenny, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Fritz & Caspar Jenny AG, Ziegelbrücke

Revisionskommission (Amtsperiode 1992/1993)

Mitglieder

Peter Blaser, Direktor der Amtersparniskasse Thun, Hünibach, Präsident

Gilbert Jobin, Delémont, Vizepräsident

Hans Casanova, Rhäzüns

Ersatzmitglieder

Hans Michel, Generaldirektor der Thurgauer Kantonalbank, Egnach

Francis Sauvain, Morges

Werner M. Schumacher, Zentraldirektor der Regiobank beider Basel, Basel

Direktorium

Dr. Markus Lusser, Präsident, Zürich
Dr. Hans Meyer, Vizepräsident, Bern
Jean Zwahlen, Mitglied, Zürich

Generalsekretariat

Dr. Andreas Frings, Generalsekretär, Direktor, Zürich
Hans-Ueli Hunziker, Stellvertreter des Generalsekretärs,
Abteilungsvorsteher, Bern
Michel Gremaud, Abteilungsvorsteher, Zürich

Departemente

I. Departement (Zürich)

Departementsvorsteher

Dr. Markus Lusser, Präsident des Direktoriums

Pressesprecher

Werner Abegg, Vizedirektor

Stellvertreter des
Departementsvorstehers

Dr. Peter Klauser, Direktor

Dr. Georg Rich, Direktor

Bereich Volkswirtschaft

Dr. Georg Rich, Direktor

Ressort Volksw. Studien

Dr. Jean-Pierre Béguelin, Direktor (bis 30. April 1993)

Forschung

Dr. Erich Spöndli, Vizedirektor

Prof. Dr. Hans-Jürg Büttler, wissenschaftlicher Berater

Franz Ettlín, wissenschaftlicher Berater

Dr. Michel Peytrignet, wissenschaftlicher Berater

Konjunktur

Dr. Eveline Ruoss, Vizedirektorin

Ressort Internat.

Dr. Monique Dubois, stellvertretende Direktorin

Währungsbeziehungen

Dr. Roberto Cippà, Vizedirektor (beurlaubt)

Internat. Währungs-

zusammenarbeit

Europäische

Währungsintegration

Dr. Umberto Schwarz, Abteilungsvorsteher

Ressort Bankwirtschaft

Dr. Urs W. Birchler, Direktor

Internat. Finanzmärkte

Dr. Urs W. Birchler, Direktor

Studien

Dr. Werner Hermann, Vizedirektor

Kapitalexport

Mauro Picchi, Abteilungsvorsteher

Ressort Statistik

Christoph Menzel, Direktor

Publikationen

Robert Fluri, Vizedirektor

Willi Heyden, Abteilungsvorsteher

Zahlungsbilanz

Thomas Schlup, Abteilungsvorsteher

Datenbank

Rolf Gross, Vizedirektor

Bereich Recht und Dienste

Dr. Peter Klauser, Direktor

Rechtsabteilung

Dr. Peter Merz, stellvertretender Direktor

Dr. Martin Hess, Vizedirektor

Personalabteilung

Gerhard Nideröst, Direktor

Beat Blaesi, Vizedirektor

Vorsorgeeinrichtungen

Dr. Peter Hadorn, stellvertretender Direktor

Liegenschaften,

technische Dienste

Theo Birchler, Vizedirektor

Interne Revision	Ulrich W. Gilgen, Direktor Othmar Flück, Vizedirektor
<i>II. Departement (Bern)</i>	
Departementsvorsteher	Dr. Hans Meyer, Vizepräsident des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Hans Theiler, Direktor
Berater	Dr. Max Baltensperger, Direktor
Sicherheit	Alex Huber, Vizedirektor
Bereich Bankgeschäft	Dr. Theodor Scherer, Direktor
Wertschriften	Dr. Hans-Christoph Kesselring, stellvertretender Direktor Niklaus Wyss, Abteilungsvorsteher Alexander Hugli, Abteilungsvorsteher
Hauptbuchhaltung	Hans-Peter Dosch, stellvertretender Direktor
Korrespondenz, Portefeuille	Daniel Ambühl, Vizedirektor Eric Berthoud, Abteilungsvorsteher
Kasse Bern	Paul Bürgi, Vizedirektor
Bereich Bargeld (Hauptkasse)	Roland Tornare, Hauptkassier der Bank, Direktor Peter Trachsel, Stellvertreter des Hauptkassiers, Vizedirektor
Administration, Transporte	Peter Halter, Abteilungsvorsteher
Lagerung	Beat Rytz, Abteilungsvorsteher
Verarbeitung	Urs Locher, Abteilungsvorsteher
Technik	Urs Suter, Abteilungsvorsteher
<i>III. Departement (Zürich)</i>	
Departementsvorsteher	Jean Zwahlen, Mitglied des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Jean-Pierre Roth, Direktor Dr. Christian Vital, Direktor
Stab	Dewet Moser, Abteilungsvorsteher
Bereich monetäre Operationen	Dr. Jean-Pierre Roth, Direktor
Ressort Devisenhandel	Karl Hug, stellvertretender Direktor Erich Maurer, Abteilungsvorsteher
Ressort Devisenanlagen	Dr. Markus Zimmerli, stellvertretender Direktor Peter Bechtiger, Abteilungsvorsteher Dr. Urs Oberhänsli, Abteilungsvorsteher
Portefeuille	Beat Spahni, Vizedirektor
Bereich Abwicklung und Informatik	Dr. Christian Vital, Direktor
Ressort Abwicklung	Daniel Wettstein, stellvertretender Direktor
Zahlungsverkehr	Eugen Guyer, stellvertretender Direktor Walter Gautschi, Abteilungsvorsteher
Kasse	Roland-Michel Chappuis, Vizedirektor
Korrespondenz	Markus Steiner, Vizedirektor
Buchhaltung	Werner Bolliger, Vizedirektor Ulrich Kläntschi, Abteilungsvorsteher

Ressort Informatik	Dr. Rudolf Hug, Direktor Dr. Raymond Bloch, Vizedirektor
Bankbetriebliche Applikationen	Roger Arthur, Vizedirektor Roland Wettstein, Abteilungsvorsteher
Statistische Applikationen	Dr. Jürg Ziegler, stellvertretender Direktor Christoph Straub, Abteilungsvorsteher
Büroautomation/ -kommunikation	Peter Bornhauser, Vizedirektor
System-Technik	Jules Troxler, Vizedirektor Werner Knecht, wissenschaftlicher Berater
Rechenzentrum Zürich	Peter Künzli, Vizedirektor
Rechenzentrum Bern	Bruno Beyeler, Vizedirektor

Zweiganstalten

<i>Aarau</i>	Heinz Alber, Direktor Fritz Merz, Stellvertreter des Direktors
<i>Basel</i>	Dr. Anton Föllmi, Direktor Eugen Studhalter, Stellvertreter des Direktors
<i>Genf</i>	Yves Lieber, Direktor Jean-Daniel Zutter, Stellvertreter des Direktors
<i>Lausanne</i>	François Ganière, Direktor Nivardo Zanini, Stellvertreter des Direktors
<i>Lugano</i>	Cesare Gaggini, Direktor Franco Poretti, Stellvertreter des Direktors
<i>Luzern</i>	Max Galliker, Direktor Josef Huber, Stellvertreter des Direktors
<i>Neuenburg</i>	Jean-Pierre Borel, Direktor Jacques Jolidon, Stellvertreter des Direktors
<i>St. Gallen</i>	Prof. Dr. René Kästli, Direktor Anton Keller, Stellvertreter des Direktors

Agenturen

Die Schweizerische Nationalbank unterhält in folgenden Städten Agenturen, die von Kantonalbanken geführt werden:

Altdorf, Appenzell, Bellinzona, Biel, Chur, Delémont, Freiburg, Glarus, Herisau, Liestal, Sarnen, Schaffhausen, Schwyz, Sitten, Solothurn, Stans, Thun, Weinfelden, Winterthur und Zug.

Dieser Geschäftsbericht der Schweizerischen Nationalbank erscheint in deutscher und französischer Sprache sowie als Kurzfassung in italienischer und englischer Sprache. Alle vier Ausgaben sind erhältlich beim Generalsekretariat der Schweizerischen Nationalbank, 3003 Bern, Telefon 031 210211.

Satz und Druck: Benteli Druck AG, Bern

